

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Die Lüge vom Nationalsozialismus

Als Deutschlands Bankiers, Industrielle und Junker den senilen Reichspräsidenten von Hindenburg im Januar 1933 dazu veranlaßten, Hitlers Faschisten die Staatsgewalt auszuliefern, zogen sie damit die Notbremse. Das Großkapital wollte in einer äußerst zugespitzten Klassenkampfsituation der unausweichlichen Machtprobe mit den Kommunisten und den durch sie geführten proletarischen Massen zuvorkommen. Dabei störte der von Hitler gewählte Tarnname Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) die eingefleischten Arbeiterfeinde und Sozialistenhasser nicht im geringsten. Denn das Schafsfell, in dem sich der faschistische Wolf präsentierte, zielte allein auf Irreführung. Der KPD Ernst Thälmanns – mit 6 Millionen Wählerstimmen und 300 000 Mitgliedern sowie einem straff organisierten paramilitärischen Rotfrontkämpferbund die damals schlagkräftigste kommunistische Partei außerhalb der Sowjetunion – sollte durch massives Eindringen in deren soziale Basis das Wasser abgegraben werden. Deshalb hüllten sich Hitlers Horden in die Toga von „Anwälten für Arbeiterinteressen“. Der Trick blieb nicht ohne Wirkung. Mit demagogischen Versprechungen lockten die Faschisten unzählige deutsche Proletarier – darunter auch viele Erwerbslose – in die „Sturmabteilungen“ ihrer SA. Da die den Ausgepowerten vorgegaukelte „zweite Revolution“ nach der „Machtergreifung“ aber ausblieb, kam unter den Genasführten bald Unzufriedenheit auf. Deshalb wurde die SA nach dem sogenannten Röhm-Putsch vom 30. Juni 1934 in die zweite Reihe verbannt und durch die elitären Totenkopf-Verbände der SS ersetzt, deren Angehörige überwiegend aus „gehobeneren Schichten“ stammten.

Stellte Hitlers NSDAP das direkte Gegenteil einer Arbeiterpartei dar, dann hatte sie mit dem Sozialismus noch weniger am Hut. Allein die seit der Oktoberrevolution ständig wachsende Anziehungskraft der sozialistischen Ideen zwang die Faschisten zur Anpassung an das Vokabular ihrer ideologischen Todfeinde. Während die Herrschaft der Krupps unangetastet blieb, balbierte man die Krauses fortan mit Schlagworten wie „Volksgemeinschaft“, „Volksempfänger“, „Volkswagen“, „Volkseintopf“ und „Volksempfinden“ über den Löffel, um sie anschließend dem großen Volksterben an den Fronten des von Hitler entfesselten Krieges auszuliefern.

Übrigens diene auch das N im Kürzel des faschistischen Parteinamens dazu, die Masse der Deutschen hinter das Licht zu führen und bei ihnen niedrigste Instinkte auszulösen. Der rassistisch-chauvinistische Herrenmenschen-Taumel, der die Hölle von Auschwitz hervorbrachte, richtete sich

frontal gegen die nationalen Interessen des deutschen Volkes. Hitlers NSDAP, die nach Mussolinis italienischen und Salazars portugiesischen Faschisten vom Kapital ans Ruder gebracht worden war, hatte den Auftrag, von ihren wahren Absichten durch griffige und gängige Parolen abzulenken. Nur so konnte das Trojanische Pferd in die gegnerische Burg gezogen werden.

Nach der Niederwerfung des deutschen Faschismus durch die Rote Armee und deren Alliierte im Jahre 1945 verfuhr man mit Drahtziehern und Exekuteuren der Hitlerschen Schreckensherrschaft in Ost und West auf völlig entgegengesetzte Weise. Während in der späteren DDR nicht nur die Stallburschen der braunen Diktatur zur Rechenschaft gezogen, sondern auch die Herrenreiter politisch wie ökonomisch ausgeschaltet wurden, machte das Bonner Adenauer-Regime tragende Säulen des faschistischen Repressionsapparates zu Stützpfählern seiner „Demokratie“. Nazi-Generäle, Nazi-Richter, Nazi-Lehrer und Nazi-Beamte gaben weitgehend den Takt und den Ton an. Globke, der Kommentator der Nürnberger Rassegesetze, stieg sogar zum Guru des Kanzlers auf.

Dieser inhaltlichen Konstellation entsprach dann auch die Wortwahl beider Seiten: Nannte man in der DDR den Faschismus an der Macht – die offene, unverhüllte Diktatur der reaktionärsten und aggressivsten Kreise des Finanzkapitals – beim wahren Namen, so hielt die politische Führung der BRD, welche den angeblich „verordneten Antifaschismus“ im Osten heftig attackierte, an der Hitlerschen Wortschöpfung Nationalsozialismus fest. Dabei kommt den antikommunistischen Ideologen die phonetische Nähe von Nationalsozialismus und Sozialismus sehr zupass, um ihre Lüge von den „zwei deutschen Diktaturen“ – eine Variante der berühmtesten Totalitarismus-Doktrin – weltweit zu verbreiten.

Dort, wo man Hitlers Mörderbande sowohl umgangssprachlich als auch in offiziellen Verlautbarungen weiterhin als Nationalsozialisten verharmlost, leitet man Wasser auf die Mühlen neuer Faschisten. Sie sammeln sich innerwie außerhalb der Institutionen, auch wenn es angesichts des heutigen Kräfteverhältnisses in Deutschland vorerst wohl keiner SA und SS bedarf.

Vor diesem Hintergrund ist es beunruhigend, daß selbst als Antifaschisten ausgewiesene Politiker der BRD, darunter auch solche aus den Reihen der Linkspartei, das Wort Faschismus nicht mehr in den Mund zu nehmen wagen. Der Bereitschaft zur Anpassung an den terminologischen „Mainstream“ muß ein Ende gesetzt, der angebliche Nationalsozialismus als Faschismus klar benannt werden.

Klaus Steiniger



INHALT

	Seite
Fremdbestimmtes und Hausgemachtes	2
Walter Womackas unvergängliches Werk	3
Imperialistische Handelsbarrieren gegen die DDR (Teil 3)	4
Kämpfer an der Außenwirtschaftsfront	5
Vom Bergmann zum Staatsmann	5
E. Rasmus: Für Gerhard Beil	5
Röslers krankmachende Gesundheitsreform	6
Ein mieser Typ	7
Ronald Löttsch: Herr Biedenkopf irrt	7
Die wechselvolle Geschichte eines Lenin-Bildes	8
Abc des Marxismus: Basis und Überbau	8
10 Jahre DDR-Museum in Tutow	9
Bochum: Ein DDR-Kabinett im Ruhrgebiet	9
Gewerkschaftsspalter in Westberlin:	
Als die UGO zum „Streik“ aufrief	10
Die Weitsicht des Lyrikers Helmut Preisler	10
„Zeitzeugen“ mit Gütesiegel	11
Wanderausstellung oder Verwirrspiel?	12
Der Mops und der Mond	13
Mehr als 22 000 Stolpersteine	14
In memoriam Dr. Ludwig Katzenstein	15
Zur Bio-Debatte:	
Umweltgerecht erzeugte Produkte für alle!	16
Einladung nach „Heideruh“	16
■ Oskar Lafontaine:	
Der archimedische Punkt	RF-Extra I
■ Antisemitismus – ein zutiefst reaktionäres Phänomen	RF-Extra III
Kundus: Von der Etappenidylle zum Frontgebiet	17
Kuba: Die Visionen des Realisten Raúl Castro	18
Wie Jugoslawiens Partisanen ihr Land befreiten	19
China: Erstmals gesetzliche Regelung betrieblicher Arbeitskonflikte	20
Ein „würdiger“ Laureat	20
CIA-General Vernon Walters:	
Spezialist für die „Letzte Ölung“	21
Polen: Jagd auf Hammer und Sichel	21
Erinnern an Oradour-sur-Glane	22
Belgien: Nous sommes un, wij zijn één	22
Zum 100. Todestag Lew Tolstois	23
Solo einer Nachtigall	24
Aus Hellges Anekdotenkiste	
Kammblasen oder Flötentöne?	24
Jurij Winars historisches Konzert	25
Vor fünf Jahren starb	
das Erzählertalent Harry Thürk	25
„Sprachzuchtmeister“ Hansgeorg Stengel	26
Botschafterin der heiteren Muse:	
Bärbel Wachholz	27
Als Louis Armstrong in der DDR gastierte	27
Archie und die Pharisäer	28
Leserbriefe	29
Grafik des Monats	32

Fremdbestimmtes und Hausgemachtes

Über zwei Journalisten der „Süddeutschen“, die etwas tiefer zu loten suchten

Am 3. Oktober feierte die deutsche Bourgeoisie zum 20. Mal den Tag der Annexion der DDR. Unsere Intelligenz wurde mit Feiertagsreden, Selbstbeweihräucherungsattacken, Propaganda-Stories und Lügenaufgüssen beleidigt.

Da tut es gut, daß es in journalistischen Revieren noch Leute gibt, die anders als die Masse der Lohnschreiberlinge versuchen, eine ungeschönte Bestandsaufnahme des tatsächlichen Geschehens in den sogenannten neuen Ländern zu wagen. Christoph Cadenbach und Bastian Obermayer sprachen mit echten oder selbsternannten Ost-Experten, werteten Statistiken aus und reisten ins thüringische Jena. Das Ergebnis präsentierte dann das Magazin der Süddeutschen Zeitung unter dem Titel „Geschlossene Gesellschaft“. Dieser Bericht bemüht sich um Ehrlichkeit, vermeidet arrogante Anti-Ost-Untertöne und dummliche Belehrungen.

Die Zahlen lassen eine Beschönigung auch kaum zu. Ostdeutsche machen heute etwa 20 % der BRD-Gesamtbevölkerung aus, sind aber in doppelt so hohem Maße arbeitslos wie Westdeutsche. Das gleiche trifft auf den Niedriglohnsektor, die Zahl der Hartz-IV-Aufstocker und die Jugendarbeitslosigkeit zu. Ostdeutsche verdienen etwa 17 % weniger als ihre westdeutschen Kollegen, arbeiten dabei aber länger.

Cadenbach und Obermayer wiesen ziemlich anschaulich nach, wie die Bevölkerung im Osten fremdbestimmt wird. Sie stellt nur 20 % der sogenannten BRD-Elite, worunter Entscheidungsträger in Wirtschaft, Politik, Medien, Justiz und anderen Bereichen gemeint sind. Auch im Osten selbst sind nicht mehr als 30 % der Spitzenkräfte Einheimische. Politische Gremien, Universitäten, DAX-Unternehmen, lukrative Grundstücke, Immobilien, Fernsender und Zeitschriften befinden sich fest in westdeutscher Hand.

Dafür sind Ostdeutsche als Kanonenfutter gefragt. Sie stellen inzwischen gut die Hälfte der einfachen Soldaten im „Auslandseinsatz“. Mit anderen Worten: im Krieg. Bei einem Anteil von 20 Prozent der Gesamtbevölkerung ist das ein aufschlußreicher Aspekt. Wenigstens beim Sterben dürfen bevorzugt man sie ...

Die Autoren des Münchner Blattes haben versucht, sich der Gegenwart zu nähern. Das ist anerkennenswert und wird viel zu selten gewagt. Cadenbach und Obermayer gelangen zu dem Schluß, daß Ostdeutsche immer da fehlen, wo es um Macht geht, dafür aber überproportional dort zu finden sind, wo der Kampf um die nackte Existenz zur Debatte steht.

Wagen wir den Versuch einer Analyse. Die geringe Wirtschaftsleistung hat ihre Ursache in der durchgängigen Vernichtung

der zum Teil zwar problembehafteten, aber insgesamt leistungsfähigen DDR-Wirtschaft. Auch in diesem Jahr hörte man in den Jubelreden kein Wort von der „Treuhand“. Zu negativ sind die Gefühle, die gerade diese „Behörde“ bei früheren DDR-Bürgern ausgelöst hat. Man will sie in Vergessenheit geraten lassen, da sie eine Wirtschaftskatastrophe auslöste, wie sie keine noch so ineffiziente Planwirtschaft je hätte verursachen können. Das gesamte Volksvermögen der DDR verwandelte sich binnen weniger Jahre in einen riesigen Schuldenberg. Raub und Verschleuderung waren dem vorausgegangen. Während Millionen im Osten arbeitslos wurden, stieg die Zahl der Vermögensmillionäre im Westen sprunghaft um 40 %! Ein Zufall? Nie zuvor hat es in Friedenszeiten eine solche Plünderung und De-Industrialisierung im Maßstab eines ganzen Landes gegeben.

Auch das Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“ war den Festrednern peinlich. Ein ganzes Volk wurde zum Freiwild für westdeutsche Eigentümerinteressen erklärt. Während Profi-„Vertriebene“ wie Erika Steinbach hofiert werden, schweigt man die Vertreibung Tausender und Abertausender Ostdeutscher tot. In Kleinmachnow lebt z. B. nur noch ein Fünftel der Alteingesessenen – die anderen wurden verjagt und umgesiedelt, um solchen „Edelmännern“ wie Jörg Schönbohm Platz zu machen.

Dem Fehlen einer ostdeutschen Elite ging deren Entfernung aus allen relevanten Bereichen der Gesellschaft voraus. Nahezu die gesamte Intelligenz wurde ausgetauscht. Enorme geistige, kulturelle und wissenschaftliche Potenzen liegen seitdem brach. Eine Katastrophe! Welches Land kann sich so etwas leisten? Eine zunehmende geistige Verarmung Deutschlands ist das Ergebnis.

Heute sind die Ostdeutschen jene Bevölkerungsgruppe in Europa, welcher am wenigsten von dem Land gehört, in dem sie selbst lebt. Sie sind de facto nur noch geduldete Gäste in ihrer Heimat. Die Hoffnungslosigkeit schlägt sich nicht zuletzt in der Geburtenrate nieder, die lediglich von der im Vatikanstaat deutlich unterboten wird.

Was viele „Leistungsträger“ nicht auszusprechen wagen, ist die Tatsache, daß es nie um eine wirkliche Einheit ging, wie sie bundesdeutsche Politiker vorgaukeln, sondern allein ums Beutemachen. Die DDR wurde wie eine Kolonie behandelt und als Konjunkturmotor für die damals schwächelnde BRD-Wirtschaft betrachtet. Hinzu kam der Wunsch, den „Kommunismus“ auf deutschem Boden endlich auszulöschen. Betrachtet man die Politik der BRD-Führung in Ostdeutschland unter diesem Blickwinkel, dann macht das Ganze aus der Sicht

jener Kapitalisten, welchen die DDR zeit ihrer Existenz das Ausbeuterhandwerk gelegt hatte, durchaus Sinn.

Doch wir wollen uns nicht darauf beschränken, die Fehler der Anschlußpolitiker aus dem Westen darzulegen. Auch wir Ostdeutschen müssen uns dem historischen Geschehen von 1989/90 rückhaltlos stellen. Wir machen es uns zu leicht, wenn wir die heutige Situation einfach nur empörend finden und uns allein als Opfer fremder, betrügerischer Mächte sehen. Hat es doch auch die „Helmut-Helmut“-Rufe in Dresden und anderswo gegeben. Die BRD-Fahnen wurden zwar aus dem Westen geliefert, dann aber von Ostdeutschen geschwenkt. Das Wedeln mit den 100-DM-Begrüßungsgeldscheinen war eine freigewählte Selbsterniedrigung. Viele hingen erwartungsvoll an den Lippen der Heilsbringer und waren bereit, ihnen jedes Wort zu glauben.

Zugegeben: Auch ich schenkte der vermeintlichen Wahrheitsliebe und journalistischen Redlichkeit sogenannter Qualitätsmedien viel zu lange Vertrauen, bis ich endlich begriff, daß Verdummung und Manipulation deren Auftrag und Geschäft sind. Ich weiß noch gut, mit welchem naiven Stolz ich meine erste Westzeitung kaufte und nach Hause trug. Die Mentalität des Jagens nach der Banane erleichterte den Räubern ihren Raubzug ganz erheblich. Dem müssen wir uns stellen, auch wenn so mancher nachträglich Scham darüber empfinden mag, den Rattenfängern in die Falle gegangen zu sein. Nur wenn man sich selbst gegenüber ehrlich ist, kann man jene Resignation überwinden. In der nicht wenige noch immer verharren. Dem Schock und der Scham müssen Wut und Widerstand folgen. Ohne einen ungetrübten Blick auf das Handeln der Mächtigen von damals und heute werden wir der Dinge nicht Herr. Von den jetzt am Ruder Befindlichen eine sachliche Analyse und Kurskorrektur zu erwarten, führt in die Irre: Sie selbst sind die Täter von gestern. Sie brauchen die Kluft zwischen Ost und West, handeln doch alle Ausbeuter und Unterdrücker seit jeher nach der Devise „Teile und herrsche!“

Doch ich glaube, daß eine auf solchen Rezepten basierende Selbstlegitimierung bereits den Kern künftigen Scheiterns in sich trägt. Deshalb haben mich auch die Festreden der hitzigen kalten Krieger am 3. Oktober nicht erwärmen können.

Ulrich Guhl, Berlin

Hinweis an unsere Leser:

Wegen der Feiertage und des Jahreswechsels gelangt die Nr. 156 des RF erst am 6. Januar zum Versand. Wir bitten um Verständnis.

Unvergänglich und unauslöschbar

Am 18. September ist der Maler Walter Womacka, dessen Werk weit über die Grenzen der DDR hinaus Beachtung fand, von uns gegangen. Wir ehren ihn, indem wir verschiedene Facetten seines Schaffens, das die Jahrhunderte überdauern wird, hier anklingen lassen.



Enkelin Anna (1978)



Gehöft am Wasser (2002)



Selbstporträt



Schreiender Stier (1995)



Fenster im ehemaligen Staatsratsgebäude der DDR (1964)

Imperialistische Handelsbarrieren gegen die DDR

Hallsteins Alleinvertretungsanmaßung (Teil 3 und Schluß)

Ende 1955 wurde der seit Gründung der DDR bereits praktizierte Alleinvertretungsanspruch der BRD – die nach dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Walter Hallstein, benannte Doktrin – zum Gesetz erhoben. Bonn maßte sich an, für „alle Deutschen“ zu sprechen. Als erklärter Rechtsnachfolger des 1945 untergegangenen Deutschen Reiches reklamierte die BRD auch das Monopol auf die Außenvertretung. Wer die DDR als zweite deutsche Republik akzeptierte, hatte mit politischen und wirtschaftlichen Sanktionen zu rechnen. Dabei wurden nur sozialistische Staaten ausgenommen.

Die BRD lehnte die Zweistaatentheorie, wie der nach dem Krieg entstandene Status quo bezeichnet wurde, grundsätzlich ab.

Als Jugoslawien und Kuba die DDR diplomatisch anerkannten, brach Bonn die Beziehungen zu ihnen ab. Einige kapitalistische Staaten und Entwicklungsländer waren durchaus bereit, ihr Verhältnis zur DDR schrittweise zur normalisieren, was die BRD mit ihrem ganzen politischen und ökonomischen Gewicht zu verhindern mußte. Das bedeutete: keine diplomatischen Beziehungen, keine Anerkennung der Pässe der DDR, keine Botschaften, keine offiziellen Handelsvertretungen, keine Handelsabkommen, dafür aber höhere Zölle, eine strangulierte Lizenzpolitik, keine Zahlungsabkommen.

Neben der Cocom-Liste und dem Allied Travel Office erwies sich die Hallstein-Doktrin als das wirksamste Mittel der Bundesregierung, um der DDR mit dem Ziel ihrer Vernichtung zu schaden.

Ihr gelang es bis 1969, lediglich zu 13 Staaten volle diplomatische Beziehungen herzustellen. Erst danach – als sich in Bonn die sozialliberale Koalition unter Kanzler Willy Brandt zur Aufgabe der Hallstein-Doktrin entschlossen hatte – wagte es eine Reihe Staaten der Dritten Welt, solche Beziehungen zur DDR aufzunehmen. Nach Abschluß des Grundlagenvertrages zwischen DDR und BRD im Jahre 1972 folgten dann alle kapitalistischen Industrieländer.

Die genannten diskriminierenden Maßnahmen der NATO – von Cocom über das Alliierte Reisebüro bis zu diversen Boykotten und Embargos – wurden mit voller Unterstützung der BRD oder sogar auf deren Initiative ergriffen.

All das geschah aufgrund einer ideologisch motivierten Politik, die sich dem strategischen Ziel der USA unterordnete, die „Ausbreitung des Kommunismus“ einzudämmen und ihn zurückzurollen (Rollback). Dazu wurden die DDR und die anderen sozialistischen Staaten auf allen Feldern mit der Absicht bekämpft, das alternative Gesellschaftsmodell zum

Kapitalismus zu beseitigen. Das war der Kern des Kalten Krieges.

Bezogen auf die deutschen Verhältnisse hieß das Liquidierung der DDR und Vollzug der „deutschen Einheit“ unter westlichem Diktat, also Wiederherstellung der bis 1945 auch im Osten bestehenden kapitalistischen Ordnung.

Wenn dies bis 1989 nicht gelang, war das der solidarischen Hilfe und Unterstützung der Sowjetunion und der anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft zu verdanken.

Trotz der komplizierten Ausgangslage und des gnadenlosen Kampfes der BRD gegen die DDR auf allen Feldern geschah das eigentliche deutsche Wirtschaftswunder, das die Voraussetzungen für ein allen zugängliches Bildungssystem, ein umfassendes Gesundheitswesen für alle Bürger und andere soziale Maßnahmen schuf, in den 40 Jahren der Existenz der DDR. Ihre Selbstbehauptung gegen die BRD war mit hohen Kosten, vielen Einbußen und Verlusten verbunden.

Die ungünstigen Ausgangspositionen und der ununterbrochene Kampf der BRD gegen die DDR haben unsere gesamte Entwicklung beeinflusst. Dennoch war die DDR 1990 nicht pleite, ihre Wirtschaft keineswegs marode, waren riesige Vermögenswerte vorhanden. Sonst wäre ja die Übernahme der Banken, Versicherungen, Industrieanlagen, Wohnungen und Handelsorganisationen, die bereits Anfang 1990 begann, nicht so lukrativ gewesen.

Nach Einverleibung der DDR durch die BRD wurde der bereits seit Jahrzehnten geführte Kampf gegen jede Form sozialistischer Entwicklung und sozialistischer Denks fortgesetzt. Der kurzen Etappe, in der „blühende Landschaften“ versprochen wurden, folgte der Einfall von Scharen politischer, ökonomischer und juristischer „Berater“, die den Boden für die Vertreter der Konzerne und Banken vorbereiten sollten, um die Konkurrenzbetriebe der DDR auszuschalten oder zu vereinnahmen.

Parallel dazu begann die Phase der Delegitimierung des politischen und wirtschaftlichen Systems der DDR unter der Losung vom „Unrechtsstaat“. Politische Parteien und Organisationen der „abgewickelten“ DDR, ihr Bildungs- und Gesundheitswesen wurden kurzerhand beseitigt. Zahllose Ermittlungsverfahren, Verhöre und Hausdurchsuchungen erzeugten eine Atmosphäre der Angst und Unsicherheit. Sie waren zugleich die Nebelwand, hinter der sich die Übernahme der Banken, Versicherungen und Handelsorganisationen der DDR vollzog. Milliardenwerte gingen dabei über den Tisch. Das war der Anfang einer Politik, die jede Form und jeden Ansatz sozialer

Maßnahmen im Interesse der Erzielung von Maximalprofit zu verhindern trachtete.

Die DDR ist nicht allein untergegangen, sondern als Teil einer Gemeinschaft von Staaten, die einem Sozialismusmodell folgte, welches sich auf Dauer als nicht hinreichend lebensfähig erwies. Die DDR konnte nur mit der Sowjetunion existieren. Als deren sozialistische Politik aber aufgegeben wurde, war auch die Grundlage für ein Weiterbestehen der DDR nicht mehr vorhanden.

Das aber ist nicht das Ende sozialistischer Vorstellungen. Ich bin vom Fortbestand unserer Idee unverändert überzeugt, selbst wenn es augenblicklich so aussieht, als läge deren Zukunft bereits hinter ihr. Schon Rosa Luxemburg hat die Alternative klar benannt. Sie lautet: Sozialismus oder Barbarei.

Auch wenn derzeit in vielen Ländern das Mittelmaß regiert und die Massen mehrheitlich den Herrschenden hinterhertröten, muß und wird das nicht bis zum Ende aller Tage so bleiben. Die Entwicklung, redeten wir uns ein, vollziehe sich gesetzmäßig und aufsteigend. In der Tendenz vielleicht, aber nicht ohne Rückschläge und schon gar nicht mechanisch und automatisch. Der Fortschritt gerät mitunter ins Stocken, woran dann immer viele Faktoren beteiligt sind.

Politische Organisationen, und wenn sie sich noch so wichtig nehmen, sind nur ein Element dabei. Heute gehören weniger als drei Prozent der Bundesbürger einer Partei an. Bei uns waren es weit mehr. Und es waren nicht nur Opportunisten, die Karriere machen wollten. Die gab es auch, mehr als genug. Aber wir waren nicht wenige, die bewußt Partei ergriffen und sich entsprechend bildeten. Das, so scheint mir, ist derzeit unser größtes Manko: fehlendes politisches Wissen!

Dr. Gerhard Beil †

Unser Autor war Minister für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik.

Allen Leserinnen und Lesern des RF, den gleichgesinnten Kampfgenossen, unseren aufgeschlossenen Sympathisanten, den kritisch-solidarischen Weggefährten und den unserer Weltanschauung mit Toleranz und Fairneß begegnenden Andersdenkenden wünschen wir

schöne Weihnachtstage und ein sinnerfülltes neues Jahr.

Eine Fundgrube nicht nur für Historiker

Bilanz eines Kämpfers an der Außenwirtschaftsfront

Autor des unlängst im Verlag Das Neue Berlin erschienenen Buches „Außenhandel und Politik“ ist Dr. Gerhard Beil. Er war der letzte Minister des Ressorts in der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. So wurde diese Ausarbeitung, die noch kurz vor seinem Tode erschien, gewissermaßen zu einem historischen Dokument. Geschildert werden mit hoher Akribie die schwierige volkswirtschaftliche Ausgangssituation in der sowjetischen Besatzungszone und dann der DDR, die zwingenden Gründe für Import und Export beim Aufbau einer neuen ökonomischen Ordnung. Sie sind in der vom „RotFuchs“ veröffentlichten dreiteiligen Artikelserie Gerhard Beils angedeutet und werden im Buch eingehender beschrieben. Kriegsbedingte Zerstörung von Produktionsmitteln in enormem Ausmaß, Disproportionen zwischen den im Osten verbliebenen industriellen Resten, Rohstoffarmut und Reparationsleistungen, Verluste an wissenschaftlich-technischem Know-how sowie ein damit verbundener Rückstand gegenüber kapitalistischen Industrieländern einschließlich Westdeutschlands bestimmten die Ausgangslage.

Zur Lösung dieser Probleme reichte die gegenseitige Unterstützung der sozialistischen Länder nicht aus. Die DDR mußte in die internationale Arbeitsteilung einbezogen sein, um den Lebensstandard ihrer Bevölkerung kontinuierlich erhöhen und die Vorzüge der sozialistischen Produktionsweise voll zur Entfaltung bringen zu können. Genau das aber wollten die erklärten Feinde des Sozialismus verhindern.

Gerhard Beil schildert, wie die Außenhändler der DDR bis 1989 darum kämpfen mußten, die sich aus vielfältigen Manövern der Bundesrepublik und ihrer imperialistischen Verbündeten ergebende Wirtschaftsblockade zu durchbrechen. Seit Gründung der beiden deutschen Staaten hielt die später durch Hallstein offiziell verkündete Alleinvertretungsanmaßung andere Länder davon ab, über Handelsabkommen mit der DDR Liefer- und Leistungsverträge abzuschließen, wie es sonst zwischen Staaten üblich ist. Darüber hinaus verhinderte eine umfangreiche und ständig erweiterte Warenliste, die von den NATO-Staaten vorgeschrieben wurde und noch bis 1994 wirksam blieb, Lieferungen der darin aufgeführten Erzeugnisse an „Ostblockländer“.

Umgekehrt wurden Exporte der DDR, die zur Bezahlung von Importen notwendig waren, durch handelspolitische Maßnahmen und Druck auf solche westlichen Unternehmen, die an Einfuhren aus der DDR interessiert waren, unterbunden oder zumindest erschwert. Zu diesem Zweck schufen die Westmächte und die BRD in Westberlin das sogenannte Allied Travel Office, ohne dessen Genehmigung eine Einreise von DDR-Bürgern in NATO-Länder grundsätzlich nicht erfolgen konnte. Welche Nachteile und Schäden der DDR durch dessen Tätigkeit entstanden, ist Gerhard Beils aufschlußreichem Buch zu entnehmen. Es trägt sehr anschaulich zum Verstehen konkreter politischer und außenwirtschaftlicher Aktivitäten der DDR-Regierung bei, deren Ergebnisse

durch die unermüdliche und präzise Arbeit der beteiligten Außenhändler und Unternehmen in wirtschaftliche Erfolge umgemünzt wurden.

Widerlegt wird die plumpe Behauptung, die DDR-Wirtschaft sei leistungsunfähig gewesen. Die im Buch angegebenen Zahlen über den Export von Produktionsmitteln in das westliche Ausland, beispielsweise industrieller Anlagen und Werkzeugmaschinen, sprechen eine beredte Sprache. Die Zweckklüge von den angeblich maroden, also wertlosen volkseigenen Betrieben wird allein durch die detailliert geschilderten Importe der DDR von hochmodernen Industrieanlagen aus westlichen Ländern ad absurdum geführt. Sie dient der BRD lediglich als „Begründung“ der durch die Treuhand betriebenen Vernichtung oder Verschleuderung des DDR-Volkvermögens. Abgesehen davon, daß zum Zeitpunkt der „friedlichen“ Konterrevolution diese importierten Produktionsmittel vollzählig vorhanden waren, hätten „marode“ Unternehmen gar keine Chance gehabt, sie überhaupt zu nutzen.

Allen, die sich über die Preisgabe der DDR Gedanken machen, ist Gerhard Beils Buch dringend zu empfehlen. Für Historiker, welche um die wahrheitsgemäße Darstellung der DDR-Geschichte bemüht sind, ist die Lektüre geradezu obligatorisch.

Dr. Manfred Böttcher

Unser Autor – ein namhafter Wirtschaftsjournalist und Publizist – war Generaldirektor der DEWAG.

Vom Bergmann zum Staatsmann

Dr. Gerhard Beil war seit 1954 im Ministerium für Außenhandel der DDR tätig und steuerte dort als Staatssekretär speziell die Handelsbeziehungen zu den kapitalistischen Industrieländern. Später wirkte er viele Jahre als Minister für Außenhandel. Sein Leben war dem Aufbau des Sozialismus gewidmet und vollzog sich zugleich unter den Bedingungen einer ausbeutungsfreien Gesellschaft. Gerhard Beil ging den Weg vom Arbeiter zum Staatsmann. Gelernter Industriekaufmann und Bauschlosser, Maschinist im Braunkohletagebau, Bergmann in der Wismut, Student in Berlin, Wissenschaftler in Babelsberg, wurde er schließlich erster Außenhändler seiner Republik. – Von Marx hatte Gerhard Beil gelernt, daß Wissen Macht ist. Das blieb sein Credo bis zuletzt.

In der Person dieses herausragenden Ministers der DDR-Regierung verkörpert sich die geschichtliche Tatsache, daß der sozialistische deutsche Staat von Arbeitern und Bauern an den entscheidenden Schaltstellen geführt worden ist.

M. B.



Für Gerhard Beil

(26. 5. 1926 bis 19. 8. 2010)

Wie schmerzlich bleibt Dein Platz jetzt
unbesetzt ...

Du hast ihn ausgefüllt mit Anspruch
bis zuletzt,

Treu Deinem Auftrag, um der Wahrheit
zu genügen.

Du warst dabei, Geschicke neu zu
fügen

Für Deines Staates und des Friedens
Horizont,

Beseelt, geschäftlich handelnd und
gekonnt,

Als ein Minister mit historischer
Mission,

Und wahrtest diplomatisch Klassen-
position –

Selbst nach der Schmach einer
verlorenen Schlacht.

Drum sei Dir ehrend Dank, was Du
vollbracht.

E. Rasmus

Röslers krankmachende Gesundheitsreform

Bahn frei für Zweiklassenmedizin und Diktatur der Pharmakonzerne

Im September 2010 stuft der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen 23 von 160 Einrichtungen dieser Art als gefährdet ein. Weitere 46 Kassen stünden wegen ihrer fragilen Finanzlage unter Beobachtung. Neun schreiben rote Zahlen, mehr als 40% haben finanzielle Probleme. Insgesamt würden die Kassen 3,1 Mrd. Euro weniger aus dem Gesundheitsfonds einnehmen, als sie für die Versorgung der Versicherten ausgeben müßten, hieß es. Für 2011 sagt man ein finanzielles Defizit von 11 Mrd. Euro voraus. Mit der Einführung des 2007 beschlossenen „Gesundheitsfonds“ ab Januar 2009 versprach Merkels damalige CDU/SPD-Regierung, die Finanzprobleme der gesetzlichen Krankenversicherung zu lösen. Mehr noch: Sie stellte eine Senkung der Beiträge in Aussicht. Alle Pflichtversicherten sollten fortan gleiche Beiträge an die Kassen entrichten. Beschlossen wurde ebenfalls, daß in Schwierigkeiten geratene Kassen von ihren Mitgliedern Zusatzbeiträge erheben dürfen. Die „Arbeitgeber“ sollten von zusätzlichen Zahlungen befreit sein. Bereits seit Juli 2005 müssen die Beschäftigten 0,9% mehr Beitrag an die Kasse abführen als ihre „Arbeitgeber“. Hinzu kommen 10 Euro, die pro Quartal für einen Arzt- oder einen Zahnarztbesuch fällig werden. Angezogen haben auch die Zuzahlungen für Leistungen und Medikamente, was ja ebenfalls eine Form von Zusatzbeiträgen darstellt. Seit der letzten Gesundheitsreform (2005) sind die Kosten für Arzneimittel um 41%, für ärztliche Behandlungen um 21% und für Krankenhausaufenthalte um 18% gestiegen. Es wurde weder die Kostenentwicklung gestoppt, noch konnte die Einnahmeseite der gesetzlichen Kassen gestärkt werden. Die schwarz-gelbe Koalition des Kapitals versucht diese fiskalische Entwicklung zu Lasten der Versicherungspflichtigen zu lösen. Über die Gestaltung effizienter Strukturen des Gesundheitswesens wird nicht oder kaum noch nachgedacht. Das Grundproblem besteht darin, daß eine wirklich solidarische Krankenversicherung alle Menschen erfassen müßte – Arbeiter, Angestellte, Beamte und selbständige Unternehmer. 2009 waren 87% aller BRD-Bürger gesetzlich und nur 13% privat versichert. Daraus ergibt sich, daß das Gesundheitssystem in seiner derzeitigen Form von den gesetzlich Versicherten getragen wird. Privat Versicherte und deren Kassen ziehen daraus Nutzen, leisten aber keinen entsprechenden Beitrag. Ein weiteres Problem besteht darin, daß es viel zu viele gesetzliche Krankenkassen mit riesigen Verwaltungsapparaten, Vermögenswerten und hochdotierten Vorständen gibt. Vor zehn Jahren waren es noch rund 420 Kassen, heute geht man von 160 aus, wobei in weiteren Zusammenlegungen

ein enormes Einsparungspotential vorhanden wäre. Mit den vorhandenen technischen Möglichkeiten sind weniger als fünf Kassen erforderlich, um die Pflichtversicherten ordnungsgemäß zu betreuen. In der DDR gab es mit der SVK ohnehin nur eine alle Versicherten erfassende Einrichtung dieser Art. Gesetzliche Krankenkassen und der Staat leisten sich überdies sechs Krankenkassenverbände und einen „Spitzenverband Bund der Krankenkassen“. Hinzu kommen 34 kassenärztliche und kassenzahnärztliche Vereinigungen mit ihren beiden Spitzenverbänden. Sie alle verschlingen das Geld der Pflichtversicherten, niemand fragt nach der Daseinsberechtigung solcher „gewachsenen“ Strukturen. Die Pharmaindustrie kann in der BRD schalten und walten, wie sie will. Sie diktiert die Preise auf dem Arzneimittelmarkt. Damit sich daran nichts ändert, operiert sie mit einer riesigen Lobby. Für Medikamente gelten hierzulande Höchstpreise, die weit über den in anderen EU-Staaten geforderten Beträgen liegen. Bekannt ist auch, daß neue Medikamente, die im Wirkungsmechanismus keinen oder nur geringen Fortschritt gegenüber bisherigen besitzen, zu maßlos überhöhten Preisen auf den Markt gebracht werden. Die Bundesregierung will künftig Preisnachlässe der Pharmaindustrie um bis zu 16% durchsetzen. Damit könnten etwa 9,4 Mrd. Euro eingespart werden. Nach Erkenntnissen des Heidelberger Pharmakologen Prof. Ulrich Schwab wird das Problem dadurch aber nicht gelöst. Eine gerechte Preisgestaltung für Pharmazeutika und medizinische Hilfsmittel bedarf völlig anderer gesetzlicher Grundlagen. Diese müßten die maßlosen Profite der Konzerne drastisch einschränken. Davor haben sich bisher alle BRD-Regierungen gedrückt. 2003 plante Schröders Koalition aus SPD und Grünen die Einführung einer Positivliste für Medikamente, wie es sie schon in anderen EU-Ländern gibt. Sie hätte die erstattungsfähigen Präparate/Medikamente von 50 000 auf 20 000 reduziert. Die schwarzen Pharma-Lobbyisten brachten die Liste damals über den Bundesrat zu Fall. Der jetzige FDP-Gesundheitsminister Rösler – ebenfalls ein Strohhalm der marktbeherrschenden Arzneimittelkonzerne – hat über dieses Einsparungspotential noch nicht einmal nachgedacht. Statt dessen entlastet er die privaten Versicherungskonzerne. Sie sollen fortan die gleichen Preise für Medikamente zugebilligt bekommen wie gesetzliche Kassen. „Besserverdienenden“ will er den Weg in private Versicherungskonzerne angesichts steigender Beiträge der gesetzlichen Kassen „erleichtern“.

Am Kosten-Boom des Gesundheitswesens ist der Staat maßgeblich beteiligt, erhöhte er doch die Mehrwertsteuer ab 1. Januar 2007 von 16 auf 19%. Medikamente werden mit dem Höchstsatz der Umsatzsteuer von 19% belegt, während nicht lebensnotwendige Waren oder Dienstleistungen mit null oder sieben Prozent belastet sind. 2009 lagen die Arzneimittelkosten der gesetzlichen Krankenkassen bei ca. 32,4 Mrd. Euro. Mehr als 5 Mrd. davon sind Umsatzsteuern, die der Staat den Kassen bzw. den Beitragszahlern abforderte. Die Aufhebung der Mehrwertsteuer für Medikamente und andere medizinische Hilfsmittel wäre für diese eine enorme Entlastung. Seit vielen Jahren macht die Arbeitslosigkeit den Krankenkassen schwer zu schaffen. Hinzu kommt die geringe oder ganz unterbleibende Einkommenssteigerung Arbeitender. Niedrige Einkünfte führen zu geringen Kassenbeiträgen. CDU und FDP wollen lediglich vier Milliarden des für 2011 angenommenen Defizits von elf Milliarden Euro durch Ausgaben-drosselung einsparen. Die restlichen sieben Mrd. werden durch eine Erhöhung der Beiträge von 14,9 auf 15,5% aufgebracht. Die Pflichtversicherten tragen davon 8,2% und die „Arbeitgeber“ lediglich 7,3%. Ab 2012 sollen deren Beiträge sich nicht mehr verändern, während den Versicherten künftig Zusatzbeiträge in unbegrenzter Höhe aufgebürdet werden können, wenn die Kasseneinnahmen nicht reichen. Das ist der Einstieg in Röslers famose Kopfpauschale und die von ihm angestrebte Privatisierung gesetzlicher Krankenkassen. „Wir haben keine Alternative“, hört man aus dem Regierungsstall. Einzige Gewinner der schwarz-gelben „Gesundheits“-Reform 2010 sind die Pharmaindustrie und die privaten Versicherungskonzerne. Denn im Gesundheitswesen der BRD gibt die „Versicherungs-, Gesundheits- und Pharma-Lobby“ den Ton an, nicht aber Merkel und ihr beflissener Gesundheitsminister.

Dr. Ulrich Sommerfeld, Berlin

Be-miß-standsaufnahme

Immer mehr Bundesdeutsche
verarmen:
Abstreicher eines Staates
demokratisch für
ideologische Anstreicher
trotz Einstreicher immer größerer
Gewinne
Profitsüchtige mit Verruf – gutem Ruf
schaden Gesellschaft
anders als Stadtstreicher
herabgewürdigt

Jürgen Riedel, Minden

Ein mieser Typ

Vom schamlosen Gebaren eines zum Top-Manager aufgestiegenen Denunzianten

Unter dem Titel „Die neue Ost-Elite“ braucht noch eine Generation Zeit“ erschien in der „Sächsischen Zeitung“ vom 2./3. Oktober ein Beitrag von Stephan Schön. Dazu unsere Meinung:

Wir glauben Ihnen, Herr Schön, was Sie über Günter Hertel schreiben, der es als einer der ganz wenigen Ostdeutschen geschafft habe, ins Top-Management großer Weltkonzerne aufzusteigen. Weshalb das bislang nur wenigen „Ostdeutschen“ gelingt, bedarf einer soliden Analyse und keines oberflächlichen Kommentars.

Wenn es Herrn Hertel aufgrund seiner hervorragenden Ausbildung an der Hochschule für Verkehrswesen in Dresden gelungen ist, zeitgleich mit der „Wende“ zum Ordentlichen Professor ernannt zu werden und ins Top-Management internationaler Unternehmen zu gelangen, dann gratulieren wir ihm. Er hat offenbar in der DDR eine hohe Qualifizierung erhalten. Aber wo sind denn ... die vielen anderen DDR-Wissenschaftler (einschließlich der Universitäts- und Hochschulprofessoren, d. h. die Kollegen von Herrn Hertel) geblieben? Hebt sich nur er aufgrund seiner Ausbildung, seiner Fähigkeiten und seiner Eignung von ihnen ab?

Die Antwort gibt Hertel selbst, der sich nicht schämt (eher brüstet), indem er durch den Artikelschreiber Schön feststellen läßt, „... daß Anfang der 90er Jahre das Gros (!) der etablierten DDR-Forscherelemente aus politischen Gründen abgesetzt war“, wobei er (Hertel) selbst aktiv bei der „Abwicklung“ mitgewirkt habe, um eine „neue Uni-Fakultät“ aufzubauen ...

Wir wissen es zu werten, wenn es in dem SZ-Artikel heißt: „An seiner (?) Hochschule leitete er (d. h. G. Hertel) ... jene Kommission, die letztlich jeden einzelnen auf

politische Integrität, auf die Eignung für den öffentlichen Dienst zu prüfen hatte.“ Und weiter heißt es: „Von den wissenschaftlichen Spitzen blieben nur wenige im Amt – in Dresden wie überall in Ostdeutschland.“ (Eine dieser wenigen Spitzen war offenbar G. Hertel, der sich selbst dazu gemacht hatte.)

Da freut man sich regelrecht über die Offenheit, mit der hier vom rigorosen Rausschmiß nahezu aller DDR-Universitäts- und Hochschulprofessoren – einschließlich jener der Medizin! – berichtet wird. Auf den Herrn Weltkonzern-Top-Manager Hertel bezogen heißt das, daß er sich anmaßte, Richter zu sein und seine (!) Kollegen, mit denen er viele Jahre zusammenarbeitete, nun auf politische Loyalität und fachliche Eignung zu prüfen.

Was ist das für ein Charakter (zu gut deutsch: mieser Typ!), den auch das Grundgesetz nicht störte, in dem es (leider nur formal) u. a. heißt: Die Würde des Menschen (hier altehrwürdiger Professoren ...) ist unantastbar.

G. Hertel hat seine Kollegen abgesetzt (so Herr Schön) und in diesem Absetzungsprozeß sich dann selbst zum Professor berufen lassen. Und das wurde zum 20. Jahrestag der „deutschen Einheit“ ausdrücklich gewürdigt. Wir hätten eher endlich eine Entschuldigung erwartet!

Und mit dem hier beschriebenen Absetzungs- bzw. Liquidierungsprozeß zogen die auf Karriere wartenden westdeutschen Wissenschaftler ein und füllten „die Lücken“... Wo aber blieb die liquidierte DDR-Universitätsintelligenz? Darüber verliert Herr Schön kein Wort. Es sind offenbar – wie für G. Hertel – Verschwundene bzw. Erledigte, von denen ohnehin 20 Jahre später viele nicht mehr leben.

Stephan Schön verliert auch kein Wort darüber, daß im Gegensatz zur DDR-Universitäts- und Hochschulintelligenz 90 % (!) der Volkspolizisten vom Freistaat Sachsen übernommen wurden und heute von dem durch Herrn Tillich eingesetzten VP-Major Merbitz befehligt werden ... Was mußten demgegenüber die DDR-Wissenschaftler verbrochen haben, um massenweise (!) abgesetzt zu werden und um lakonisch festzustellen, daß es noch „eine Generation Zeit“ benötigen werde, um eine neue „Ost-Elite“ heranzubilden. Die aber war doch durch unsere Kollegen aus dem Westen sofort da, als es galt, die Lücken zu füllen, welche durch den Wegfall der Ausgestoßenen entstanden waren. Welch großzügige Geste!

Günter Hertel sollte sich zusammen mit dem ihm hörigen Schreiber des betreffenden SZ-Artikels schämen. Das tut er nicht, sondern stellt sich in Pose der Öffentlichkeit. Er rühmt sich, mitgeholfen zu haben, eine ganze Generation von Wissenschaftlern – seine Kollegen! – unter Mißachtung elementarer Rechtsmittel ausgeschaltet zu haben. Das ist in der deutschen Geschichte in der Tat einmalig – unabhängig davon, welche Großtaten Hertel nachher in seinen „Weltkonzernen“ auch noch vollbracht haben mag!

PS: Wir bleiben anonym, weil man genug über uns hergefallen ist. Soll die Geschichte richten! Und jene, welche an einen Gott glauben, sind sich sicher, daß alle, die Unrechtes getan haben, ihrer Strafe nicht entgehen.

Dieser an den SZ-Chefredakteur Uwe Vetterig gerichtete Brief ging der RF-Redaktion aus Dresden zu.

Herr Biedenkopf irrt

Vor kurzem diskutierten in der RBB-Sendung „Klipp und klar“ die ersten Ministerpräsidenten der nach dem Anschluß der DDR an die BRD neugegründeten Länder Brandenburg und Sachsen, Stolpe und Biedenkopf, über ihre Erfahrungen. Beiläufig kamen sie dabei auch auf Platzecks „Lapsus“ mit dem „Anschlußvertrag“ zu sprechen. Es gab einiges Hin und Her, ob „Anschluß“ – siehe „Österreichs Anschluß an das Deutsche Reich“ – nicht doch eine etwas abwertende Bezeichnung für ein so hehres Unterfangen wie die „Wiedervereinigung“ der beiden deutschen Staaten sei. Das Palaver beendete Biedenkopf

mit einigen markigen Sprüchen, die man verkürzt mit „Kommt nicht in Frage!“ wiedergeben könnte.

Übrigens waren es nicht erst die Nazis, die von „Anschluß“ sprachen. Am 12. November 1918 beschloß die österreichische „Nationalversammlung“ den „Anschluß“ an Deutschland. Die Siegermächte verboten ihn allerdings.

Der sogenannte Einigungsvertrag zwischen der BRD und der DDR war im Grunde nur formal ein Vertrag. Eigentlich brauchte Bundesinnenminister Schäuble das Schriftstück dem willfährigen DDR-Staatssekretär Krause nur zu diktieren.

Von echten Verhandlungen konnte keine Rede sein.

Die von Biedenkopf geforderten Voraussetzungen für die „Berechtigung“ zur Verwendung der Vokabel „Anschluß“ treffen also auch auf den Anschluß der DDR an die BRD zu. „Anschluß“ ist die Angliederung eines Gebietes an ein anderes – ohne jede Wertung.

Blieben wir also getrost bei unserem „Anschluß“!

Prof. Dr. Ronald Lötzsch

Aus „info links“, Berlin-Lichtenberg, 7. Oktober 2010

Die wechselvolle Geschichte eines Lenin-Bildes

1929 in der Familie von Kommunisten geboren, wuchs ich in einer Zeit auf, die den Genossen viel Mut, Optimismus und Kampfgeist abforderte. Mein Vater Alfred Schellenberger war damals Instrukteur der KPD-Unterbezirksleitung Frankfurt (Main). In unserer Wiesbadener Wohnung trafen sich häufig die Mitglieder der antifaschistischen Widerstandsgruppe. Unter ihnen waren auch Genossen, die der Assoziation Revolutionärer Bildender Künstler Deutschlands angehörten, so der Maler und Grafiker Ernst Hübschmann-Engelhardt. Er schenkte und widmete meinem Vater am 31. Dezember 1932 ein Lenin-Bild, das er gemalt hatte.

Das Porträt erhielt einen Ehrenplatz bei uns. In dem kleinen Wohnzimmer trafen sich oft die Frauen der Widerstandskämpfer Charlotte Schellenberger, Anneliese Hoewel und Grete Noetzel. Sie ließen sich damals auch mit „unserem Lenin“ fotografieren. Doch schon bald nach dem Machtantritt der Faschisten mußte das Bild seinen Ehrenplatz gegen ein illegales Quartier im Kleiderschrank eintauschen. Das war dann unser

aller großes Geheimnis. Bei vielen Visiten der Wiesbadener und einer Haussuchung der Leipziger Gestapo blieb das Bild unent-



deckt. Es war für uns stets ein Triumph, wenn „unser Freund“ solche Attacken unverseht überstanden hatte.

Endlich war es soweit: Im April 1945 konnte sich das Bild wieder ohne Gefährdung unserer Familie in aller Öffentlichkeit zeigen. Jedenfalls nahmen wir das an. Sofort erhielt Lenin wieder seinen angestammten

Platz. Damit aber recht viele Genossen und Freunde ein Porträt des Führers der Oktoberrevolution ihr eigen nennen konnten, ließ es mein Vater durch einen Fotografen vervielfältigen. Das Werk des Genossen Hübschmann gehörte zu den ersten Lenin-Bildern, die es im Frühlingsmonat vor Kriegsende im Leipziger Norden gab. Wie groß aber war die Bestürzung der Widerstandskämpfer, als sie – gerade aus der Illegalität heraustretend oder aus Gefängnissen und Konzentrationslagern befreit – davon erfuhren, daß es unter den zunächst in Leipzig eingerückten Amerikanern weiterhin als verboten galt, ein Lenin-Bild zu besitzen oder als Kopie unter die Leute zu bringen.

So wurde unser Wladimir Iljitsch abermals zum Untertauchen gezwungen.

Erst mit dem Einmarsch der Roten Armee im Juli 1945 konnte die KPD wieder ungehindert an die Öffentlichkeit treten. Damit waren wir wirklich befreit und so auch unser Lenin-Bild. Übrigens befindet es sich jetzt im Besitz des Leipziger Stadtgeschichtlichen Museums.

Anneliese Schellenberger, Leipzig

Abc des Marxismus

Basis und Überbau

„Das allgemeine Resultat, das sich mir ergab und, einmal gewonnen, meinen Studien zum Leitfaden diente“, schrieb Karl Marx um die Jahreswende 1858/59, „kann kurz so formuliert werden: In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein des Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt. Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein.

Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um. In der Betrachtung solcher Umwälzungen muß man stets unterscheiden zwischen der materiellen, naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konflikts bewußt werden und ihn ausfechten.

Sowenig man das, was ein Individuum ist, nach dem beurteilt, was es sich selbst dünkt, ebensowenig kann man eine solche Umwälzungsepoche aus ihrem Bewußtsein beurteilen, sondern muß vielmehr dies Bewußtsein aus den Widersprüchen des materiellen Lebens, aus dem vorhandenen Konflikt zwischen den gesellschaftlichen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen erklären. Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind. Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet wird sich stets finden, daß die Aufgabe selbst nur

entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind. In großen Umrissen können asiatische, antike, feudale und modern bürgerliche Produktionsweisen als progressive Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation bezeichnet werden. Die bürgerlichen Produktionsverhältnisse sind die letzte antagonistische Form des gesellschaftlichen Produktionsprozesses ... Die im Schoß der bürgerlichen Gesellschaft sich entwickelnden Produktivkräfte schaffen zugleich die materiellen Bedingungen zur Lösung dieses Antagonismus*. Mit dieser Gesellschaftsformation schließt daher die Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft ab.“ (MEW, Bd. 13, S. 8 f.)

Diesen „Leitfaden“ sollte man, neben dem „Manifest der Kommunistischen Partei“, bei der Aneignung der marxistisch-leninistischen Theorie stets zur Hand haben. Zu beachten ist lediglich, daß einige gewichtige Besonderheiten, die im Übergang zur kommunistischen Formation auftreten, hier ausgeklammert sind. Das liegt daran, daß diese im Marxschen Verständnis schon nicht mehr der „Vorgeschichte“, sondern bereits der „eigentlichen Geschichte“ der Menschheit zugeordnet werden müssen.

G. D.

*Antagonismus = unüberbrückbarer Gegensatz

10 Jahre DDR-Museum im Kreis Demmin

Bekannt durch Mostrich, gibt Tutow auch heute seinen Senf dazu

Vor zehn Jahren waren Genossen aus Berlin und Oranienburg die ersten Gäste im damals neu gegründeten DDR-Museum in Tutow, Kreis Demmin/Mecklenburg-Vorpommern. Sie alle hielten die ganze Zeit über dem Haus die Treue, wurden zu dessen Förderern, stifteten aus ihrem persönlichen Besitz mannigfaltige Gegenstände – von der Reißzwecke und dem FDJ-Ausweis bis zu Wartburg und Trabbi. Sogar hohe Auszeichnungen gehörten dazu. Dieser Freundeskreis beobachtete aufmerksam die Entwicklung von einem kleinen Sammlungsort bewahrenswerter DDR-Güter zum repräsentativen Museum mit einer leistungsfähigen Gaststätte. Er verfolgte auch den wachsenden Zustrom wertvollen Kulturguts aus DDR-Zeiten. Bald reichten die zur Verfügung stehenden 250 qm nicht mehr aus. Das Magazin platzte aus allen Nähten.

Anfang 2010 bot sich Gelegenheit, im selben Ort, doch in weitaus günstigerer Lage, das Gelände und das Gebäude der ehemaligen Konservenfabrik Tutow, die u. a. eine bekannte Mostrichsorte geliefert hatte, zu erwerben und den Komplex damit auf 3000 qm zu erweitern. Ein starkes, ehrenamtlich tätiges Kollektiv machte sich unter Leitung von Fred Spiegel, dem Begründer und Geschäftsführer des Hauses, an die Arbeit. Unvorstellbar, was alles aufgeräumt, repariert und neu geschaffen werden mußte! Bei den Toren zur Absicherung des Objekts fing es an, brandsichere Verbindungstüren wurden eingebaut, die Wasser- und Abwasserversorgung waren neu zu regeln und vieles andere mehr.

Als alles für den Empfang der ersten Besucher bereit zu sein schien, regnete es so heftig durch, daß umfangreiche

Dacharbeiten anfielen und Leitungen neu installiert werden mußten. Nicht nur die Leber wächst mit ihren Aufgaben, sondern auch der Erfindungsreichtum und



Zwei Grafiken als Geschenk

die Begeisterung für die Schaffung von etwas Neuem.

Einige Helfer hoffen übrigens nach Abschluß der Arbeiten auf eine Festeinstellung beim DDR-Museum. So zum Beispiel die beiden Köche, die im großen Saal und im Café viele Gäste bewirten möchten. Oder auch ein Tischler und ein Kfz-Handwerker, die sich auf dem Gelände Werkstätten ausbauen und dann einige Jahre mietfrei nutzen dürfen. Angedacht ist auch, Behinderte für Führungen und den Kontakt mit Besuchern in das Kollektiv aufzunehmen. Viele Ideen und Pläne, aber natürlich viel zu wenig Geld für all das. So wird nun schrittweise an der Vollendung des DDR-Museums gearbeitet, und jeder Besucher, der ins Haus kommt, trägt durch seinen Obolus dazu bei, daß

es vorwärtsgeht. Die ersten vier Gästezimmer sind bereits fertig, weitere 10 bis 12 sollen es noch werden, auch einige Wohnungen sind geplant. Unterdessen reißt der Strom der Spender nicht ab. Täglich vergrößert sich der Fundus. Mit besonderer Freude wurde unlängst eine komplette und gebundene Gesetzsammlung der DDR entgegengenommen.

Es ist immer wieder schön zu erleben, wenn Gäste erfreut vor dem von ihnen Gestifteten stehen. So geschah es unlängst, als eine Besucherin des Museums ein Hochzeitsgeschenk des stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR Alexander Abusch an einen inzwischen leider verstorbenen Genossen erkannte, das sie selbst dem Haus übereignet hatte.

Als nun jene Genossen, welche im Jahr 2000 den Reigen der nach Tutow fahrenden Gruppen eröffnet hatten, wiederum als erste in das erweiterte Objekt kamen, zeigten sie sich von dem bisher Geleisteten beeindruckt. Sie wurden eingeladen, auch die sonst für das Publikum nicht zugänglichen Magazine und andere Räume in Augenschein zu nehmen. Zu einem Höhepunkt gestaltete sich dann die Übergabe zweier gerahmter Originalgraphiken des Hohenneudorfer Künstlers Curt Wild-Wall durch Sohn und Schwiegertochter. Seine Arbeiten „Angela Davis“ und „Mutter und Kind“ bereichern die Räume.

Ich möchte dem DDR-Museum in Tutow auch aus den Reihen der „RotFuchs“-Leser noch viele Besucher wünschen. Seine Koordinaten sind: DDR-Museum Tutow, 17129 Tutow, Erlenweg 42, Telefon 03 99 99/7 05 57, Fax 0 03 99 99/7 05 59, www.ddr-museum-tutow-mv.de

Bibliotheksrätin Hanna Spiegel

Bochum: Ein DDR-Kabinett im Ruhrgebiet

Im DDR-Kabinett Bochum, das im März 2010 gegründet worden ist, gedachten wir des diesjährigen 7. Oktober als unseres eigenen Feiertags. Wir führten eine Mitgliederversammlung des im April entstandenen Fördervereins durch, bei der es um die Jahresplanung für 2011 ging. Mit guter Musik, einer Soljanka und einem Glas Sekt haben wir den Gründungstag der DDR anschließend gebührend gefeiert.

Unser Kabinett ist ein Versuch, auch im Westen der BRD die Geschichte der DDR für heute heranwachsende und kommende Generationen greifbar zu bewahren. Übrigens besuchte kürzlich erstmals auch

eine Bochumer Gymnasialklasse im Rahmen ihres Politikunterrichts unser Kabinett. In dem dreistündigen freimütigen Gespräch konnten wir viele Fragen beantworten und mancher Fehlinformation Tatsachen entgegenstellen. Eine weitere Klasse hat sich bereits angemeldet. Unlängst war der frühere PDS-Bundestagsabgeordnete Prof. Ludwig Elm aus Jena bei uns zu Gast. Er zeigte sich sehr angetan und sagte seine Unterstützung zu. Wir freuen uns über jede Geste der Solidarität. Immer, wenn ein neues Ausstellungsstück in den Räumen unseres Kabinetts seinen Platz erhält, ist das ein Ansporn zum Weitermachen. Zuletzt

konnten wir ein Philipp-Müller-Ehrenbanner der FDJ in Empfang nehmen. Dazu werden wir einen kurzen Abriß über den Essener Blutsonntag erarbeiten. Denn wer von den Jugendlichen weiß heute noch, wer der damals durch einen Polizisten Erschossene war und wie es zu diesem Mord gekommen ist?

Wenn man sich die brutalen Polizeieinsätze der jüngsten Zeit, die unzählige Verletzte gefordert haben, vor Augen führt, drängt sich einem unwillkürlich die Frage auf: Ist es bald wieder soweit? Deshalb dürfen wir nicht nachlassen zu erinnern, zu mahnen und zu kämpfen.

Andreas Maluga

Als die UGO zum „Streik“ aufrief

Als Laufbursche bekam ich im Sommer 1948 von meinem Chef den Auftrag, ein Paket von einem mir unbekanntem Lieferanten in Berlin abzuholen.

Kurt G. besaß im Gesundbrunnen (Westberlin) eine Damenschneiderei und hielt sich bislang mit der Herstellung von Schnittmustern über Wasser. Nun öffnete er das längliche Paket und strahlte beim Betrachten des Inhalts; ein Ballen weißen flauschigen Filzes – aus Meerane.

Heimarbeiterinnen fertigten dann daraus Bolerojäckchen und modische Baskenmützen. Ich durfte die fertigen Kleidungsstücke an die im Kaiserdamm 88 ansässige Firma Arno Zyka ausliefern. Zu deren Kundenkreis gehörten vornehmlich britische Offiziersfamilien. Aber auch die Sängerin Rita Paul (Ich zähl's mir an den Knöpfen ab) in Moabit und Rudi Schuricke (O mia bella Napoli) in Rahnsdorf zählten zu den Abnehmern.

Wenige Monate später erhob sich in der Westpresse ein Geschrei, daß man gegen angebliche Schieber aus Meerane einen Prozeß eröffnet habe. Im November/Dezember tagte dann das Gericht im Lindenhof von Glauchau und stellte fest: „Noch am 30. April 1945 gründeten gute Bekannte aus der Nazizeit einen illegalen ‚Fachausschuß‘. Er diente dazu, die privaten, profitsüchtigen und auch politischen Interessen der Meeraner Industriellen durchzusetzen, und befaßte sich insbesondere damit, die Verteilung der von der Landesregierung Sachsen dann zugewiesenen Globalkontingente an Garn sowie Produktionsauflagen diesen Fabrikbesitzern zuzuschieben.“

Durch den illegalen Ausschuß wurden unter dessen Mitgliedern die Regierungsaufgaben, Garnzuteilung und Restauflagen so verteilt, wie es den privatkapitalistischen Interessen der Meeraner Unternehmer am besten entsprach. Hingegen sabotierte man bewußt die Wünsche und Ansprüche der volkseigenen Betriebe. Drei von den „wichtigen Männern“ türmten noch rechtzeitig in den Westen. Zu ihnen gehörte Paul Klemm. Das 1930 herausgegebene „Heimatsbuch der Stadt Meerane“ sagt über ihn aus, daß er schon damals 150 Webstühle im eigenen Betrieb und etwa 250 Lohnwebereien besaß, bei denen 400 bis 600 Personen beschäftigt waren.

Zu den neun anwesenden Angeklagten gehörten auch der Kleiderstoffgroßhändler Kretzschmar sowie die Webereibesitzer Bohrisch und Reinhold. Sie spannen im wahrsten Sinne des Wortes ihre Fäden in die verschiedensten Verwaltungsebenen des Sachsenlandes, so auch in die Sächsische Industrie-Kammer, selbst in den Justizapparat.

In der Urteilsbegründung vom 7. Dezember 1948 hieß es zu dem Hauptangeklagten: „Durch eine ungenügende Kontrolle der Werkverträge mit Westberliner Firmen hat Kretzschmar es ferner ermöglicht, daß diese zu Schiebergeschäften größten Ausmaßes benutzt wurden, durch die der Ostzone erhebliche Werte entzogen worden sind.“ Nicht

wenige lamentierten über die später in Zucht- hausstrafen umgewandelten Todesurteile für 5 der 12 Angeklagten. Das Gericht habe doch nur ein „kleines Wirtschaftsvergehen“ behandeln müssen, hieß es.

Szenenwechsel: Wenige Monate später, am 21. März 1949, wettete die in Westberlin gegründete Unabhängige Gewerkschaftsopposition (UGO) – eine Spalterzentrale zur Verdrängung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) – gegen ein Detail der Währungsbestimmungen, von denen besonders die Eisenbahner betroffen waren.

Die Reichsbahn unterstand nach Vereinbarungen auf der Potsdamer Konferenz der Hoheit der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD). Nach der separaten Währungsreform lag es nahe, allen Eisenbahnern, die ihren Dienst in Westberlin verrichteten oder dort ansässig waren, einen Betrag in D-Mark auszuzahlen.

Das der UGO bekannte Problem, zu dessen Ursachen die Westmedien fleißig beitrugen, bestand indes darin, daß kaum ein Berliner seine Karte in Westberlin löste, sondern die „billigere“ Ostmark beim Kauf vorzog. Im Tagesdurchschnitt kamen so auf den Bahnhöfen von Gesundbrunnen bis Papestraße, von Bellevue bis Spandau nur etwa 3500 DM zusammen. Obwohl die Generaldirektion der Reichsbahn noch am 9. Mai im Interesse ihrer Bediensteten eine Lösung anbot, rief die UGO „alle Westberliner Eisenbahner auf, am 20.

Mai ab 24 Uhr der Arbeit so lange fernzubleiben, bis die gestellten Forderungen erfüllt sind“. Auf meinem Heimweg von der Arbeit verließ ich tags darauf das geduckte Backsteingebäude des U-Bahnhofs Gesundbrunnen. Dabei sah ich mich mit der Wirklichkeit des Tages konfrontiert – dem UGO-Streik. Es wimmelte von Menschen. Überwiegend erblickte ich männliche Personen grölend beim „Streiken“. Frauenstimmen kreischten hysterisch dazwischen, als plötzlich Jeeps der französischen Militärpolizei heranpreschten. Die Menschen flüchteten, und ich schloß mich ihnen an. Ein kurzes Stück Straße verlief parallel zu den Gleisen der S-Bahn. Den Gehweg trennte vom tiefer liegenden Bahnkörper ein stabiles Gitter. Ich verharrte dort. Der Blick auf die Gleisanlagen beunruhigte mich zutiefst.

Ein etwa vier Meter langer Doppel-T-Träger lag quer über einem S-Bahngleis und der holzverkleideten Stromschiene, die von dessen Last gänzlich eingeknickt war. Irgendwelche Leute hatten den Eisenträger aus Ruinen herangeschleppt und über die Einfriedung geschoben.

Ein Zeitzeuge bestätigte mir später: „Eine fast tausendköpfige Menge warf von der Brücke in der Badstraße Zementblöcke auf die Schienen des S-Bahnhofs Gesundbrunnen.“

So etwas nannte sich Streik. Die Presse der SED und des FDGB sprach deshalb berechtigterweise vom „UGO-Putsch“. **Hans Horn**

Die Weitsicht des Lyrikers Helmut Preißler

Seine Gedichte lesen sich wie Reportagen, hautnah am Puls der Zeit. Und für jedes Wort steht eine Empfindung. Man glaubt, selbst im Geschehen zu sein, bei Ereignissen, die der Parteinahme für das Neue nicht entbehren. Die Rede ist von Helmut Preißler.

Er war Straßen- und Tiefbauarbeiter, studierte dann Wasserwirtschaft. Aus der Kriegsgefangenschaft kommend, wurde er Neulehrer, Kulturarbeiter in Eisenhüttenstadt, Lyrikredakteur der „Neuen Deutschen Literatur“ (NDL) und später künstlerischer Mitarbeiter am Kleisttheater in Frankfurt/Oder.

Wir gratulieren Helmut Preißler ganz herzlich zu seinem 85. Geburtstag, den er am 16. Dezember begeht.

Das Gedicht „**Gedanken um konterrevolutionäre Ereignisse**“ stammt aus dem Jahre 1972.

*Am Anfang sind Fehler,
hergeholt aus Vergangenenem,
ungeheuer vergrößert durch Lügen,
Quelle für Zweifel an allem Erprobten.
Dann bringen die Zweifel
Mißtrauen gegen Genossen
und Hellhörigkeit
für das Geflüster der Feinde.*

Riesenhaft

*scheinen ganz plötzlich die Mängel,
und das Gelungene
ist nicht mehr sichtbar.*

Schützende Gitter

*vor mordlustig lauern den Bestien
empfinden die tödlich Bedrohten
als Grenze der eigenen Freiheit.*

Die Sinne verwirren sich.

Beschützte

verklagen die Schützenden.

Freie schreien nach Freiheit.

Bürger zerschlagen das Tor,

das die Brandstifter aussperrt.

Und die von Feinden Bedrohten

bedrohen die Freunde

und geben den Feinden das Beil.

*Erbarmungslos schlägt der Feind zu,
wenn nicht starke Genossen*

den Arm festhalten mitten im Schlag,

das Beil an sich reißen,

die Tore versperren.

die Freunde befreien vom Feinde und

von der Verwirrung.

Eingesandt von
E. Rasmus, Berlin

„Zeitzeugen“ mit Gütesiegel

Beim Anschwärzen der DDR gilt auch der Schmutzigste als Saubermann

Zeitzeugen sind für die historische Forschung unverzichtbar. Sie widerspiegeln Geschichtsabläufe und Ereignisse aus der Sicht des Selbsterlebten. Das gilt zunächst einmal für alle Zeitzeugen – ganz unabhängig davon, zu welcher Bewertung sie gelangen. Aufgabe von Historikern, Pädagogen, Journalisten und anderen auf die gesellschaftliche Entwicklung Einflußnehmenden ist es, sich über solche subjektiven Bewertungen der Objektivität zu nähern. Die heutigen Meinungsmacher setzen sich indes darüber hinweg. Auf der Grundlage ihrer antikommunistischen und dem Kapitalismus verpflichteten Positionen spiegeln sie vor, den Schlüssel der Erkenntnis gefunden zu haben. Zeitzeugen, die ihnen widersprechen, werden nicht anerkannt und häufig verleumdet. Durch das Opfer/Täter-Bild und die Einordnung von Zeitzeugen in dieses Schema werden Methoden wissenschaftlicher Forschung ad absurdum geführt. Der Wahrheit nahekommen oder sie gar zu ergründen, ist nichts anderes als der Versuch, möglichst viele Aussagen sachkundiger Zeitzeugen, unabhängig von deren Auslegungen, in die Bewertung einzubeziehen, wobei es keine Tabus geben darf. Glaubhaftigkeit und Solidität der Positionen von Zeitzeugen werden auch vom Erscheinungsbild, dem Verhalten und den Motiven der jeweiligen Akteure bestimmt.

Im Folgenden sollen drei sogenannte Zeitzeugen aus dem Hause BIRTHLER/Knabe den RF-Lesern vorgestellt werden.

• **Carl-Wolfgang Holzapfel** gehörte jahrzehntelang zu den Frontleuten im Kampf gegen das Ministerium für Staatssicherheit. Der Westberliner wurde wegen seines provokatorischen Auftretens gegen die DDR 1965 inhaftiert, nach einem Jahr jedoch „freigekauft“. Danach ist er als „eine Persönlichkeit des öffentlichen Lebens“ und „rastloser Ankläger des Unrechts in der DDR“ aktiv geworden. Demonstrative Aktionen wie seine Plazierung auf dem Grenzstreifen am Checkpoint Charlie, Hungerstreiks, als „Kunst“ bezeichnete „Haftantritte“ im Gruselkabinett des Herrn Knabe, die er dann nach wenigen Stunden aus „psychischen Gründen“ abbrechen mußte, aber auch herausfordernde Zwischenrufe, hysterisches Gelächter und heftiges Klatschen zur Unterbrechung von Buchbesprechungen zählen zu den Qualitätsmerkmalen des Herrn Holzapfel. Zu erwähnen wäre auch sein gezieltes „Engagement“ für angeblich in der DDR mißhandelte Heimkinder.

Holzapfels politische Weste ist bunter als bunt: seit 1962 Mitglied der CDU; 1978 Übertritt zur FDP; 1989 Anschluß an die rechtsradikalen Republikaner, für die er sich 1990 um ein Mandat im Bayerischen Landtag bewarb; 1990 Beitritt zum Freundeskreis der CSU; Mitglied im faschistoiden Witiko-Bund; langjähriger Vorsitzender der „Vereinigung 17. 6. 1973 e. V.“ und seit 2008

Stellvertretender Bundesvorsitzender der „Vereinigung der Opfer des Stalinismus“. Holzapfels Biographie weist indes noch eine andere Seite auf: Im Januar 2010 erging das Urteil eines Amtsgerichts in einem Prozeß, den unser Protagonist selbst angestrengt hatte, nachdem seine zweite Ehefrau nach der Scheidung nicht bereit gewesen war, ihm einen Versorgungsausgleich zu zahlen. Der „Süddeutschen Zeitung“ zufolge gelangte „das Gericht zu der Überzeugung, daß der Antragsteller seine Kinder aus erster Ehe ... als Minderjährige in massiver Form und über einen längeren Zeitraum hinweg sexuell mißbraucht hat“. Tochter und Sohn beschrieben in eidesstattlichen Erklärungen detailliert die Übergriffe des Vaters, welche die Tochter als Neun- bis Dreizehnjährige ertragen mußte. Carl-Wolfgang Holzapfel, der so den Nimbus der Opferrolle und des Hüters christlicher Werte schmählich verlor, streitet alles ab. Er spricht von „Halluzinationen und Suggestionen“, seinen Sohn bezichtigt er der „Drogenpsychose“.

• **Siegmar Faust** war als Mitarbeiter der Gauck-Birthler-Behörde nicht länger tragbar. Wegen seines Einsatzes für die seinerzeitige KZ-Aufseherin Margot Pietzner, die um eine hohe Entschädigung kämpfte, da sie zwischenzeitlich als „Opfer des Stalinismus“ anerkannt worden war, trennte man sich von ihm. Doch schon 1996 gelang Faust ein Comeback als „Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen“ in Sachsen. Neben allgemeinen Mängeln in der Amtsführung wurden bei ihm schon bald Verbindungen zu einer Psycho-Sekte, dem „Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis“, wo er sich als Referent verdingte, festgestellt. Seine Vorliebe für pornographische Dokumentationen im Internet, die er während des Dienstes verfolgte, wurde ihm schließlich zum Verhängnis. 89 von 101 Landtagsabgeordneten entzogen ihm das Vertrauen.

Siegmar Faust wurde während seiner DDR-Haftzeit von der BRD ebenfalls „freigekauft“, trat 1980 in die erwiesenermaßen mit Agenten westlicher Geheimdienste durchsetzte und an Verbrechen gegen die DDR beteiligte Internationale Gesellschaft für Menschenrechte ein, deren Zeitschrift er vier Jahre als Chefredakteur betreute.

Vorstandsmitglied der „Union der Opfervölker kommunistischer Gewaltherrschaft“ und Geschäftsführer des „Menschenrechtensentrums Cottbus e. V.“, gehört Faust inzwischen zu den „Zeitzeugen“ und Referenten in Knabes „Museum“.

Seine Haltung zum faschistischen Naziterror brachte er übrigens in seinem Diskussionsbeitrag bei einer Buchvorstellung in der Ladengalerie der „jungen Welt“ Ende 2009 auf den Punkt, indem er erklärte, die Gestapo sei „humaner als das MfS“ gewesen.

• **Gustav Rust** – der Dritte in diesem illustren Bund – ist durch sein demonstratives Gehabe in der Mitte Berlins ein sattsam bekannter „Zeitzeuge“ ganz besonderer Güte. Mit an der Hand baumelnder Fessel und umgehängten Plakaten über eine neunjährige Haft in der DDR – wofür, läßt er offen – versucht Rust Aufsehen zu erregen. Das ging selbst dem Bundespräsidenten und den Bürgermeistern der Berliner Stadtbezirke Mitte und Tiergarten, auf deren Territorien dieser Mann vor allem agiert, über die Hutschnur.

Rust warnte vor der „FDJ-Aktivistin Angela Merkel“ ebenso wie vor der „PDS und der Stasi-Mörderbande“. Und wie könnte es anders sein: Er klagte auch die „russisch-asiatischen Horden“ an, die 1944 in Ostpreußen „die Mädchen“ vergewaltigt hätten.

Für sein Machwerk „Ich war auch dabei“ fand der Dauerprotestierer zunächst keinen Verleger. Der „Spiegel“ stellte hierzu lakonisch fest: „Der Häftling hetzt mit Naziparolen gegen die Rote Gefahr“. Und: „Rust ist ein aggressiver Wirrkopf.“

Franz Schönhuber, Horst Mahler und Rudolf Hess sind Gustav Rusts Lieblings-Ikonen. So verwundert es nicht, daß zu seinem Buchangebot auch die Geschichte der SS und andere faschistische Literatur gehören. Die einschlägig bekannte „Junge Freiheit“ bezeichnete diesen Mann als „mutigen Patrioten“, während er sich selbst als „Nationalen Sozialisten, aber ohne Gaskammern“ sieht.

Gustav Rust wurde seit 2004 mehrfach wegen Körperverletzung verurteilt, so für Faustschläge in das Gesicht eines Andersdenkenden.

Gratulation zu solchen Zeitzeugen!

Gotthold Schramm

Schon am 8. November beging unsere treue Leserin, die gestandene Antifaschistin, Sozialistin und namhafte Schriftstellerin aus der DDR

Elfriede Brüning

ihren 100. Geburtstag.

Der „RotFuchs“ drückt dieser herausragenden Frau, die durch ihr unermüdeliches Schaffen unserer Literatur neue Facetten gab, seine tiefe Verbundenheit aus.

Am 18. Dezember um 10 Uhr lädt die RF-Regionalgruppe Erfurt-Weimar zur

Neuwahl ihrer Leitung

herzlich ein. Die Veranstaltung findet im Jugendbüro Filler, Erfurt, Schillerstraße 44, statt.

Wanderausstellung oder Verwirrspiel?

Wie gewisse „Historiker“ die Geschichte zu vergewaltigen suchen

Kürzlich habe ich mir eine Wanderausstellung angesehen, die eher an ein Verwirrspiel erinnerte. Veranstalterin ist die „Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf e. V.“ bei der sattem bekannt, „Gedenkstätte Opfer politischer Gewaltherrschaft“ in Frankfurt (Oder). Die Schau war zuvor bereits in verschiedenen Orten beider Teile der BRD gezeigt worden.

Bei allem Mitgefühl für Leben, Leiden und Sterben der Internierten wende ich mich im Interesse der historischen Wahrheit gegen die Fehlinterpretation des Geschehens.

Immerhin weist das Faltblatt der „Initiativgruppe“ darauf hin, daß die Internierungslager auf der Grundlage von Beschlüssen der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges und keineswegs nur in der sowjetischen Besatzungszone errichtet worden waren. Die über 100 Jahre alte Geschichte solcher Lager zeigt, daß sie stets dem Kriegerrecht und insoweit der Grausamkeit von Kriegen geschuldet waren. Ganze Personengruppen wurden dort nach bestimmten Kriterien oft auch willkürlich und unabhängig von im Einzelfall erwiesener Schuld eingeliefert und nach dem Ermessen des jeweiligen Siegers behandelt. Davon zeugen neben den sowjetischen auch die amerikanischen, britischen und französischen Internierungslager, in denen ab 1945 weit über 100 000 Menschen arretiert wurden.

Die Alliierten waren in Jalta und Potsdam darin übereingekommen, sämtliche durch ihre Rolle im Naziregime Belasteten in „automatischen Arrest“ zu verbringen. Daher mußte ihnen daran gelegen sein, zunächst einmal die aktiven Parteigänger der Hitlerdiktatur dingfest zu machen. Für eine genaue Schuldprüfung waren anfangs weder die juristischen noch die materiellen Voraussetzungen gegeben. Daher befanden sich unter den Betroffenen auch nicht wenige Unschuldige, die häufig von leiderfahrenen oder auch nur mißgünstigen Mitbürgern angezeigt wurden. Heute zu behaupten, es habe sich bei den Internierten durchweg um Unschuldige gehandelt, obwohl in Statistiken unterschiedlicher Herkunft von bis zu 80% begründeterweise festgesetzt ausgegangen wird, zielt letztlich nur darauf ab, die unter dem Hakenkreuz begangenen Verbrechen zu verharmlosen. Auch in der Ausstellung über das Lager Ketschendorf fehlt jeglicher Versuch einer Differenzierung.

Dort ist z. B. von 1500 inhaftierten „sowjetischen Angehörigen deutscher Kampfbaillone“ – gemeint sind die berüchtigten Wlassow-Truppen – die Rede, ohne auf deren Verstrickung in schlimmste Kriegsverbrechen der Nazis hinzuweisen.

Dem Charakter der Schau entspricht auch die Behauptung, allein in sowjetischen Internierungslagern habe es Hunger, hygienische Verwahrlosung und völlig unzureichende medizinische Versorgung sowie dadurch verursachte zahlreiche Todesfälle gegeben. Die Sterberate war in den Internierungslagern aller Alliierten hoch. Die französischen Lager verzeichneten z. B. die höchsten Verluste an Menschenleben in ihrer über 100jährigen Geschichte. Im 1947 geschlossenen britischen Lager Bad Nenndorf sollen Internierte systematisch mißhandelt, einige sogar zu Tode gefoltert worden sein. Auch im US-Hauptlager Dachau wurden nicht wenige Krankheits- und Todesfälle registriert.

In bezug auf sowjetische Speziallager gilt es zu bedenken, daß die katastrophale Versorgungslage, die nach dem durch die deutschen Faschisten entfesselten Krieg zunächst herrschte, auch in der UdSSR selbst noch den Verlust zahlreicher Menschenleben zur Folge hatte.

Auf westlicher Seite erlangten die Rheinwiesenlager der Amerikaner traurige Berühmtheit. Mangelhafte Ernährung und unhygienische Zustände – die Gefangenen hausten auf verschlammten Wiesen unter freiem Himmel in Erdlöchern – führten zum Tod eines erheblichen Teils der Eingelieferten. – In der Ketschendorf-Ausstellung sucht man vergeblich nach einem Bekenntnis zur Schuld des deutschen Faschismus an allen späteren Übeln. Dort beschränkt man sich auf einen einzigen Satz im Faltblatt: „Hitlerdeutschland löste 1939 den 2. Weltkrieg aus und stürzte Europa in ein furchtbares Chaos.“ Das Wort Chaos steht hier für mehr als 50 Millionen Tote, darunter weit über 20 Millionen Sowjetbürger und auch mehr als 10 Millionen Deutsche, für die 6 Millionen jüdischen Opfer des Holocaust, den systematischen Massenmord in den Konzentrationslagern und die Ausrottung unzähliger Menschen in fast allen Ländern Europas.

Beim Betrachten des Gästebuches der Schau fand ich unter mehr als 80 Eintragungen lediglich zwei, mit denen auf die ursächliche Schuld der Hitlerfaschisten hingewiesen wurde. Fast alle anderen ergingen sich in vorgestanzter Wortwahl über die „Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft“ und „roter Diktaturen“. Ein Besucher behauptete sogar: „Alles das, was zu sehen und zu hören war, hat sich in abgewandelter Form in Ostdeutschland bis 1989 wiederholt.“ Ein anderer fand es angesichts der „Verbrechen des Stalinismus“

völlig unbegreiflich, daß „der Kommunismus nach wie vor so viele Sympathisanten findet“. Schließlich wurde sogar der millionenfache Judenmord mit der Bemerkung in Frage gestellt: „Was ist dagegen der Holocaust!“ Zur Ehrenrettung Ostdeutscher sei angemerkt, daß solche Kommentare fast ausschließlich an westdeutschen Ausstellungsorten eingetragen wurden.

Auf besonders perfide Weise präsentierte man die Ausstellung in der zwar zum städtischen Museum „Viadrina“ gehörenden, de facto aber von der Birther-Behörde betriebenen „Gedenkstätte Opfer politischer Gewaltherrschaft“ in Frankfurt (Oder). Als gehörten die entsprechenden Schautafeln ebenfalls dazu, wird die Köpenicker Blutwoche in einer Weise dargestellt, als seien die damaligen SA-Mörder zu Opfern einer „kommunistischen Gewaltherrschaft“ geworden. Da ist von einem 1950 geführten Schauprozeß gegen schwerkrank vor Gericht gezerrte Angeklagte die Rede. Sechs Verurteilte seien in jenem Raum der Ausstellung am 20. Februar 1951 mit dem gleichfalls abgebildeten Fallbeil hingerichtet worden.

Auch so kann „Geschichte“ vermittelt werden, wobei man dem Betrachter die tatsächlichen Zusammenhänge bewußt vorenthält. **Volker Link, Frankfurt (Oder)**



Tiefer geht's nimmer: Michail Gorbatschow – einst Generalsekretär der KPdSU und Nr. 1 der Sowjetunion – wirbt als skrupelloser Renegat und Geldjäger für eine Tasche des Mode- und Reiseartikel-Produzenten Louis Vuitton.

Aus „Financial Times“, 6. April 2008.

Eingesandt von Wolfgang Schröder, Schöneiche

Der Mops und der Mond

Ein ND-Verriß, der an Thälmann nicht zu kratzen vermag

Nicht nur der „RotFuchs“-Leser weiß: Wenn ein „Held der friedlichen Revolution“ wie Lothar de Maizière seine Legenden vorgestellt hat, kommt das am Abend in den Fernseh-Nachrichten. Wenn Leute wie Sarrazin ihren braunen Sud ablassen, werden sie binnen weniger Tage zu Bestseller-Autoren. Die meisten Medien kennen ihre Rolle im Spiel. Aber was geschieht, wenn ein zweibändiger Thälmann-Report erscheint? Wer hat da in einer überregionalen großen Tageszeitung einen Bericht gefunden?

Das Schweigen im Walde hat Gründe. Die Ideologen der Bourgeoisie sehen auch im toten Thälmann ihren Feind und eine Gefahr wie einst Hitler und Himmler im lebenden Arbeiterführer.

Nach 1990 suchten die neuen Machthaber jede Erinnerung an Thälmann auszulöschen. 2010 ließen sie sogar jene Gedenkstätte in Ziegenhals bei Berlin schleifen, wo er zum letzten Mal vor seinen Mitkämpfern gesprochen hatte.

Was beunruhigt die Politiker und Politikaster im Dienste der herrschenden Klasse bei Thälmann am meisten? Georgi Dimitroff sah in ihm die Verkörperung der revolutionären Theorie, „die sich in unmittelbarem Zusammenhang mit der revolutionären Praxis des kämpfenden Proletariats formiert“. Zum anspornenden Erbe Thälmanns gehören sein Beitrag zur Herausbildung einer marxistisch-leninistischen Partei mit Masseneinfluß in Deutschland und sein kühnes Auftreten als kommunistischer Präsidentschaftskandidat gegen die im Jahre 1932 drohende faschistische Machteroberung sowie sein beispielgebendes Verhalten in den Kerkern der braunen Diktatur. Könnten das vielleicht Gründe dafür sein, daß Ernst Thälmann in der „Ahnengalerie“ des Programmwerfungs der Linkspartei nicht einmal Erwähnung findet? Wie ich rein zufällig erfuhr, wird Thälmanns Leben und Kampf übrigens sogar in den Lehrbüchern des fernen Äthiopien gewürdigt. Warum also nicht bei uns?

Kurz nach dem Erscheinen des „Thälmann-Reports“, den Eberhard Czichon und Heinz Marohn mit Unterstützung Ralph Dobrawas im Verlag Wiljo Heinen herausbrachten, veröffentlichte das ND eine Besprechung unter der recht abfälligen Schlagzeile „Kein Held ohne Fehl und Tadel“. Zunächst ist zu bemerken, daß sich Thälmann selbst nie als ein solcher gesehen hat. Wer von den Älteren kennt nicht seinen „Brief an einen jungen Kerkergegnen“?

Verfasser der ND-Rezension ist ein gewisser Fred Bruder – manchen Verteidigern der Gedenkstätte Ziegenhals in unguter Erinnerung. Dessen Beitrag endet mit den Worten: „Damit keine Mißverständnisse aufkommen: Czichon und Marohn bieten keinen Thälmann ohne Fehl und



Tadel. Dennoch drängt sich dem Leser der Eindruck auf, hier soll ein überwundener Heldenmythos wiederbelebt und fortgeschrieben werden.“

Da wäre so manches zu hinterfragen: Woher will Herr Bruder eigentlich wissen, welchen Eindruck „der Leser“ vom Report hat? Warum darf nur er darüber bestimmen, was andere darüber denken? Und was heißt „überwundener Heldenmythos“?

Darf die Linkspartei, der das ND bekanntlich nahesteht, etwa keine Vorbilder haben? Und wenn doch – warum dann nicht Thälmann? Bruder fragt die Autoren, ob „ein realistisches Thälmannbild“ garantiert sei. Sehen wir uns seinen Beitrag dazu etwas genauer an. Der Hobby-Historiker wählt drei Episoden aus Thälmanns Leben und Kampf aus: Erstens die „Wittorf-Affäre“, welche die Verfasser des Reports als einen „Konflikt“ betrachten. Es handelte sich um die Unterschlagung von Parteigeldern durch den Hamburger KPD-Funktionär Wittorf, die 1928 aufgedeckt und von den bürgerlichen Medien und einigen parteiinternen Widersachern Thälmanns benutzt wurde, um den KPD-Vorsitzenden loszuwerden. Stalin stellte sich damals an die Seite Thälmanns. Aus dem Sachverhalt, den die beiden Verfasser sorgfältig recherchiert haben, macht Herr Bruder „eine Zäsur nicht nur im Leben Thälmanns, sondern in der Geschichte der KPD“.

Zweitens läßt sich der ND-Rezensent über sein Lieblingsthema aus, ob die

Zusammenkunft in Ziegenhals am 7. Februar 1933 eine ZK-Tagung oder „nur“ eine Funktionärskonferenz gewesen sei. Hing etwa von der vollzähligen Anwesenheit aller ZK-Mitglieder die Bedeutung dieser Beratung ab, die bekanntlich unter Bedingungen der Illegalität stattfinden mußte? Übrigens protestierte Herr Bruder mit keinem Wort gegen die Zerstörung der Gedenkstätte!

Drittens versteigt sich B. zu der unbewiesenen Behauptung, Stalin trage Mitverantwortung an Thälmanns Tod. Er wischt die gründlich geprüften Tatsachen einfach vom Tisch und folgt durchsichtigen Zweckklügen. Den folgenden Satz sollte sich der Rezensent patentieren lassen: „Dieser Mord gehörte zur Überlebensstrategie der Nazis.“ Vielleicht findet er auch noch eine „Strategie“, die es gebietet, den toten Thälmann mit der Elle professioneller Antikommunisten zu messen?

Bruder tadelt, daß der Report „von zwei in die Jahre gekommenen Historikern“ geschrieben worden sei, „die bis zu dieser Publikation weder über Thälmann noch über die KPD geforscht“ hätten. Das sind erstaunliche „Argumente“! Ist für den „Thälmann-Forscher“ Bruder Alter etwa eine Schande? Gilt es nicht eher zu rühmen, wenn zwei marxistische Historiker zehn Jahre ihres Ruhestandes dazu nutzen, um die Biographie und das Lebenswerk Thälmanns – dieses großen deutschen Arbeiterführers – gegen Fälschungen und Schmähungen zu verteidigen? Hat Herr Bruder schon den Schatz gehoben, der in den 3860 Anmerkungen des Reports steckt? Ahnt er auch nur das Maß der dort investierten Arbeit? Herr Bruder hatte den Auftrag zu seiner Besprechung im ND schon volle zwei Jahre vor dem Erscheinen des Werkes von Czichon und Marohn in der Tasche. Warum wurde eigentlich gerade er dafür ausgesucht?

Prof. Dr. Horst Schneider

Die Lerche

so komm du Lerche
Tagverkünderin

das ist mein Tag sag
ich nach jeder Nacht
den Kopf im Nacken
lauschend dir

und nicht den
Siegesmeldungen

Christa Müller

Mehr als 22 000 Stolpersteine

Gunter Demnig schuf Mahnmale für Naziopfer in über 530 Orten

Angesichts der „großen Themen“, zu denen „Reformpakete geschnürt“ werden, fühlt man buchstäblich, wie Frau Merkel ständig auf einem dieser „Pakete“ kniet und für uns alle kräftig „schnürt“. Da werden andere Fragenkomplexe von den Medien bewußt vernachlässigt. So bleibt es dem „RotFuchs“ vorbehalten, sich solcher Themen anzunehmen und sie ins Gespräch zu bringen. Ich denke dabei u. a. an den Beitrag „Stolpern über Stolpersteine“ in der August-Ausgabe. Großartig, was Antifaschisten unterschiedlicher Herkunft und Weltanschauungen in der Stadt Dormagen da bewegt haben. Sie gedachten gemeinsam aller Opfer des Hitlerregimes – von deportierten und vergasteten Juden bis zu dem durch die SA ermordeten ortsansässigen Kommunisten Ernst Junghans. Gewiß, sie haben sich hier vorerst nicht bis zum Ende durchsetzen können, doch schon der gemeinsame Wille war ein Erfolg.

Während die Faschisten aus diesem Block von Leibern „verwertbares Leben“ – sei es für ihre bestialischen „Versuche“ am menschlichen Körper, den Sklaveneinsatz in Steinbrüchen, die Konservierung tätowierter Haut oder das Herausbrechen von Zahngold – filterten, um zugleich „wertloses Leben“ sofort ins Gas zu schicken, hat sich im BRD-Alltag etwas ganz anderes eingebürgert. Die Gemeuchelten werden verschiedenen „Opfergruppen“ zugeordnet: geistig oder körperlich Behinderten, Sinti und Roma, Juden, Christen, Homosexuellen, Gewerkschaftern, Kommunisten und Sozialdemokraten. Diese befremdliche „Untergliederung“ krönt in der Regel die Ausgrenzung der Kommunisten, wie wir es auch in Dormagen erlebt haben, wo sich „Musterdemokraten“ plötzlich um einen faschistischen „Märtyrer“ scharten. In weiterer Amtsdeutsch-Vervollkommnung werden neben Termini aus dem Dritten Reich neue Vokabeln wie „Abschiebehaft“, „Residenzpflicht“, „vorübergehende Arbeiterlaubnis“ und „Niederlassungsrecht“ kreiert, die eigentlich der „Entnazifizierung“ unterliegen müßten.

In Dormagen vermied man es, die Sorge um die jüdischen Opfer allein den Juden zu überlassen. Die ganze Stadt kümmernte sich darum. Es handelt sich um eine politisch-moralische Pflicht der sozialistisch-kommunistischen Bewegung. Manche verdrängen das mitunter aus falsch verstandenem „Klassenbewußtsein“. Auch ein reicher Jude, der ins Gas geschickt wurde, bleibt für uns ein Opfer der Hitlerschen Genozid-Verbrechen. Das 1933 von den deutschen Faschisten zerrissene Band des friedlichen, ja

freundschaftlichen Miteinanders von Juden und nichtjüdischen Deutschen wird langsam wieder geknüpft. Dabei geht es vor allem darum, den heute Lebenden, aber besonders auch den nachfolgenden Generationen, vor Augen zu führen, daß das „Grauen nicht in Auschwitz und Treblinka, sondern in Berlin, vor unserer Haustür begann“. So formulierte es die



Dieses dem durch Japans Hirohito-Faschisten hingerichteten deutschen Kommunisten und sowjetischen Kundschafter Richard Sorge gewidmete Straßenschild aus der DDR – auch in sorbisch – erwarb unser Leser Edwin Wesemann aus Hannover auf einem Flohmarkt. Es hat inzwischen im Richard-Sorge-Museum einer Moskauer Schule seinen Ehrenplatz gefunden.

Patin einer Stolperstein-Legung, bei der ich zugegen war, in ihrer Begrüßungsansprache.

Verunsicherte jüdische Familien hatten in den ersten Jahren der braunen Diktatur Wege gefunden, das „Land der Dichter und Denker“ zu verlassen, ehe es zum Land der Henker mutierte. In den Tod gingen jene Juden, welche „den Deutschen“ bis zuletzt dieses Maß an Ungeheuerlichkeit nicht zugetraut hatten. Ihre Gutgläubigkeit bezahlten sie mit dem Leben.

Ungeachtet dieser Barbarei sind in den Nachkriegsjahren viele Juden nach Deutschland zurückgekehrt oder neu eingewandert. Dramatisch entwickelte sich die Situation nach dem Anschluß der DDR an die BRD. Auf die inzwischen abgeklungenen Beschwörungen, nun wachse endlich wieder zusammen, was zusammengehöre, folgte die viele ernüchternde Lageinschätzung der Polizei: Vor allen jüdischen Objekten, so der Großen Synagoge in Berlins Oranienburger Straße, zogen unverzüglich Doppelposten auf. MP-bewaffnete Uniformierte vor einer zutiefst friedlichen Einrichtung – so etwas war für Ostberliner Augen gewöhnungsbedürftig.

Zur Stolperstein-Legung, über die ich hier berichte, war Jakob Hirsch mit seinen

zwei Töchtern und dem Sohn aus Jerusalem angereist. Es wurde wie ein Wiedersehen, denn die Initiatoren des feierlichen Aktes aus dem Berliner Hansaviertel stehen mit dem 95jährigen schon lange in Verbindung. Sie sind im Detail mit der tragischen Geschichte seiner Familie vertraut.

Bis April 2010 hat der Aktionskünstler Gunter Demnig bereits 22 000 Steine in 530 Städten und Gemeinden, darunter der Niederlande, Belgiens, Polens und Ungarns, gesetzt. Eine gigantische Arbeit! In der BRD handelt es sich um ein offiziell gefördertes Projekt, was Demnig eine verdiente Sonderstellung einräumt und so die Lösung mancher Fragen erleichtert. Weitere Initiativen der demokratischen Öffentlichkeit können lediglich in bereits vorgegebene Abläufe eingebracht werden.

Inzwischen gibt es übrigens auch einen Film „Stolpersteine – Kunst im öffentlichen Raum“. Der Titel läßt eine gewisse Einengung und formelles Herangehen an ein wichtiges humanes Anliegen erkennen. Er wurde im polnischen Słubice gezeigt, während man gleichzeitig auf dem rechten Oder-Ufer einen ersten Stolperstein verlegte. So nimmt die Bewegung immer mehr grenzüberschreitenden Charakter an – aus gutem Grunde, gibt es doch rassistische Tendenzen, die der Abwehr bedürfen, nicht nur in Deutschland.

Zurück zu unserer Feier im Hansaviertel. Bei extrem sommerlichen Temperaturen und heftig vorbeirauschendem Straßenverkehr bangten wir darum, daß das Ganze gelingen möge. Doch kaum trat Kantor Isaac Sheffer von der Jüdischen Gemeinde Berlin ans Mikrofon, zog er mit seinem klagenden Gesang alle in seinen Bann. Nach dem Vortrag herrschte zunächst verhaltene Stille. Doch dann zerbrach das Zögern, schließlich war es ja keine Beerdigung, sondern eher ein Neuanfang, dem man Beifall zollen durfte.

Ein Instrumentalquartett von Schülerinnen der 6. Klasse der Rudolf-Steiner-Schule spielte zart auf. Der elfjährige Jan verlas Briefe von Gertrud und Louis Hirsch, ermordeten Verwandten des anwesenden Ehrengastes. Es folgte ein Lied „Mir sajen do“, dessen Text im Ghetto von Wilna entstand. Die ergreifende „Ballade von den Stolpersteinen“ trug Jakob Hirsch selbst vor. Stefan Hilleckenbach verlas Biographien Berliner Juden, die bis zu ihrer Deportation 1942 im Hansaviertel gelebt hatten. Nach 68 Jahren wurden ihre Namen nun verewigt. Ein Abschiedsgesang des Kantors galt den „auf Transport“, in die Vernichtung gegangenen Berlinern.

Walter Ruge

In memoriam Dr. Ludwig Katzenstein

Erinnern an einen in Auschwitz ermordeten Arzt und Humanisten

Eppendorf ist eine kleine Landgemeinde zwischen Augustusburg und Freiberg am Fuß des Erzgebirges. Bis 1989 gab es dort die lebhaft pulsierende LPG „Neue Zeit“, zahlreiche Handwerker und einige größere Betriebe, darunter den VEB Kranich, in dem über 500 Werktätige Damenschuhe herstellten. Hinzu kamen der VEB Wäschekonfektion „Planet“, der die ganze DDR mit Bettwäsche versorgte, und der VEB Küchenmöbel „Ratiomat“. Lediglich von diesem Werk ist noch ein Torso übriggeblieben, alle anderen wurden „veruntreut“. Die einstige „Doktorvilla“ gehört heute einem Dachdecker, der das Gebäude renoviert hat. Die Produktionsstätten der vormals volkseigenen Betriebe mußten Supermärkten weichen, von denen es in dem kleinen Ort gleich vier (!) gibt. Meine Eltern erwarteten mich Ende September oder Anfang Oktober 1935. Ich wurde aber schon in den ersten Augusttagen als Siebenmonatskind geboren. Da es auf dem Lande noch keinen Inkubator gab, schien ich kaum lebensfähig zu sein. Die Liebe meiner Mutter und die intensive medizinische Betreuung durch den Humanisten Dr. Ludwig Katzenstein retteten dem Schwächling das Leben. Dies alles erfuhr ich freilich erst später, als der verdiente Arzt längst tot war. Viel ist von ihm nicht überliefert, das Wenige verdanken wir dem Ortschronisten Manfred Wünsche, einem ehemaligen Schuldirektor. Er hat in jahrzehntelanger mühevoller Forschung die Geschichte meines Heimatortes erkundet und als Ergebnis akribisch harter Arbeit zwei aussagekräftige Bände mit dem Titel „Eppendorf im Wandel der Zeiten“ herausgegeben.

Dr. med. Katzenstein kaufte als Allgemeinmediziner und Hausarzt im März 1931 die Eppendorfer Nacke-Villa und richtete dort eine Praxis ein. Wegen seines unermüdlichen Wirkens und seiner allenthalben bekannten Hilfsbereitschaft wurde er von der Bevölkerung geachtet, ja geliebt. Zu meiner Mutter soll er gesagt haben, als sie mit mir Winzling in die Sprechstunde kam und bezahlen wollte: „Von Ihnen, liebe Frau Otte, nehme ich kein Geld. Ihr Mann ist ja arbeitslos, da kommen Sie doch so schon kaum über die Runden.“ Er tat, was ihm möglich war, um mein schwaches Leben zu retten. Als selbst er nicht mehr weiter wußte, überwies er mich an einen Spezialisten in Freiberg. Meine Mutter, die sich keine Omnibusfahrt leisten konnte, legte die 25 km mit dem Kinderwagen zu Fuß zurück. Nach der Konsultation mußte sie die gleiche Strecke erneut bewältigen. Und das nicht nur einmal, sondern wiederholt. Als die Behandlung dann anschlug, waren meine

Eltern ebenso glücklich wie unser Hausarzt Dr. Katzenstein.

Der aber hatte inzwischen ganz andere Sorgen. An sein Haus klebten die Nazis



Zettel mit der Aufschrift „Juda verrecke!“ und „Itzig, verschwinde aus unserem Dorf!“ Wegen Morddrohungen mußte er sogar für



Einfahrt zum Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau

einige Wochen den Ort verlassen. SA-Leute veranstalteten ein regelrechtes Pistolenschießen auf die Fenster der Katzenstein-Villa.

Die Gemeindeverwaltung entzog dem Mediziner seinen Schularztvertrag, da ein Jude nicht länger „arische Kinder“ behandeln durfte. Die Faschisten stellten einen der Ihren in Uniform vor die Praxis und ließen diesen notieren, wer sich von Dr. Katzenstein weiter verarzten ließ. Die meisten Patienten hielten dem massiven Staatsterror nicht stand, so daß der

tapfere Mann im weißen Kittel bald nicht mehr aufgesucht wurde.

Wegen vielfältiger Schikanen, denen er ausgesetzt war, hatte Dr. Katzenstein schon am 4. Juni 1931 auf dem Eppendorfer Standesamt seinen Austritt aus der israelitischen Religionsgemeinschaft erklärt. „Ich bin doch Deutscher, wie alle anderen, und hier ist meine Heimat“, soll er gesagt haben. „In erster Linie aber bin ich Arzt. Was wollen die also von mir?“ Die Faschisten gingen noch einen Schritt weiter. Anfang April 1933 wurde Dr. Katzenstein festgenommen und in das Schutzhaftlager Flöha-Plaue eingeliefert. Ein zur Begleiteskorte gehörender SA-Mann hatte Befehl, ihn zu erschießen. Doch der brachte es nicht fertig, seinen eigenen Arzt umzubringen. Ein Kerl, von dem nur der Spitzname „Gift“ bekannt wurde, schlug Dr. Katzenstein dann in einer Turnhalle der Kreisstadt Flöha brutal zusammen. Ihm blieb nur, seine Leidensgefährten – Kommunisten, Sozialdemokraten und Zeugen Jehovas – medizinisch notdürftig zu versorgen, obgleich er selbst arg zugerichtet worden war.

Bald mußte Ludwig Katzenstein die „Doktorvilla“ aufgeben und einem neuen Arzt Platz machen. Er selbst aber landete 1938 zunächst in Chemnitz, wo er nur noch Juden betreuen durfte. Allerdings nicht mehr als promovierter Mediziner, sondern lediglich als „Krankenbehandler“. Was er dort erleiden mußte, können wir heute lediglich ahnen. Am 27. Februar 1943, als nur noch wenige Patienten in den Chemnitzer Judenhäusern verblieben waren, wurde er zusammen mit seiner Frau von den Faschisten in das Vernichtungslager Auschwitz abtransportiert und dort am 2. Mai ermordet.

Seit 2009 ist auf dem Bürgersteig vor der einstigen Praxis Dr. Katzensteins ein Stolperstein eingelassen, der an den Mann erinnert, ohne dessen ärztliche Kunst ich nicht auf der Welt wäre.

Heute erstarre ich vor Schrecken, wenn ich lese, daß deutsche Gerichte aus „demokratischen Beweggründen“ Aufmärsche von Neo-Nazis erlauben, welche obendrein noch durch Polizeikordons geschützt werden, obwohl die Einwohner und Bürgermeister der betroffenen Städte solche faschistischen Provokationen entschieden ablehnen. Wollen diese BRD-Juristen, daß die Erinnerung an das Schicksal von 6 Millionen ermordeten Juden – unter ihnen Dr. Ludwig Katzenstein – geschändet wird und andere Völker wieder Angst vor Gewalt aus Deutschland haben?

Der Stolperstein von Eppendorf soll für die Gleichgültigen und Sorglosen eine Mahnung sein!

Erhard Otte, Ehrenfriedersdorf

Umweltgerecht erzeugte Produkte für alle!

Agrar-Industrie-Komplex verleumdet Bio-Landbau

Als ich den Artikel „Der Trick mit den Bio-Produkten“ im September „RotFuchs“ las, vermerkte ich mir: teilweise sehr fragwürdige Thesen. Denn der Text enthält neben durchaus Bedenkenswertem auch recht Bedenkliches, wobei das Wichtigste fehlt.

Der Artikel legt den Schluß nahe, „konventionelle“ Landwirtschaft sei geeignet, das Welternährungsproblem zu lösen, der Bio-Landbau hingegen nicht. Das stellt die Wirklichkeit auf den Kopf. So lautet die mir einleuchtend erscheinende Kernaussage eines Kommentars des Agrarwissenschaftlers Dr. Peter Clausing über den Weltagrarbericht 2008. Der Autor verweist Behauptungen, wie sie auch im RF-Beitrag aufgestellt werden, ins Reich vom kapitalistischen Agrar-Industrie-Komplex verbreiteter Propagandamärchen.

Es muß auf die massiven Probleme verwiesen werden, welche die konventionelle Landwirtschaft hinsichtlich der Auslaugung der Böden, des Eintrags von Insektiziden, Pestiziden und anderer giftiger Chemikalien ins Grundwasser, in unsere Lebensmittel und in die Umwelt überhaupt (Stichwort Bienensterben) hervorruft. Von der unsäglichen Massentierhaltung mit ihren Begleiterscheinungen über Tierquälerei bis zu den Gülle-„entsorgungs“folgen und arzneiverseuchtem Fleisch, von der

Zerstörung der nationalen Märkte in der Dritten Welt durch die subventionierten Exporte solcher staatlich gepöppelten Wirtschaftszweige ganz zu schweigen.

Das alles fällt in dem genannten Artikel glatt unter den Tisch. Wir haben es hier mit einem jener vielen Wirtschaftsbereiche zu tun, in denen Produktivkräfte unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen längst zu Destruktivkräften entartet sind. Unter solchen Bedingungen wird sich das auch nicht wirklich ändern lassen, weil es am System liegt. Beim Bio-Anbau sind die Nahrungsmittelerzeugung (um die es mir allein geht) und der „biologische“ Anbau „nachwachsender Rohstoffe“ für den westlichen Luxusenergieverbrauch, Hypermobilität und imperialistisches Militär scharf voneinander zu unterscheiden.

Aus der Tatsache, daß Bio-Lebensmittel heute eher eine Elite-Angelegenheit sind, folgt nicht, daß sie deshalb bekämpfungswert seien. Das wäre lachhaft, denn aus diesem Grunde müßten wir dann ja auch höhere Bildung und klassische Musik ablehnen. Die Forderung kann nur sein: Gesunde und umweltgerecht erzeugte Lebensmittel für alle! Das ist fast gleichbedeutend damit, die Eigentumsfrage zu stellen. Denn die konventionelle Landwirtschaft liegt längst nicht mehr im Menschheitsinteresse, sondern ist nur noch durch die Profi-

interessen des Agrar-Industrie-Komplexes gesteuert.

Auch der Verweis auf Steiner kann die Notwendigkeit einer gesunden und umweltverträglichen Landwirtschaft in keiner Weise in Frage stellen. Die wurde von Steiner gerade nicht erfunden. Außerdem gehörte es immer zum Propaganda-Arsenal des Großkapitals und seiner Meinungsmacherzentralen, humane, fortschrittliche, linke Inhalte mit rassistischem und abstrus mystischem „Ideengut“ zu vermengen, um die Leute zu verwirren. Wer sich davon den Wind aus den Segeln nehmen läßt, trinkt auch noch den Kakao, durch den er gezogen werden soll.

Wenn in der DDR eine offene Debatte über Fragen einer umweltschonenderen Landwirtschaft im Rahmen der insgesamt vorbildhaften Entwicklung der Genossenschaften (LPG) noch nicht möglich war, so hat das vor allem zwei Gründe. Einerseits mußte man sich in der harten Konfrontation mit dem Imperialismus im Kalten Krieg schwerwiegenderen Problemen zuwenden, andererseits wurde das auch durch gewisse Beschränkungen der Diskussionskultur, von denen im „RotFuchs“ schon des öfteren die Rede war, gefördert.

In Ländern wie Kuba und China gewinnt der Bio-Landbau übrigens zunehmend an Bedeutung. **Peter Maaßen, Frankfurt/Main**

„Heideruh“ – ein Kleinod für Antifaschisten

Wunderschöner Erholungsort lädt „RotFuchs“-Leser zum Ausspannen ein

Wer in die Nordheide vor den Toren Hamburgs fährt, sucht dort vor allem die Ruhe einer von Menschenhand geschaffenen Landschaft. So ist der Name „Heideruh“, den sich ein dortiges Ferienhaus besonderer Art gegeben hat, durchaus zutreffend.

Anlaß zu dessen Gründung war 1945 der durch die britische Militäradministration dem Komitee politisch Verfolgter im Raum Hamburg erteilte Auftrag, eine Erholungsstätte für Kinder aus den Konzentrationslagern Bergen-Belsen und Neuengamme aufzubauen. Die Gegend um Buchholz/Nordheide wurde in Erwägung gezogen. Nach Schaffung der erforderlichen Voraussetzungen betreute man in „Heideruh“ zunächst etwa 140 Kinder aus den genannten Lagern oder von Widerstandskämpfern. Sie konnten sich bei Sport, Spiel und guter Pflege erholen. In den Folgejahren nutzten ehemalige Häftlinge den Komplex, um nach grausamen Jahren des Faschismus neue Kraft zu sammeln.

Heute kommen dorthin neben noch lebenden Opfern der Hitlertiktatur auch deren Angehörige sowie Mitglieder antifaschistischer Organisationen – unabhängig von

Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung – aus der ganzen Bundesrepublik.

Für uns Heimgäste mit DDR-Biographie war „Heideruh“ ein Erlebnis besonderer



Art. Hier begegneten wir Gleichgesinnten, Freunden und Genossen. Nicht wenige unserer Gesprächspartner aus der alten BRD waren Mitglieder der 1956 verbotenen KPD oder anderer fortschrittlicher Organisationen, die durch das Adenauer-Regime verfolgt wurden, gewesen. Trotz ihres hohen Alters sind etliche von ihnen noch heute aktiv. In der Begegnung mit ihnen wuchs unser eigener Mut, gegen die herrschenden Verhältnisse anzukämpfen. Inzwischen sind bereits viele Antifaschisten aus dem Osten

Mitglieder des Vereins „Wohn- und Ferienheim Heideruh e. V.“ geworden. Sie gehören auch zu den ehrenamtlichen Mitarbeitern der Einrichtung.

Das Heim bietet ideale Bedingungen für Seminare, Veranstaltungen mit Zeitzeugen und Konferenzen aller Art. Auch Jugendliche sollen stärker einbezogen werden. Vor allem aber ist und bleibt „Heideruh“ ein wunderschöner Erholungsort, wo die Gäste im Mittelpunkt stehen. Sie sollen einen unbeschwerteten und erholsamen Aufenthalt genießen und können gemeinsam die nähere Umgebung erkunden. Zum ständigen Angebot gehören der Besuch antifaschistischer Gedenkstätten in Norddeutschland und Ausflüge in die herrliche Heidelandschaft.

Hier soll nicht verschwiegen werden, daß das Erholungsheim mit einer Reihe von Problemen zu ringen hat, nicht zuletzt finanzieller Art. Die derzeitige Durststrecke kann nur bewältigt werden, wenn die Belegung des Heimes ganzjährig garantiert ist. Auch „RotFuchs“-Leser sind herzlich eingeladen, dort Gäste zu sein.

Matthias und Marion Werner, Berlin, Bea Trampenau (Geschäftsführerin „Heideruh“)

„Unsere Jungs“ in Kundus

Afghanistan 2010: Von der Etappen-Idylle zum knallharten Frontgebiet

Wer am 9. September 2001 die Zwillingsstürme des New Yorker Welt-handelszentrums tatsächlich rammen ließ, ist bisher noch nicht restlos geklärt. Nur eines steht fest: Es waren mit Sicherheit keine finsternen Gestalten vom Hindukusch. Indes lieferten die Trümmer dieses Bauwerks und die dem verruchten Verbrechen zum Opfer Gefallenen dem damaligen US-Präsidenten George W. Bush jr. den heißersehnten Vorwand für die Einführung einer veränderten Doktrin des globalen Interventionismus. Der neue Hauptfeind war gefunden und wurde sofort ins Visier genommen. Washington bezeichnete ihn als „internationalen Terrorismus“.

Das Pentagon schlug brutal zu. Über Nacht erklärte man Afghanistan zur „Heimstatt aller Terroristen“. Die Vereinten Nationen ließen sich von der Bush-Administration für deren Ziele einspannen und machten das Spiel mit. Eine UNO-„Friedensmission“ wurde inszeniert, die den Angriffskrieg kaschieren sollte. Allen „Gutwilligen“ wollte man Gelegenheit geben, daran mitzutun. Es fehlte nicht an Vorschlägen zur Tarnung des blutigen Unterfangens. Schulen und Krankenhäuser sollten gebaut, Brunnen gebohrt und den Afghanen ein Leben wie Gott in Frankreich beschert werden. Tatsächlich aber ging es einzig und allein um Ressourcen und strategische Ziele. Die Afghanen wehrten sich ihrer Haut. Ein anhaltender und sich ständig ausweitender Partisanenkrieg gegen die fremden Eindringlinge gewann an Kraft und Wirkung. Er ging bemerkenswerterweise gerade von jenen aus, die einst durch die CIA gegen „die Sowjets“ mobilisiert und ausgerüstet worden waren. Die Taliban formierten sich – sieht man hier einmal von ihrer mittelalterlich anmutenden Ideologie ab – in den vergangenen neun Jahren zu einer schlagkräftigen Truppe mit anti-amerikanischer und anti-europäischer Stoßrichtung. Die Vorstellung der 200 000 Besatzer, eine der Kabuler Quisling-Administration zuzuordnende reguläre Armee mit einigem Durchsetzungsvermögen formieren zu können, dürfte auf Sand gebaut sein. Bei erster Gelegenheit werden viele „Regierungssoldaten“, von ihren „Schutzmächten“ bewaffnet und ausgebildet, zu den Freischärlern überlaufen, fühlen sie sich doch in erster Linie als Afghanen, die sich mit dem Speck aus dem Westen kaum auf Dauer ködern lassen.

Wie ist nun die tatsächliche Verfaßtheit der BRD-Krieger in einem fremden Land, das selbst Hitler zu weit entfernt war, um dort für „deutsche Zucht und Ordnung“ zu sorgen?

Die Zeit hat die wohltönenden Phrasen der einander ablösenden Berliner

Koalitionäre über die friedlichen Ziele der Aggression widerlegt. Aus angeblichen Aufbauhelfern sind inzwischen ganz ordinäre Okkupanten geworden. Die frommen Sprüche von westlicher Kultur und Hilfe, die man dem Volk bringen und erweisen wolle, sind längst verklungen. Edelmütige Ritter und „Freunde“ der Einheimischen erweisen sich als ordinäre Landsknechte. Sie sind Söldner im Dienste der Herren ihrer Entsendestaaten. Condoleezza Rice hat als Bushs Außenministerin bei dem blutigen Unterfangen mit Regie geführt. Angesprochen auf die Schwierigkeiten, die sich schon zu Beginn der Aggression zeigten, verglich sie die Situation in Afghanistan mit jener in den westlichen Zonen Deutschlands nach 1945. Ein kleiner Unterschied bestand und besteht indes darin, daß Deutschland ab 1939 Aggressor war, während Afghanistan seit 2001 das Opfer einer Aggression ist.

Viele „Gutwillige“ zogen anfangs gemeinsam mit ihren „amerikanischen Freunden“ in das zentralasiatische Land, wo sie sich in solide befestigte Lagern verschanzten. Dort lebten die Bundeswehrangehörigen zunächst ziemlich unbehelligt. Nach Medienberichten glich der afghanische Norden – ihre „Besatzungszone“ – in den ersten Jahren der Okkupation fast einer Idylle. Man bewachte die Schlafmohnfelder, baute Schulen, bohrte Brunnen, verteilte Bonbons an afghanische Kinder und spielte Skat. Die Gewehre der Soldaten hingen bei Spaziergängen in die Dörfer ihrer „Schutzbefohlenen“ lässig über der Schulter. Von Krieg war damals nichts zu spüren – jedenfalls in der „deutschen Zone“. Daher wurde die Teilnahme von Bundeswehreinheiten am Überfall auf Afghanistan, eines wenig bekannten fernen Landes, daheim kaum zur Kenntnis genommen. Und die Kanzlerin schwärmte so intensiv von der „Friedensmission“ ihrer „Jungs“, daß sie am Ende selbst daran zu glauben begann. Nun ist dieses Land seiner Größe nach sowie bei Berücksichtigung der unterschiedlichen Stämme und Nationalitäten, die es bewohnen, vor allem aber unter dem Aspekt der Sitten und Gebräuche, nicht mit europäischen Maßstäben zu messen.

Die Abgesandten des Pentagons sahen sich in ihrem Okkupationsgebiet von Beginn an ganz anderen Parametern gegenüber. Gleich nach der Ankunft nahm man sie unter Feuer. Aus ersten Zusammenstößen erwachsen schnell weitere Konflikte. Die U.S. Air Force attackierte Hochzeitsgesellschaften und andere friedliche Veranstaltungen mit Bordkanonen und Bomben. Selbst die Kabuler Quisling-Regierung Karsais sah sich wiederholt dazu gezwungen,

wegen solcher „Fehlgriffe“ Beschwerde einzulegen. All das diskreditierte und demaskierte die vorgetäuschte „Friedensmission“.

Durch solche Untaten ausgelöste psychologische Druckwellen breiteten sich über das ganze Land aus. So blieb es nur eine Frage der Zeit, bis sie auch Merkels „Bürger in deutscher Uniform“ in Kundus und Umgebung erwischten. Das führte dort zu einer völligen Änderung der Situation. Aus dem fast verträumten Milieu der „Brunnenbohrer“ wurde über Nacht ein knallhartes Frontgebiet. Nun gab es auf einmal wie in jedem Krieg auch Tote. Nach Lesart der BRD-Regierung waren das vorerst „Opfer gemeiner, hinterlistiger und verabscheuenswürdigter Verbrechen“. Diese Tonlage wurde bis 2009 durchgehalten – auch von Angela Merkel. Dann entschied sich der neue Kriegsmminister zu Guttenberg für eine veränderte Sprachregelung.

Aber es floß mehr deutsches Blut in Afghanistan. Deshalb stellte man nach bewährtem Vorbild in Berlin einen großen Stein auf, um die Namen der gefallenen BRD-Bürger dort zu verewigen. Schließlich hatten sie ihr Leben ja für die gefährdete freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik am Hindukusch geopfert, um einer Formulierung des früheren Kriegsministers Struck (SPD) zu folgen. Die Namen der afghanischen Kinder, Frauen und Männer, die der inzwischen von jeglicher Strafverfolgung ausgenommene Bundeswehr-Oberst Klein auf dem Gewissen hat und die ihr Leben einer Kanne billigen Benzins wegen nahe Kundus verloren, blieben unerwähnt. Nur mutige PDL-Bundestagsabgeordnete haben sie mit ihren Schildern ins Gedächtnis gehoben.

Ex-Kriegsminister Jungs bereits vom „Spiegel“ als künftiger Kanzler gehandelte Nachfolger, adlig und feurig, kam direkt zur Sache, als er neun Jahre nach Beginn des NATO-Überfalls auf Afghanistan endlich den Krieg beim wahren Namen nannte und Panzerhaubitzen auf das Schlachtfeld schaffen ließ, um den ihr Vaterland verteidigenden Feinden in einer härteren Gangart begegnen zu können.

Der Krieg in Afghanistan ist in ein qualitativ neues Stadium getreten. Die Bundeswehr steht mit ihrer Teilnahme an diesem Überfall durchaus in der Tradition der Wehrmacht.

Von dem, was 1989 durch die „Dissidenten“ der DDR in der „Heldenstadt“ Leipzig und anderswo stolz verkündet wurde, ist nicht viel übrig geblieben. Aber gerade heute müßte die Parole „Schwerter zu Pflugscharen!“ heißen.

Dr. Günther Freudenberg, Bernburg

Die Visionen des Realisten Raúl Castro

Kubas Führung stellte Weichen für die Zukunft

Kubas Gewerkschaftszentrale CTC kündigte Mitte September an, daß bis April 2011 eine halbe Million Stellen im öffentlichen Dienst und bei staatlichen Unternehmen gestrichen werden. Betroffen ist rund ein Achtel derer, die bisher in diesem Sektor ihre Löhne und Gehälter bezogen haben. Die Freigesetzten könnten z. B. umgehend in der Landwirtschaft und anderen Bereichen, wo akuter Arbeitskräftemangel herrsche, Beschäftigung finden, heißt es. Auch die Aufnahme einer selbständigen handwerklichen Tätigkeit werde gestattet. Handelt es sich hier um einen Bruch mit dem Sozialismus?

Die Vorhaben, um die es geht, werden der Bevölkerung nicht von einem Tag zum anderen übergestülpt, sondern sind innerhalb der kubanischen Führung, aber auch in der Öffentlichkeit seit langem gründlich diskutiert worden, bevor sie Präsident Raúl Castro im August der obersten Volksvertretung in Havanna unterbreitete.

Nach dem Wegfall der Sowjetunion sowie der um sie gruppierten europäischen sozialistischen Staaten und angesichts der verschärften ökonomischen Blockade seitens des Imperialismus sah sich Kuba in den 90er Jahren einer als „Sonderperiode“ umschriebenen ökonomischen Zerreißprobe von beispiellosem Ausmaß gegenüber. Deren Folgen sind auch heute noch zu spüren. Fast über Nacht wurde die karibische Inselrepublik von allen bisherigen Verbindungen abgeschnitten, Industrie und Landwirtschaft stürzten buchstäblich in ein schwarzes Loch. Aber der sozialistische Staat nahm auch unter derart mißlichen Umständen keine Massentlassungen vor, wie sie im Kapitalismus sofort erfolgt wären. Dadurch entstand ein enormes Maß an Überbeschäftigung – allein im öffentlichen Sektor waren etwa 20 % der dort Tätigen völlig unnötig. Diese Situation untergrub zwangsläufig auch die Stabilität der nationalen Währung – des Peso –, was zur Folge hatte, daß das devisenarme Land sämtliche Importe äußerst teuer bezahlen mußte.

Bis zur ersten Hälfte dieses Jahrzehnts galt in der kubanischen Wirtschaft gewissermaßen das Prinzip „Friß Vogel oder stirb!“ Dann setzte sich Schritt für Schritt ein von ökonomischen Kriterien bestimmtes Herangehen durch.

Nachdem Fidel Castro im November 2005 sein gesundheitsbedingtes Ausscheiden aus der Staatsführung signalisiert hatte, eröffnete sein die Verantwortung übernehmender Bruder Raúl – kein Mann der großen Gesten, aber ein Realist mit Visionen – einen ebenso freimütigen wie tabulosen Dialog mit der Bevölkerung

über alle drückenden Probleme, die großen wie die kleinen. Dabei ging es dem neuen Präsidenten um ein ökonomisches Modell, das heutigen und künftigen Herausforderungen entsprechen soll. Sorgfältigen Recherchen folgten konkrete Pläne. Doch bevor an deren Verwirklichung gegangen werden konnte, wurde Kuba in den Jahren 2008 und 2009 hart getroffen: von drei aufeinanderfolgenden schweren Wirbelstürmen sowie den Auswirkungen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise.

Nichtsdestotrotz hielt sich die sozialistische Republik beachtlich. Zwischen 2004 und 2009 erreichte Kuba Zuwachsraten von durchschnittlich 6 %, verglichen mit 3,6 % im Maßstab Lateinamerikas. So war der Moment gekommen, sich nunmehr den strukturellen Defiziten zuzuwenden. Havana sieht sich dabei mit zwei fundamentalen Problemen konfrontiert: Unter sozialen, kulturellen und wissenschaftlichen Aspekten kann sich Kubas gesellschaftliches System mit reichen und hochentwickelten Ländern durchaus messen, während es in seiner wirtschaftlichen Leistungskraft eher auf dem Niveau der anderen Karibikstaaten verharret.

Dieser Widerspruch – auch eine Folge der anhaltenden Blockade – führt bei der Bevölkerung zwangsläufig zu Erscheinungen von Passivität. Der belgische Journalist Marc Vandepitte, auf dessen Artikel wir uns hier u. a. stützen, schilderte die Stimmungslage so: „Du bist ein großer Pianist, kannst dir aber privat kein Klavier kaufen. Du bist ein bekannter Chirurg ohne eigenes Auto oder ein Ingenieur, dem das Telefon fehlt.“ Die infolge nur geringer Konsumtionsmöglichkeiten für Nichtbesitzer von Valuta herrschende Frustration bleibt natürlich nicht ohne Auswirkungen auf die Produktionssphäre.

Wie kann man Menschen zu effizienter Arbeit bewegen, wenn sie sich für ihr Einkommen nicht das leisten können, was sie begehren und auch benötigen?

Wie kann man hochqualifizierte junge Leute für eine Tätigkeit in der Landwirtschaft – bei über 30 Grad Hitze und hoher Luftfeuchtigkeit – gewinnen, wenn außer dem Arbeitsplatz vieles nicht abgesichert

ist?, fragt Vandepitte rhetorisch. Ein weiteres Manko ist wiederum mit den Auswirkungen der Sonderperiode verbunden. Der Lohn, der den Beschäftigten in Landeswährung gezahlt wird, ist im Vergleich mit dem anderswo schwächelnden Dollar oder der kubanischen Touristenwährung CUC fast ohne Wert. Egal, ob jemand hart oder gar nicht arbeitet, mit seinem Gehalt kann er kaum etwas anfangen, sieht man vom Kauf der allen Kubanern per Libreta gewährten Grundversorgung ab, die indes allein zum Leben nicht ausreicht.

Mit anderen Worten: Es gibt keine unmittelbare Beziehung zwischen Beschäftigung, Einkommen und Kaufkraft. Eine solche Situation wirkt demotivierend, zumal ein Teil der neuen Generation nicht mehr von der Selbstlosigkeit der alten revolutionären Garde geprägt ist. Das fundamentale Problem besteht wohl darin, daß sich der kubanische Arbeiter heute weniger als vor der Sonderperiode für die Produktion seines Betriebes verantwortlich und als Eigentümer der vergesellschafteten Produktionsmittel empfindet, was bekanntlich der entscheidende Hebel im Sozialismus ist. Entsprechende Erfahrungen wurden ja auch in der DDR gesammelt.

Das Anliegen einer schrittweisen Gesundung der kubanischen Wirtschaft auf sozialistischer Grundlage, das Raúl Castro und seine Mitstreiter jetzt anvisieren und entschlossen in Angriff nehmen, dürfte viel Kraft, Kühnheit und Ausdauer erfordern.

RF, gestützt auf „Solidaire“, Brüssel



Ekuadors linkskatholischer und antiimperialistischer Staatspräsident Rafael Correa – ein Vorkämpfer für die Befreiung Lateinamerikas – ging aus dem CIA-gelenkten und fehlgeschlagenen Putsch als Sieger hervor. Unser Foto zeigt ihn bei einer Begegnung mit der Bevölkerung in Guayaquil.

Mit dem roten Stern an der Mütze

Jugoslawiens Partisanenarmee siegte im antifaschistischen Befreiungskrieg

Jugoslawien war der größte Vielvölkerstaat Osteuropas. Auf seinem Territorium lebten nahezu 20 Nationalitäten, waren fast alle Weltregionen vertreten. Die größte ethnische Gruppe bildeten Serben, während Slowenien und Kroatien wirtschaftlich höher entwickelt waren. So entstanden hier separatistische Organisationen, die sich von Jugoslawien abspalten wollten.

Dem stellte sich die 1919 geschaffene Sozialistische Arbeiterpartei – seit 1920 hieß sie KPJ – entgegen. Sie war die einzige gesamtjugoslawische Kraft, welche die tatsächliche Gleichberechtigung aller Völkerschaften einforderte. Zugleich wandte sie sich der armen Bauernschaft zu, der sie eine radikale Bodenreform in Aussicht stellte. Mit 65 000 Mitgliedern war die KPJ zu jener Zeit nach der KP der Tschechoslowakei die stärkste kommunistische Partei in Osteuropa und mit 14 % der Sitze die drittstärkste Parlamentsgruppe. Mit ihrem Programm hatte sie nicht nur die herrschenden Serben, sondern auch die Separatisten herausgefordert: Für 20 Jahre mußte die KPJ in die Illegalität gehen. Auch innere Kämpfe schwächten die Partei, die 1928 nur noch etwa 2000 Mitglieder besaß.

1937 übernahm der 45jährige Kroat Josip Broz (Pseudonym Tito) die Führung der Partei, die er schnell zu reorganisieren verstand. 1940 betrug ihre Mitgliederzahl wieder 6500, während der Jugendverband 18 000 Genossen zählte. Im Frühjahr 1941 standen die Kommunisten an der Spitze der Volksbewegung, die eine prodeutsche Regierung stürzte und die neue zu einem Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion zwang.

Die plötzliche Veränderung des Kräfteverhältnisses in Jugoslawien veranlaßte Hitlerdeutschland, seinen ursprünglich für Mitte Mai geplanten Angriff auf die UdSSR im Interesse einer „Sicherung der Südflanke“ um mehr als einen Monat zu verschieben: Am 6. April 1941 überfielen die deutschen Faschisten mit ihren Verbündeten Italien, Ungarn und Bulgarien das Königreich Jugoslawien. Nach 12 Tagen kapitulierte dessen Armee, der Monarch ging samt Kabinett ins britische Exil. Das Land wurde unter den Aggressoren aufgeteilt, in Serbien und Montenegro installierten sie Marionettenregierungen.

Bedeutende Kräfte der einheimischen Faschisten standen gegen die Partisanen bereit: eine 22 000 Mann starke SS-Division aus der deutschen Minderheit, die serbische faschistische ZBOR-Bewegung, die albanischen Ballisten und die SS-Division „Skanderbeg“ aus dem Kosovo (beide Vorgänger der UÇK), Sloweniens „Weiße Garde“ und serbische Gendarmen.

Aus Kroatien und Bosnien-Herzegowina wurde unter Führung der kroatischen Ustascha-Faschisten ein großer Staat, der als „regionale Ordnungsmacht“ dienen sollte.

Die KPJ war die einzige gesellschaftliche Kraft, die den Kampf gegen die Okkupanten fortsetzen wollte. Schon im Mai 1941 wurden die Vorbereitungen für einen Aufstand getroffen. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion formierte sich ein Partisanenhauptstab unter Titos Leitung. Zu jenem Zeitpunkt gab es 12 000 eingetragene Kommunisten und 30 000 Jungkommunisten. Sie waren in jedem Landesteil präsent und bildeten den Kern der Partisanenbewegung. Diese konnte auch auf einen Teil der 300 000 ehemaligen Soldaten zählen, die sich der Kapitulation entzogen und ihre Waffen versteckt hatten.

Am 7. Juli 1941 erteilte Tito den Befehl zum Aufstand, der in den nächsten Wochen das ganze Land erfaßte. Nun gab es bereits 80 000 Partisanen. Waffen und Munition mußten bis 1945 vom Feind im Kampf erbeutet werden. Es handelte sich u. a. um 618 978 Karabiner und Maschinenpistolen, 45 215 leichte und schwere Maschinengewehre, 70 178 Pistolen und 364 Millionen Schuß Munition.

Die Faschisten versuchten die Partisanen in sieben Offensiven gegen größere Abteilungen, bei denen sie den Hauptstab vermuteten, einzuschließen und mit überlegenen Kräften zu vernichten. Diese Taktik verfehlte jedoch ihr Ziel. Die Partisanen waren über die faschistischen Truppenbewegungen stets informiert, empfingen die Angreifer gut vorbereitet und hielten sie lange auf. Da sie sich zumeist mit Handfeuerwaffen verteidigten, war die Entfernung zwischen den Kämpfenden zu kurz, um Flugzeuge massiv einsetzen zu können.

Bei der ersten Offensive gegen die „Partisanenrepublik“ von Užice (Westserbien) im Herbst 1941 griffen etwa 100 000 Faschisten rund 15 000 Partisanen an, die sich nach Ostbosnien absetzten. 1942 wichen 80 000 Partisanen der Offensive von 500 000 Faschisten geschickt aus. Der Zustrom in die Berge und Wälder riß nicht ab. In jenem Jahr gab es schon 150 000 Partisanen, die zur aus 27 Divisionen bestehenden Volksbefreiungsarmee umgewandelt wurden. Im Frühling 1943 zählte man 300 000 uniformierte Partisanen mit roten Sternen an der Mütze. Sie konnten nun eigenständig Offensiven durchführen.

Nach der Kapitulation Italiens im September 1943 verbesserten sich die Kampfbedingungen der Partisanen. Viele Italiener liefen zu ihnen über. Mit deren Waffen konnten 80 000 Männer und Frauen

ausgerüstet werden. Ende 1943 waren zwei Drittel Jugoslawiens befreit.

Der Versuch, die von der serbischen Exilregierung unter General Mihailović gebildeten königstreuen Tschetnik-Verbände für den gemeinsamen Kampf zu gewinnen, schlug nach einigen Versuchen fehl. Fortan kämpften die etwa 70 000 Tschetniks auf der Seite der Faschisten gegen die Partisanen. Da der General diese Kollaboration aber geschickt verheimlichte, galt er bei den Westmächten als Führer des Widerstandes. Doch der Übergang der Königstreuen auf die Seite der Faschisten verschaffte den Kommunisten endgültig die unbestrittene Führungsrolle im Befreiungskampf. Im November 1942 wurde der Antifaschistische Rat (AVNOJ) als gesetzgebendes Organ geschaffen. In ihm verfügte die KPJ über den stärksten Einfluß. Am 29. November 1943 schuf der AVNOJ in Jajce in Gestalt des Nationalen Befreiungskomitees mit Tito an der Spitze die erste provisorische Regierung eines freien Jugoslawiens. Im gleichen Monat erfolgte deren Anerkennung durch die Hauptmächte der Antihitlerkoalition.

Mit der siebenten Offensive im Frühling 1944, zu der die Operation „Rösselsprung“ gehörte, setzten die Faschisten noch einmal an, das Zentrum des Befreiungskampfes zu zerschlagen und Titos habhaft zu werden. Doch auch dies mißlang.

Durch die Proklamierung des neuen Jugoslawiens, Italiens Ausscheiden aus dem Krieg und die sowjetische Offensive auf dem Balkan kam es zu einem weiteren Aufschwung des Partisanenkampfes. 1944 besaß die Volksbefreiungsarmee eine halbe Million Kämpfer, die in 15 Korps mit 50 Divisionen und 20 Selbständigen Brigaden sowie 130 Partisanenabteilungen gegliedert waren. Bis zum März 1945 wuchs sie auf 800 000 Männer und Frauen an. Im Herbst 1944 gingen die Partisanen mit Unterstützung der in Nordjugoslawien einmarschierenden Roten Armee, der umgeschwenkten bulgarischen Armee und albanischer Partisanen zu ihrer letzten Offensive über. Im Oktober wurde Belgrad befreit und bis zum 15. Mai 1945 das ganze Land.

Dieser Sieg wurde teuer erkämpft: 1,7 Millionen Jugoslawen verloren ihr Leben, darunter 305 000 Partisanen. Von den 100 000 Partisaninnen wurde jede vierte getötet. 50 000 Kommunisten fielen im Kampf.

Der vierjährige Partisanenkrieg war das bewußtseinsprägendste Element in der tausendjährigen südslawischen Geschichte. Nicht zuletzt wohl deshalb widersetzten sich die Jugoslawen der Osteuropa überrollenden Konterrevolution am längsten.

Dr. Bernhard Majorow

China: Erstmals gesetzliche Regelung betrieblicher Arbeitskonflikte

In der südchinesischen Provinz Guangdong wurde Mitte Juli der Entwurf des ersten Gesetzes der Volksrepublik vorgestellt, mit dem feste Regeln für Arbeitsstreitigkeiten und Lohnverhandlungen eingeführt werden sollen. Wie Liu Mu, Vorsitzender der Arbeitsrechtsabteilung des Ständigen Komitees des Provinz-Volkskongresses – der gesetzgebenden Körperschaft Guangdongs – vor Journalisten erklärte, geht es u. a. darum, Arbeitern wie Inhabern privater Firmen unnötige Kosten zu ersparen.

Die „Regulierung des Demokratischen Managements in Unternehmen von Guangdong“, wie das Dokument betitelt ist, diene dem Zweck, zwei Hauptstreitpunkte bei Arbeitskonflikten unter Kontrolle zu bringen: mangelhafte Betreuung der Belegschaften und niedrige Entlohnung der Arbeiter. Das betonte Ou Guangyuan, Vorsitzender des Ständigen Komitees des Volkskongresses der für die Einführung der neuen Normen ausgewählten Provinz. Schon vor anderthalb Jahren war dort ein solches Gesetzeswerk auf den Weg gebracht, dann aber auf Grund der globalen Krise vorerst aufgeschoben worden, um keine zusätzliche Unruhe in den Betrieben entstehen zu lassen.

Wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berichtete, wurden die damals angedachten Maßnahmen der Öffentlichkeit abermals unterbreitet. Im Sommer fanden in Guangdong zwei einschneidende Arbeitsniederlegungen statt. Sie betrafen Omron in Guangzhou – einen Konzern der Autoelektronik, welcher Zubehör für Honda und Toyota-Fahrzeuge herstellt – und das Unternehmen Atomnitech in Foshan, das ebenfalls Autoteile für Honda produziert. Bei Omron verlangten die Arbeiter eine Erhöhung ihrer monatlichen Bezüge von 1300 Yuan auf 1800 Yuan. Bei vorangegangenen Streiks, die ebenfalls verschiedene Hersteller von Montageteilen für Honda und Toyota betrafen, waren die Unternehmensleitungen gezwungen worden, den dort erhobenen Forderungen der Beschäftigten entgegenzukommen, da längere Arbeitsunterbrechungen zu erheblichen Konzernverlusten geführt hätten. In einigen Firmen hatte man Streikführer daraufhin entlassen.

Aufsehen erregte in China der Fall eines 18jährigen Wanderarbeiters. Er war bei dem Elektronikkonzern Chimei Innolux in Foshan, der sich mit Foxconn zusammengeschlossen hatte, beschäftigt gewesen. Anfang des Jahres stürzte sich der junge Mann vom 6. Stock eines Wohnheims in die Tiefe. Zuvor hatten sich im Foxconn-Industriekomplex, der zum Sonderwirtschaftsgebiet Shenzhen nahe Hongkong gehört, bereits zehn Selbstmorde ereignet. Nach einem Aufschrei in ganz Guangdong setzte Foxconn im Juni die durchschnittlichen Monatsbezüge

der Arbeiter am Montageband plötzlich von 900 auf 2000 Yuan herauf.

Ein Hauptanliegen des erwähnten Gesetzesentwurfs besteht in der Schaffung eines rechtlichen Rahmens für Lohn- und Gehaltsverhandlungen. Unter seinen 83 Artikeln befassen sich allein 25 mit dieser Thematik. Es ist vorgesehen, daß die Gewerkschaften solche Verhandlungen zwischen gewählten Arbeitervertretern und den jeweiligen Unternehmen in die Wege leiten, wenn mehr als ein Fünftel der Beschäftigten eine Lohnerhöhung verlangt. Im Falle einer Weigerung der Firmenleitung, Gesprächen beider Seiten zuzustimmen oder an ihnen teilzunehmen, würden die Arbeiter dazu berechtigt sein, unverzüglich die Produktion einzustellen. Repressalien gegen Streikende, z. B. deren Entlassung, werden in dem Gesetzesentwurf ausdrücklich untersagt.

„Gegenwärtig sind wir noch nicht durch Gesetze wie dieses geschützt. Die Konzerne feuern oftmals streikende Arbeiter ohne jede Abfindung. Künftig werden unsere Rechte besser gewahrt sein“, meinte ein von Xinhua Befragter.

Im Falle einer Annahme des vorerst noch in der Diskussion befindlichen Entwurfs wird das Projekt Chinas bislang umfassendstes Arbeitsgesetz sein. „Es schafft erstmals eine Grundlage dafür, daß die Belegschaften ganz legal ihre Lohnforderungen geltend machen können“, sagte der bereits erwähnte Liu Mu. Nicht nur die Arbeiter werden künftig rechtlich stärker abgesichert, auch viele Unternehmer stimmen dem Entwurf zu, weil auf diese Weise aus ihrer Sicht unnötige Unterbrechungen des Produktionsrhythmus durch zuvor nicht angekündigte Arbeitsniederlegungen vermieden werden könnten.

In der Provinz Guangdong gibt es 30 Millionen Wanderarbeiter, von denen die meisten bei den im Delta des Perlfusses angesiedelten arbeitsintensiven ausländischen

Konzernen beschäftigt sind. Niedrige Bezahlung und ungünstige Lebensbedingungen liefern ständig sozialen Zündstoff.

„Es ist für Guangdong und die ganze Volksrepublik von großer Dringlichkeit, daß ein Gesetzeswerk geschaffen wird, das den chinesischen Arbeitern ständige und vernünftige Lohnzuwächse zu sichern vermag“, erklärte He Gaochao, ein mit dieser Thematik befaßter Wissenschaftler der Zhongshan-Universität.

Aus der Foxconn-Tragödie sei die Lehre zu ziehen, daß die Unternehmen dazu veranlaßt werden müßten, die Würde der Arbeitenden in der täglichen Praxis zu respektieren, betonte Liu Mu.

Während ein Teil der Experten große Hoffnungen auf das legislative Vorhaben setzt, äußern andere eher Skepsis. Sie zeigen sich nicht davon überzeugt, daß allein ein Gesetz die reale Situation in den privaten Betrieben fundamental zu ändern vermag. Die Selbstmorde bei Foxconn seien auf ein Riesenmaß von 72 % der Belegschaft zu leistender Überstunden und die Mißachtung der Erholungsbedürfnisse der Arbeiter zurückzuführen, heißt es in einem der Öffentlichkeit übergebenen Untersuchungsprotokoll.

Die Allchinesische Föderation der Gewerkschaften fordert von den zuständigen Organen in Beijing, die Lohnverhandlungen landesweit für obligatorisch zu erklären. Ein von gewerkschaftlicher Seite initiiertes Pilotprojekt wird derzeit in zehn Provinzen und Großstädten erprobt. Die chinesische Zentralregierung fördert es bereits seit dem Jahr 2000. Unterdessen haben 17 000 Unternehmen eigene Regulative über Lohnverhandlungen beschlossen. Wie der leitende Gewerkschaftsfunktionär Zhang Jiangmo dazu bemerkte, sind die bisherigen Ergebnisse dieser Art von „Selbstheilung“ alles andere als zufriedenstellend.

RF, gestützt auf die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua

Ein „würdiger“ Laureat

Einhellig bejubelt Berlin die Vergabe des diesjährigen Friedensnobelpreises an Liu Xiaobo.

Bundeskanzlerin Merkel habe sich in der Vergangenheit bereits für die Freilassung des chinesischen „Dissidenten“ eingesetzt und werde dies weiterhin tun, erklärte ein Regierungssprecher. Liu habe den Preis für seinen „Kampf um fundamentale Menschenrechte in China“ erhalten, schrieb das Auswärtige Amt.

Tatsächlich laufen Lius Forderungen auf nicht weniger als den Umsturz in der Volksrepublik China hinaus. Die von ihm mitverfaßte „Charta 08“ ist im Unterschied zu den Petitionen anderer chinesischer „Dissidenten“ keine Menschenrechtsresolution,

sondern ein umfassendes politisches Programm, das eine grundsätzliche Umgestaltung Chinas verlangt, darunter den Aufbau eines föderativen Bundesstaates nach dem Modell der Bundesrepublik Deutschland, der vollständig mit jahrtausendealten chinesischen Staatstraditionen bricht. Außerdem sollen sämtliche seit der Gründung der Volksrepublik vollzogenen Nationalisierungsmaßnahmen rückgängig gemacht werden. Dies beinhaltet auch die Rückgabe des seit Jahrzehnten von Kleinbauern genutzten Landes an einstige Großgrundbesitzer und die Erfüllung von Forderungen nach China expandierender westlicher Konzerne.

„Informationen zu deutschen Außenpolitik“,
11. 10. 2010, German-foreign-policy.com

Spezialist für die „Letzte Ölung“

Als CIA-General Walters 1989 Washingtons Botschafter in Bonn wurde

Im April 1989 wurde Vernon Walters als Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Bonn akkreditiert. Er war damals bereits 72 Jahre alt und eigentlich nach einem abenteuerlichen Leben schon längst im „wohlverdienten Ruhestand“. Nun vertrat der Geheimdienstgeneral auf einmal die Weltmacht USA in der Bundesrepublik Deutschland.

Generalleutnant Vernon A. Walters erläuterte die Ausgangslage so: „Kurz vor Neujahr 1989 rief mich der Präsident zu sich und drängte mich, die Botschaft in Deutschland zu übernehmen. ... Dann fügte er die geradezu prophetischen Worte hinzu: ‚Dort wird es ums Ganze gehen. Dick, willst du mir helfen oder wirst du mich im Stich lassen?‘ Das genügte für einen alten Soldaten. Ich antwortete, daß ich mich sehr geehrt fühle, ihn in Deutschland vertreten zu dürfen.“

Diese nüchternen Worte charakterisieren kaum die gespenstische Situation: Da sitzen zwei CIA-Veteranen im Oval Office des Weißen Hauses zusammen, der frühere CIA-Direktor George W. Bush sen. und sein ehemaliger CIA-Stellvertreter, General Vernon A. Walters – der eine Präsident der USA, der andere schon länger im Ruhestand.

Bush meint, es gehe ums Ganze! Was ist darunter zu verstehen? Warum und wie soll dieses „Ganze“ gerade in Bonn entschieden werden? Welche politischen Konstellationen, welche besonderen Gründe müssen Anfang 1989 bestanden und vorgelegen haben, um einen Geheimdienstgeneral mit mehr als 40 Jahren Fronterfahrung im Kalten Krieg für einen Einsatz als USA-Botschafter in der BRD zu reaktivieren?

General Walters, Jahrgang 1917, diente seit 1941 in den Streitkräften der USA, von Anfang an in Positionen der militärischen Nachrichtendienste. Er war an allen politischen Brennpunkten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts als subversiver Ak-

teur maßgeblich beteiligt, so im Koreakrieg (1950–1953), beim Staatsstreich gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Mohammad Mosaddegh in Iran (1953), bei Geheimdienstaktionen zur Verhinderung von Wahlerfolgen der Kommunisten in Italien (1960–1962) oder beim blutigen Militärputsch in Brasilien (1964). Er war als Operativchef der CIA verantwortlich für die umfassende Unterstützung des Pinochet-Putsches in Chile (1973) und bei den Aktivitäten zur Erdrosselung der „Nelkenrevolution“ in Portugal (1974/75). Seine Spuren sind bei den viele Opfer fordernden Geheimdienstoperationen gegen demokratische Prozesse in Angola, Guatemala, Nicaragua und nicht zuletzt bei den brutalen Menschenrechtsverletzungen südamerikanischer Militärregimes im Rahmen der Operation CONDOR zu finden.

Vernon Walters wurde im Januar 1989 in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ mit den außergewöhnlich freimütigen Worten zitiert: „Ich werde nicht geschickt, wenn ein Erfolg wahrscheinlich ist. Eine meiner Hauptaufgaben ist es, die Letzte Ölung zu geben, kurz bevor der Patient stirbt.“ Das ist wohl der Schlüsselsatz, der uns offenbart, welches Ziel hinter der Strategie der Bush-Administration in den Jahren 1988 bis 1990 stand. Und nicht minder hinter den Instruktionen, die Walters von Bush für seinen Einsatz in Bonn erhalten hatte.

Warum wurde dieser Mann gerade dorthin geschickt? Die alte BRD-Hauptstadt war in Europa nicht nur die technisch-organisatorisch am besten vorbereitete Basis für auf den Osten des Kontinents zielende Geheimdienstoperationen, sondern schon immer Ausgangspunkt, Logistikzentrale und Rückzugsbecken für CIA-Aktivitäten in dieser Region. Es darf auch als gesichert angesehen werden, daß die westlichen Dienste zu diesem Zeitpunkt in Osteuropa ein dichtes Netz von Agenten und Kontaktpartnern geknüpft

hatten. So erklärt es sich, den Experten für besonders delikate Unternehmungen und die „Letzte Ölung“ auf diesen Vorposten zu stellen. Der Einsatz des Generals Vernon Walters in Bonn war gewissermaßen das personelle Kernstück zur Verwirklichung der durch die Bush-Administration 1988/89 entwickelten „Grand Strategy“, bei der es um die Zerschlagung des Sozialismus in Europa ging. Sie war politisch subversiv und von Fachleuten dieses Metiers erdacht, um durch erfahrene Spezialisten vor Ort umgesetzt zu werden.

Dem Endziel (Todesstoß für die sozialistischen Staaten Europas) war der Auftrag vorgeschaltet, diese dem Einfluß der sowjetischen Politik immer nachhaltiger zu entziehen. Dafür gab es ausreichende Ansätze in Polen, Ungarn und nicht zuletzt auch in der DDR. Die frühere US-Außenministerin Condoleezza Rice schrieb im Rückblick auf die damalige Lage in der DDR: „Nach Einschätzung der CIA war binnen weniger Monate mit einer völligen Umgestaltung Ostdeutschlands zu rechnen, was zu einer nichtkommunistischen Regierung und zu einem dramatischen Anwachsen des Verlangens nach Wiedervereinigung führen werde.“ Die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands sollte im Kalkül der US-Strategen ursprünglich das Endresultat der Beseitigung des Sozialismus sein.

Doch angesichts der Dynamik sich überstürzender historischer Abläufe und im Ergebnis der bekannten Stämmelei des „kampfgeprobten“ SED-Politbüromitglieds Günter Schabowski am Abend des 9. November 1989 wurde die „Einheit Deutschlands“ urplötzlich zur Schwungmasse bei der Beseitigung des „Realsozialismus“ im Osten Europas. Kohl ging daraus mit dem Heiligenschein des „Kanzlers der Einheit“ hervor und erwies sich als eifrigster Vollstrecker der US-Strategie in Deutschland.

Klaus Eichner

Polen: Jagd auf Hammer und Sichel

Seit dem 8. Juni gilt in Polen ein neues Gesetz. Es betrifft u. a. Ergänzungen zum Artikel 256 des Strafgesetzbuches, der ursprünglich Freiheitsstrafen bis zu zwei Jahren für jene vorsah, welche faschistische oder andere totalitäre Staatsformen propagierten oder Haß aus nationalen, ethnischen, rassischen oder religiösen Gründen schürten. Paragraph 2 des nunmehr in Kraft befindlichen Gesetzes droht jenen Strafen an, welche „faschistische, kommunistische oder andere totalitäre Symbole öffentlich zeigen“.

Im ursprünglichen Entwurf der Veränderungen des Gesetzes war das Verbot kommunistischer Symbole nicht enthalten. Initiator

der in einer späten Beratungsphase ins Spiel gebrachten antikommunistischen Klausel war der Sejm-Abgeordnete Stanisław Pięta, der zunächst erklärt hatte, ihm gehe es um das Verschwinden von T-Shirts mit den Porträts von Lenin und Che Guevara, um dann die Ahndung jeglicher faschistischer und kommunistischer Symbole zu verlangen. Der beim Flugzeugabsturz in Smolensk ums Leben gekommene Präsident Lech Kaczyński fertigte das Gesetz aus.

Die Kommunistische Partei Polens hat auf die legislative Provokation Warschau in frapperender Weise geantwortet. Ihre Monatszeitschrift „Brzask“ (Morgenröte), die zuvor mit dem Hammer-und-Sichel-

Symbol im Kopf erschienen war, trägt jetzt an dieser Stelle die gedruckten Worte „Hammer und Sichel“ mit dem Hinweis darauf, daß die graphische Darstellung nach dem Strafgesetzbuch verboten sei.

Wir drücken den polnischen Genossen unsere uneingeschränkte Sympathie und Solidarität aus und versichern ihnen, daß wir Seite an Seite mit ihnen gegen die mittelalterlich anmutenden antikommunistischen Exzesse in Polen und weiteren osteuropäischen Ländern, die auch anderswo Schule machen könnten, den Kampf führen werden.

RF, gestützt auf eine Information von Prof. Zbigniew Wiktor, Wrocław

Erinnern an Oradour-sur-Glane

Unverjährbarkeit faschistischer Kriegsverbrechen bleibt oberstes Prinzip

Am 10. Juni 1944 wurde das 2000-Seelen-Städtchen Oradour-sur-Glane nordwestlich von Limoges „aus Vergeltung für eine Aktion französischer Hecken-schützen“ – es handelte sich um Kämpfer der Résistance – durch Angehörige der berüchtigten SS-Division „Das Reich“ in Schutt und Asche gelegt. Die in der dann angezündeten Kirche des Ortes zusammengetriebenen Einwohner wurden gnadenlos umgebracht. Erst 1953 fand ein Prozeß gegen die überführten und dingfest gemachten Mörder statt. Zunächst verurteilt, wurden die meisten von ihnen schon nach kurzer Strafverbüßung amnestiert.

Heute nehmen rechtskonservative Kräfte massiven Einfluß auf den in gleicher Richtung tendierenden französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy, der dieses Amt nur mit Hilfe der im ersten Wahlgang für den Faschisten Le Pen abgegebenen und in der zweiten Runde auf ihn übertragenen Stimmen erringen konnte. Sie wollen ihn zu einem Abrücken vom Prinzip der Unverjährbarkeit von Kriegsverbrechen bewegen. In dieser fundamentalen Frage hat sich Paris am 28. Februar 1952 dadurch festgelegt, daß der damalige Präsident Vincent Auriol eine entsprechende völkerrechtliche Konvention vom August 1949 ratifizierte. Auch

General Charles de Gaulle, der 1958 mit Unterstützung der gesamten Rechten erneut zum Präsidenten der Französischen Republik gewählt worden war, ratifizierte 1960 die ebenfalls von der Unverjährbarkeit solcher Untaten ausgehende Konvention vom 14. Mai 1954.



Das Lachen der Mörder: Angehörige der SS-Division „Das Reich“ unweit von Oradour

Demgegenüber ist die Haltung Sarkozys zwiespältig. Einerseits setzt er seine verbalen Angriffe auf Kriegs- und Naziverbrecher fort, andererseits steht der Hausherr im Elysee-Palast unter enormem Druck, den Standpunkt aller bisherigen französischen Nachkriegsregierungen zu verlassen. Dem Senat wurde sogar ein äußerst unehrenhafter Vorschlag unterbreitet, der dieses Prinzip aushebeln soll.

Seit dem Sieg der Alliierten der Antihitlerkoalition gehört Frankreich – wie die UdSSR/Rußland, die USA und Großbritannien – dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen als Ständiges Mitglied an. Auf dem Londoner Treffen der „Vier“ am 8. August 1945 wurde das Statut des Nürnberger Tribunals beschlossen. Es war ein national wie international herausragendes Ereignis, weil damit eine neue Seite im Völkerrecht aufgeschlagen wurde: Erstmals legte man verbindlich fest, daß Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit unverjährbar sind. Auch wenn heute noch Täter aus den Reihen der faschistischen Mordbanden wie der SS hier und dort gelegentlich vor Gerichten Italiens oder der BRD erscheinen, darf man die Tatsache nicht verkennen, daß solche Prozesse – besonders in den ersten Nachkriegsjahrzehnten – im deutschen Westen eher die Ausnahme darstellten. Häufig wurden Verfahren von höchster Brisanz viele Jahre verschleppt und gefällte Urteile nachträglich durch Entscheidungen höherer Instanzen oder Amnestierung der abgeurteilten Täter ausgehebelt. Das Beispiel der freigelassenen Mörder von Oradour-sur-Glane beweist das.

RF, gestützt auf „Initiative Communiste“, Frankreich

Nous sommes un, wij zijn één

Flandrische Separatisten wollen Belgien zerstückeln

In Belgien forcieren separatistische und rechtsgerichtete Kräfte die staatliche Abtrennung des wohlhabenderen flandrischen Landesteils vom ärmeren französischsprachigen Wallonien. Gewisse Politiker und deren Sprachrohre empfehlen dessen Bewohnern, sie sollten sich doch an Nordfrankreich anschließen oder eine an der Loslösung der Slowakei von Tschechien orientierte Variante anstreben.

Aber die Situation ist absolut unvergleichbar. Die Tschechische Republik und die Slowakei, die sich 1993 gewaltfrei voneinander trennten, waren historisch selbständige Territorien gewesen und wurden erst nach 1918 zu einem Staat vereinigt. Überdies war Prag nicht wie Brüssel, wohin sich jeden Tag 229 500 Flamen und 126 500 Wallonen zur Arbeit begeben, eine durch und durch zweisprachige Stadt, sondern befand sich inmitten des tschechischen Kernlandes mit einer überwiegend dadurch geprägten Einwohnerschaft, wenn auch nicht wenige Deutsch sprachen.

Belgien zu teilen, würde nicht nur bedeuten, die Eisenbahnverbindungen, das integrierte Gesundheitswesen und viele andere miteinander verflochtene infra-



strukturelle Bereiche auseinanderzureißen, sondern auch die Lebensfähigkeit des ganzen Landes aufs Spiel zu setzen. Deshalb stößt die chauvinistische Attacke, deren Gefährlichkeit man indes nicht unterschätzen sollte, auf unterschiedlichen Widerstand. Als verlässliche

Internationalisten erteilen die belgischen Kommunisten und mit ihnen viele Sozialisten, Gewerkschafter und andere Linke den Spaltungsmanövern eine entschiedene Abfuhr. Auf dem ersten Pressefest der Wochenzeitung „Solidaire“ – Organ der Partei der Arbeit Belgiens (PTB) –, das unter der Bezeichnung „Manifiesta“ stattfand, wurde die Zusammengehörigkeit großgeschrieben. 6000 Flamen, Brüsseler und Wallonen waren nach Bredene gekommen, um gleichberechtigt und in voller Harmonie zu feiern und zugleich Pläne für gemeinsames Handeln zu schmieden. PTB-Präsident Peter Mertens führte die Stimmung auf den Höhepunkt, als er in beiden Sprachen ausrief: Nous sommes un – wij zijn één! (Wir sind eins!)

So heißt auch der Titel einer im Brüsseler Parteiverlag gerade erschienenen Broschüre mit Fragen und Antworten zur Zukunft Belgiens. Darin wird jeglichem Nationalismus und Separatismus entschieden der Kampf angesagt.

RF, gestützt auf „Solidaire“, Brüssel

Lew Tolstoi zum 100. Todestag

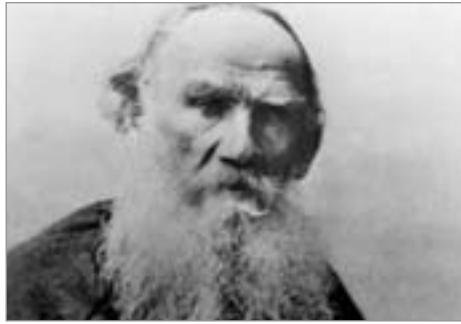
Er prägte die russische Nationalliteratur wie kaum ein anderer

Viele sehen in dem Großen der glanzvollen russischen Literatur des 19. Jahrhunderts auch den Größten unter den Epikern der Weltliteratur. Lew Nikolajewitsch Tolstoi, der Gutsbesitzersohn aus Jasnaja Poljana, erlebte die Epoche russischen Lebens von der zaristischen Leibeigenschaft bis an die Schwelle der großen sozialen Umwälzungen. Wenige Wochen vor seinem Tod lehnte der energische Agitator für seine Ideen, seine Gedanken über den Sinn des Lebens, über Gott und die Welt, über Krieg und Frieden, über Ehe, Kunst, Kultur, Volkswohlfahrt und Volksbildung, über die Erziehung des Menschengeschlechts, über das „Recht“ – kurz über alles, was Menschen bewegt und erregt – den ihm zuerkannten Friedensnobelpreis ab. L.N.T – unter dieser Abkürzung wurde sein erstes Werk „Die Kindheit“ 1852 veröffentlicht – begründete die Verweigerung damit, daß seine Lebensarbeit nicht politischer Natur gewesen sei. Wenn er auch die Erhaltung des Friedens im Interesse der seelischen Vervollkommnung des Menschen so sehr wünsche und dieser Gedanke sein Wirken bestimmt habe, so könne er dafür eine Belohnung nicht in Empfang nehmen.

Lew Tolstoi starb am 20. November 1910. Rußlands größter Schriftsteller hatte Jasnaja Poljana zuvor heimlich verlassen und sich an einen unbekanntem Ort zurückgezogen. Mit dem Abschiedsbrief an seine Familie endet jene Periode, in der er sich nach seinen beiden großen Romanen „Krieg und Frieden“ (1863–1869) und „Anna Karenina“ (1875/77 stärker und stärker im seelischen Kontakt mit den Problemen seiner Zeit ohne geistige Übereinstimmung befand: „Suchet mich nicht. Ich fühle das Bedürfnis, mich vom Lärm und der Unruhe des Lebens zurückzuziehen. Diese ewigen Besucher und Gäste, diese ewigen Bittsteller, diese Vertreter von Kinematographen und Gramphongesellschaften, welche mich in Jasnaja Poljana geradezu belagern, haben mein Leben vergiftet. Ich muß mich von dieser Unruhe erholen. Das ist für meine Seele wie für meinen sündigen Leib erforderlich, der schon 82 Jahre in diesem Jammerthal gelebt hat. Dreißig Jahre trug ich

die Lebenslüge des Luxus und der Bequemlichkeit. Nun bin ich dessen müde. In Armut will ich das unglückliche Leben abschließen“, schrieb er.

Der ehrliche und aufrechte Tolstoi besitzt in der Kulturwelt viele Freunde und Bewunde-



rer, aber auch Kritiker. Er selbst verteidigte sich gegen diese eindeutig und bestimmt. In einem Brief an S. A. Ratschinski vom 27. Februar (8. 2.) 1878 erklärte er nach dem Erscheinen der „Anna Karenina“ die spezifischen Qualitäten seines Werkes: „Ihre Beurteilung der Anna Karenina scheint mir unrichtig zu sein. Der Zusammenhalt des Aufbaus ist nicht auf die Fabel gegründet und nicht auf die Beziehungen (Bekanntschaften) der Personen, sondern auf den inneren Zusammenhang (...). Ich fürchte, Sie haben beim Lesen des Romans dessen Idee nicht bemerkt.“

Mit Erstaunen wird der Leser von „Krieg und Frieden“ feststellen, daß er bis zu den Irrwegen der oft schwer verständlichen Geschichte Deutschlands geführt wird. Zum Jahr 1806, als ein zahlenmäßig stark überlegenes preußisches Heer vor den Truppen Napoleons bei Jena und Auerstedt aufgab, schreibt Tolstoi, „daß die unbegreifliche Kapitulation ganzer Armeekorps ohne Kampf und starker Festungen ohne Belagerung die Deutschen geneigt machen muß, an die Genialität des Siegers zu glauben, die allein ihnen den Verlauf des Krieges in Deutschland erklärlich machen kann“. („Krieg und Frieden“, Bd. 2, Berlin 1947, S. 448) Die Geschichtslegende hat die Minister des preußischen Königs, die sich Napoleon entgegenstürzten, nicht

etwa, um ihn zu bekämpfen, sondern um ihm den Treueid zu leisten, für Wandbilder reif gemacht. Aber sie sollten als Dienstherrn des Mächtigen-Weltherrschers in die Historie eingehen. Als Tolstoi starb, berichteten die Telegrafagenturen: „Nun ist auch er dahingegangen, der alte Mann von Jasnaja Poljana, der einer der größten war unter den Erdenkindern: ein Weltlicher – und doch auch der typische Vertreter des russischen Volksgeistes.“

Eine der wenigen deutschen Rezensionen der Werke Tolstois war 1887 im sozialdemokratischen Berliner Volksblatt der Erzählung „Polikuschka“ gewidmet. In dem Artikel unter der Überschrift „Was ist Realismus?“ hieß es: „Tolstoi widmet den Armen sein Herz, sein Talent, seine Arbeit, denn er ist ein wahrhaft großer Dichter.“ Gelegenheit zur Begegnung mit Lew Tolstoi bieten dem interessierten Leser die wiederholt in der DDR aufgelegten Romane und Erzählungen, insbesondere die „Gesammelten Werke“ in 20 Bänden (1964–1978) des Verlags Rütten & Loening.

Manfred Wozniak, Erfurt

DVD-Angebote:

Anlässlich des Wiedererscheinens des Prozeßberichts von Klaus Steiniger war **Angela Davis** im Juni in der BRD zu Gast. Sie nahm auch am **ND-Pressfest** teil, wo sie und der Autor bei einer Freiluftveranstaltung auf der großen Bühne miteinander debattierten.

Am 4. Juli erhielten der seit 28 Jahren in der Todeszelle gefangengehaltene afroamerikanische Journalist Mumia Abu Jamal und Klaus Steiniger den **Preis für Solidarität und Menschenwürde** des BÜsGM.

Von beiden Veranstaltungen liegen DVD-Filmdokumentationen vor, die gegen eine Spende für den RF bei Sylvia Feldbinder (Tel. 030/4 43 92 76) oder per Mail sylvia.feldbinder@t-online.de erhältlich sind.

Redaktion und Verein gratulieren den Jubilaren des Monats Dezember.

Herzlich beglückwünschen wir **Hilde Lehmann** (17. 12.) aus Zschopau, **Christa Behn** (20. 12.) aus Ückermünde und **Edith Schmitt** (22. 12.) aus Berlin zur Vollendung des **80. Lebensjahres**.

Unser aufrichtiger Gruß gilt den neuen **75jährigen Günther Müller** (11. 12.) aus Jena, **Siegfried Voigt** (13. 12.) aus Berlin, dem Meister der Lüfte **Hans Beck** (18. 12.) aus Salzwedel und **Kurt Melzer** (25. 12.) aus Berlin.

In fester Verbundenheit übermitteln wir der jungen Garde der **60jährigen** unsere Gefühle kämpferischer Solidarität. Sie gelten **Michael Räthel** (6. 12.) aus Nersingen, **Vivian Metzger** (11. 12.) aus Berlin, **Hans-Peter Ziegler** (13. 12.) aus Stuttgart und **Ingrid Matwejew** (26. 12.) aus Berlin.

Auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats wünschen wir Gesundheit und Lebensmut.

Solo einer Nachtigall

Dresdner Theaterleben in schwerer Nachkriegszeit

Dresden wäre nicht Dresden, wenn es nicht verstanden hätte, auch ohne Opernhäuser und Konzertsäle Musik und Theater vom Feinsten aus dem Boden zu stampfen. Das Kurhaus Bühlaue oben am Rande der Heide war zum Opernhaus umfunktioniert worden. Wir saßen auf wackligen Gartenstühlen und genossen Musik und Gesang, von besten Kräften dargeboten.

Einige Namen sind mir noch in Erinnerung. Joseph Keilberth war unbestritten ein universales Musikgenie als Dirigent und musikalischer Leiter. 1947 löste ihn der ebenso gefeierte Heinz Bongarts ab. „Die Trötschel singt!“ – das allein war ein Grund, sich eine Opernkarte zu besorgen.

Christel Goltz' „Salome“ soll die beste aller Salomes gewesen sein. Bei „La Traviata“ erinnere ich mich einer Szene, in der die Akteure alle vorn an der Rampe saßen oder standen und wundervoll sangen, allen voran der Tenor Bernd Aldenhoff. Am meisten beeindruckte mich allerdings das Glitzerspiel seines Brillantringes. Funkelnde Sterne sandte der in den schabigen Zuschauerraum aus.

Das Ensemble spielte und sang in immer ausverkauftem Haus vor begeistertem Publikum. Quietschende Stühle, gelegentliches Tellerklappern aus der nahe gelegenen Küche und andere wenig opernfremde Geräusche schienen die Künstler gerade deshalb zu Höchstleistungen anzuspornen. Die beiden weltbekanntesten Orchester Philharmonie und Staatskapelle musizierten im Steinsaal des Hygienemuseums, nachdem ein von der Decke herabhängendes Mikrofon die Akustik den Verhältnissen entsprechend aufge bessert hatte. Der Raum war klein, die Kartenzahl demnach beschränkt. Einmal konnte ich mich ohne Billett durchmogeln und saß dann mit anderen auf den Treppenstufen, die zu einer Seitentür hinaufführten. Das Konzert ist mir gut in Erinnerung. Man spielte ein neu einstudiertes modernes Stück

mit einer besonders schwierigen Passage, die den Musikern und dem Dirigenten alles abverlangte. Von meinem Platz aus konnte ich die Konzentration in den Gesichtern der Mitwirkenden gut beobachten, auch die Entspannung durch die erlösend-harmonischen Schlußakte. Es war ein Konzert, das die Zuhörer zu stehenden Ovationen hinriß. Die Musiker sandten Kußhände in ihr Publikum, das sich daraufhin am eigenen Beifall regelrecht berauschte.

Auch ohne eine Kennerin der Musik zu sein, lasse ich mich gern von ihr verzaubern. Bei den schauspielerischen Darbietungen habe ich allerdings kaum ein Stück ausgelassen.

Gleich nach dem Krieg mußten zunächst das Operntheater in der Vorstadt Leuben und die Tonhalle in der Glacisstraße das zerstörte Schauspielhaus neben dem Zwinger ersetzen. In der Tonhalle eröffnete die Theaterstadt Dresden bereits im Juli 1945 die erste Saison im Frieden mit dem beziehungsreichen Stück „Nathan der Weise“, das wie kein anderes in diese schwere, aber hoffnungsvolle Zeit paßte.

Als das alte Schauspielhaus in den 60er Jahren als Großes Haus seine Pforten wieder öffnete, wurde die Tonhalle in Kleines Haus umbenannt. Die Dresdner waren mit ihren Schauspielern verbunden wie kaum die Menschen in einer anderen Stadt. Einige Namen sind mir noch in Erinnerung: Amalie Dittrich, die Altmeisterin, Traute Richter, Hermann Stövesand, Erich Ponto, Marita Böhme als Eliza und Peter Herden als Higgins in dem Paradedstück My Fair Lady, das mehr als hundertmal über die Bühne ging. Horst Schulze war das unumstrittene Idol der Dresdner, in seiner Art unverwechselbar. Durch eine Krankheit hatte er die Haare verloren, was sich unter den Theaterfreunden schnell herum sprach. Als er das erste Mal wieder mit einem wunderhübschen Lockenkopf auf der Bühne stand, gab es bereits dafür freundliches Schmunzeln und

Händeklatschen als ein Zeichen der Vertrautheit seiner Fans mit ihrem Schwarm. Später ging er nach Berlin zum Film und wurde dort ein international bekannter Darsteller. Ein Musikerlebnis ganz besonderer Art dürfte wohl einmalig gewesen sein. Bongarts dirigierte „Stücke von Mozart“. Die Luft war warm und düfteschwer. Es herrschte Stille, wie geschaffen für Mozartsche Musik unter freiem Himmel. In einer Pause zwischen zwei Stücken begann auf einmal eine Nachtigall zu singen. Bongarts ließ den Taktstock sinken, die Musiker setzten ihre Instrumente ab, wir Zuhörer verharrten in Atemlosigkeit, bis der kleine stimmungswaltige Vogel mit einem Triller davonflog. Dann erst setzte die menschliche Musik wieder ein.

Auf dem Heimweg hatte ich in der Straßbahn gerade noch vorn auf dem Trittbrett Platz gefunden, an den Bauch eines Mannes gepreßt, der eine Stufe höher drin im Wagen stand. Ich schielte zu ihm hoch. Es war Bongarts, der sich mit einem Musiker über die „Vogelsinfonie“ unterhielt. Es blitzte, donnerte und goß in Strömen. Unser kleiner Sänger, der Hunderte von Menschen und ein berühmtes Orchester verzaubert hatte, wird sich wohl in sein warmes Nest gekuschelt haben.

Leider ging meine Zeit als Bauhilfsarbeiterin beim Entrümmern des Dresdner Zwingers, über die ich im September-RF berichten durfte, nach einem Jahr zu Ende. Ich hatte mich wie viele andere mit dem Hepatitis-Virus angesteckt, wurde krank geschrieben und kurierte das Leiden unter der Pflege meiner Lieben daheim aus. Maria hatte unterdessen in der Zeitung eine Annonce entdeckt: Krankenhaus Neustadt/Sachsen sucht dringend Medizinisch-Technische Assistentin. Sie sagte in meinem Namen zu, und so kam es, daß ich am 2. Mai 1949, noch ganz gelb im Gesicht, nach Neustadt fuhr, um meine neue Arbeitsstelle anzutreten.

Renate Teller, Worpsswede

Aus Helles Anekdotenkiste

Kammbblasen oder Flötentöne?

In der Reihe der DDR-Volksbildungsminister – von Paul Wandel bis Margot Honecker – stand Ende der 50er Jahre auch Fritz Lange. Bei seinen Mitarbeitern galt er als etwas rauhbeinig, bisweilen auch skurril. Als der gestandene Antifaschist einmal zu den Kollegen in der Lehrerbildung sprach, gab er ihnen die „Empfehlung“, jeder Lehrer müsse dazu in der Lage sein, auf einem Kamm zu blasen, um so den Schülern eine Melodie vorzugeben. Dieser etwas merkwürdige Rat schlag hing ihm eine ganze Weile an ... Eines Morgens meldete mir eine Studentin des Instituts für Lehrerbildung Kyritz, dessen

Leiter ich zu jener Zeit war, ganz aufgeregt, am vergangenen Nachmittag sei ein Mann durch die Seminarräume gegangen, der sich als Minister für Volksbildung ausgewiesen habe. Er zeigte sich – wie die junge Frau weiter berichtete – recht angetan von dem, was er dort sah und hörte: Buchstäblich überall wurde musiziert.

Das erklärte sich so: Zu meinem Kollegium gehörte damals ein sehr aktiver Musiklehrer, der an jenem Nachmittag tatsächlich in allen verfügbaren Seminarräumen die Lehrerstudenten mit ihren Instrumenten üben ließ. So traf der unerwartete Besucher aus Berlin hier

eine Klavierspielerin an, dort eine Mandolinengruppe, anderswo Flötisten und Akkordeonspieler und schließlich den Musiklehrer selbst, der gerade mit seinen Bläsern übte. Als sich Fritz Lange verabschiedete, soll er vor sich hin gemurmelt haben: „Ein richtiges Musikinstrument zu beherrschen ist für einen angehenden Unterstufen-Lehrer wohl doch besser, als nur auf dem Kamm blasen zu können.“ Meine Informantin fragte mich, was der Minister damit wohl gemeint haben könnte ...

Ich wußte die Antwort, schmunzelte aber nur in mich hinein.

Helmuth Hellge

Ausdruck wahrer Befreiung

Als Jurij Winar im August 1945 vor begeisterten Bautzenern ein sowjetisch-sorbisches Freundschaftskonzert dirigierte

Einer meiner guten Freunde, der kürzlich seinen Einhundertsten gefeiert hätte, läge er nicht schon einige Jahre auf dem Bautzener Proitschenbergfriedhof, war ein berühmter und wohl auch international bekannter sorbischer Komponist. Und er war ein sehr volksverbundener, streitbarer Kommunist. Jurij Winar gehörte zu den ersten Nationalpreisträgern der DDR. Einer, der sich nicht unterordnete, sondern engagierte und auch manche sonst verschlossenen Türen in Berlin zu öffnen verstand.

Den Nazis war der Radiborer Junge – ein Lehrer und Chorleiter, der das Liedgut seines sorbischen Volkes mit einfachen Menschen in deren Muttersprache zum Erklingen brachte – natürlich ein Dorn im Auge. So verwies er ihn der Heimat. Schließlich sollten alles Sorbische und in erster Linie die geistige Elite der Sorben ausgerottet werden.

Die zunächst vorübergehende Niederwerfung der Faschisten durch sowjetische und polnische Soldaten, vor denen die Einwohner Radibors, da sie ihre slawischen Brüder sehnlichst erwartet hatten, nicht geflohen waren, im April 1945 bleibt unvergessen. Die endgültige Befreiung erfolgte erst, als die inzwischen in Richtung Berlin weitergezogene Rote Armee erneut sorbische Erde betrat. Die Radiborer waren geflüchtet, als Hitlers Truppen zeitweilig

das Gebiet wieder in Besitz genommen hatten, um mit den sowjetisch-polnischen Einheiten zurückzukehren.

Der sorbische Lehrer Jurij Winar war einer der ersten, die in Radibor für die Normalisierung des Lebens sorgten. Dazu gehörte es, seine Freunde, Bekannten und Kirchgemeindemitglieder zusammenzuführen, um gemeinsam jene Lieder anzustimmen, welche man ihnen in der Nazizeit verboten hatte. Kein Wunder, daß der Musiker, Chorleiter, Komponist und Poet damals eine Vielzahl von Liedern schrieb, die wir alle voller Begeisterung sangen, weil sie zukunftsorientiert und optimistisch waren.

Auch die Männer und Frauen in der Uniform der Roten Armee waren auf Jurij Winar aufmerksam geworden. Zunächst baten sie ihn um Deutschunterricht. Diese Aufgabe erfüllte er nicht nur gern, sondern auch mit Akribie. Dabei kam das Musikalische nicht zu kurz. Die sowjetischen Genossen trugen ihm an, zur Wiederbelebung der sorbischen Öffentlichkeitskultur und als Ausdruck echter Befreiung einen Höhepunkt zu schaffen. Es folgten Proben, wobei die geringen Sprachbarrieren schnell überwunden, Texte gelernt, mit dem Dirigenten, Organisator, künstlerischen und technischen Leiter Jurij Winar und untereinander Freundschaften geschlossen wurden.

Als dann am 12. August 1945 – ein Vierteljahr nach der bedingungslosen Kapitulation der Hitlerfaschisten –, während alles noch in Schutt und Asche lag, sorbische Chöre aus Radibor und Bautzen sowie der Chor sowjetischer Offiziere gemeinsam ein Konzert unter Leitung Jurij Winars boten, war die Begeisterung im Saal unvorstellbar.

Dieses historische Konzert war mit dem Namen Jurij Winar verbunden, zugleich aber auch Ausdruck der sich entwickelnden Freundschaft zwischen sorbischen, deutschen und sowjetischen Menschen. Nicht mehr nachzuvollziehen ist, aus welchen heutigen Republiken die damaligen Rotarmisten stammten, die u. a. auch die sorbische Hymne erklingen ließen.

Das Bautzener Musikereignis war keinem Zufall geschuldet und stellte auch keine Kuriosität dar. Es fußte auf einer geschichtlichen Befreiungstat und war deren unvergeßliche Nuance.

Es wäre nicht schlecht, würden sich mehr Menschen daran erinnern oder sich davon erzählen lassen, wer uns damals unter enormen Opfern vom Faschismus befreite, uns die ersten Schritte in eine antifaschistisch-demokratische Ordnung ebnete und damit den Grundstein für vier glückliche Jahrzehnte in Frieden und sozialer Geborgenheit legte.

Helge Tietze, Bautzen

Vor fünf Jahren starb das Erzählertalent Harry Thürk

Am 24. November jährte sich zum fünften Mal der Todestag Harry Thürks. Der begnadete Schriftsteller aus der DDR starb in einem Weimarer Krankenhaus. Vielleicht war es eine Erlösung für ihn, der zuletzt so lange an das Bett gefesselt hatte leben müssen. Aber darüber sollte man nicht spekulieren.

Harry Thürks literarische Gestalten werden in den Gedanken seiner großen Leserschaft weiterleben und noch lange an ihn erinnern. Meister einer rauen, faszinierenden und volksnahen Poesie, war Harry Thürk nie ein Mann des polierten Wortes, weit eher ein die Wahrheit auskundschaftender und suchender großer Erzähler. Seine über 60 Buchtitel, deren literarische Palette vom Roman bis zur militärhistorischen Dokumentation reichte, erschienen insgesamt in Millionenauflagen. Sie zeugten von einer ungeheuren Schaffenskraft und einem seltenen Erzählertalent. Harry Thürk

hatte sich noch so vieles vorgenommen. Als ihn eine schwere Krankheit – Spätfolge der unmenschlichen US-Giftangriffe auf das Volk Vietnams – niedergeworfen und ständig ans Bett gefesselt hatte, schrieb er noch immer.

Harry Thürk war Fotoreporter und Journalist, bevor er seine Leidenschaft fürs Geschichtenerzählen entdeckte. Er sei einer, der notiere, was ihm auffalle, und einer, der gerne nachfrage, sagte der Autor einmal über sich selbst.

Seine Leser schätzten gerade das an ihm, auch wenn sein Name in „West“-Literaturlexika nicht zu finden ist. Wie sollte er auch, kam Harry Thürk doch nicht nur als DDR-Schriftsteller aus dem Osten, sondern widerstand auch den Stürmen der Zeit, die andere davonwehten. Erst in Zukunft wird sein Schaffen eine gerechte Würdigung erfahren.

H. E. Ziegenbalg, Riesa-Weida



Weihnachten in Palästina.
„Nein, ich kann Euch kein Wasser geben – die Israelis haben es uns schon seit sechs Monaten gesperrt!“

Zeichnung von Matiz in „Solidaire“, Brüssel

„Sprachzuchtmeister“ Hansgeorg Stengel

Ein ausgefuchster Wortspieler, der messerscharf zu pointieren wußte

Hansgeorg Stengel wurde am 30. Juli 1922 im thüringischen Greiz geboren. Nach dem Abitur zog man ihn 1941 zur faschistischen Wehrmacht ein. Ab 1945 war er fast ein Jahrzehnt Redakteur des „Eulenspiegels“, in dem er sich immer wieder zu Wort meldete. Bereits 1950 debütierte Stengel mit seinem Gedichtband „Mit Schrubber und Besen“ im Thüringer Volksverlag Weimar. Diesem folgten in kurzen Abständen seine rund 40 Bücher mit Gedichten, Erzählungen, Feuilletons, Reiseberichten und Epigrammen. Der Meister des Wortes und des Witzes verstand es über fünf Jahrzehnte, den Freunden der Satire Lese- und Hörfreuden zu bereiten. Variantenreich wußte er seinen Namen als Titelmetapher zu nutzen. Dafür stehen seine stets schnell vergriffenen Bücher: „Mit Stengelszungen“, „Der rettende Stengel“, „Die feine stenglische Art“, „Der Unschuldstengel“, „Mit Stengelsgeduld“, „Stengelsextrakt“, „Stenglisch for you“ oder „Stenglisch Waltz“. Seine handlichen Vierzeilerbändchen aus dem Eulenspiegel-Verlag erfreuten sich großer Beliebtheit. In einem Gespräch bekannte der Schriftsteller: „Mein Hobby ist die Sprache, ich bin im Grunde ein verhinderter Philologe.“ Hinter dem ausgefuchsten Wortspieler verbarg sich indes stets der Satiriker und Humorist. Er spießte Wahrheiten mit spitzer Feder auf und wußte vieles mit Lust am produktiven Sprachspiel auf den Punkt zu bringen. Seine Verse waren stets ein Genuß, da er sie treffsicher zuzuspitzen vermochte. Stengel blödelte in irdischen Niederungen und auf intellektueller Höhe. Poetisch gab er Denkanstöße mit brillanten Pointen. Auch seine vergnüglichen Reiseberichte „Seegang, Satan, Sansibar“ und „Als ich mal in Japan war“ versprühten Humor der ihm eigenen Art. Das letztgenannte Buch war gleichsam der literarische Extrakt zweier Schiffsreisen, die der Autor 1971 unternahm. Beide Reisebücher erschienen später im „Doppelpack“. Weiterhin fanden „Gelichter und Gelächter“, „Frühling, Sommer, Herz und Kinder“ oder der Sammelband „Epigramme und Gedichte“ schnell ihre Leser. Hansgeorg Stengel fühlte sich Erich Kästner verwandt, der meinte, der Satiriker sei eine Art Schulmeister. 1975 bekannte Stengel in einem Interview: „Ich möchte das Kabarettistische, das elementar Komische in der Sprache wieder bewußtmachen. Sprache als Rohstoff ist mein Terrain, meine Liebe und meine Leidenschaft.“ 1984 legte der Autor „Ein Pendelbuch für Rechts- und Linksläser“ unter dem Titel „Annasusanna“ vor.

Der hoch talentierte Satiriker jonglierte meisterhaft mit der Sprache und ver-

Das schlägt dem Faß die Krone aus

Wo man hobelt, kräht kein Hahn,
grober Klotz ist halb gewonnen.
Was sich neckt, ist alt getan,
wie gebettet, so zerronnen.

Blindes Huhn sieht mehr als zwei,
steter Tropfen kommt von oben,
Aug um Aug verdirbt den Brei,
Ende gut ist aufgeschoben.

Gottes Mühlen beißen nicht,
keine Rose hat zwei Seiten,
wenn sie auch die Wahrheit spricht.
Guter Rat krümmt sich beizeiten.

Frisch gewagt, fällt selbst hinein,
unrecht Gut will Weile haben.
Morgenstunde höhlt den Stein,
wer zuletzt lacht, liegt begraben.

Hansgeorg Stengel

mochte mit einer einzigen Formulierung Wirkungen zu erreichen, zu denen andere Autoren ganze Seiten benötigten. Er erhellte manches Zwielfichtige, vermittelte Lebensweisheit und attackierte Bekämpfungswertes mit funkelnden Geistesblitzen, aber stets ohne erhobenen Zeigefinger. Seit 1973 trat Stengel jährlich in etwa 300 Veranstaltungen als „nomadisierender Solokabarettist“ auf.

Plaudernd und unterhaltsam begeisterte der verschmitzte Moralist seine Zuhörer von der Ostsee bis zum Erzgebirge. Die zahlreichen Stengel-Fans füllten die Säle, da er nicht nur zum Lächeln bewegte, sondern auch unliebsame Wahrheiten aussprach. Das brachte ihm bisweilen Ärger ein. Sein Anliegen war es, mit kurzen Wortspielen Pointen zu setzen, um Zustände zu erhellen, Umstände zu verdeutlichen und menschliche Schwächen zu parodieren.

Stengel legte 1993 den fröhlichen Reiseführer „Thüringen“ vor, den Ralf Alex Fichtner mit Zeichnungen bereicherte. Im gleichen Jahr brachte er gemeinsam mit dem Illustrator Hans-Eberhardt Ernst den „Super-Struwelpeter“ heraus. 1994 folgte „Max und Moritz, die zwei Bengel – frei nach Busch, gezeichnet von Ernst und gereimt von Stengel“. Der 1996 im

Eulenspiegel Verlag von Werner Sellhorn herausgegebene „Dicke Stengel“ mit Illustrationen von Hans-Eberhardt Ernst erfuhr mehrere Auflagen. „Allerhand Sprachwursteleien“ (Untertitel bot der Schriftsteller unter dem Titel „Wortadella“ (1997) mit Illustrationen von Rolf F. Müller an. In dem Buch „Stengels großer Rätselspaß“ (1998) gaben sich Hansgeorg Stengel und Manfred Bofinger als mit allen Wassern gewaschene Rätsel-freunde zu erkennen. Anlässlich seines 80. Geburtstages erschienen 2002 Stengels sämtliche Gedichte unter dem Titel „Dicht an dicht“. Der Autor erteilte auch Sprachunterricht in 33 Lektionen auf der CD „Wer lernt mir Deutsch?“ (2005), die Klaus Feldmann besprach.

Stengel bereicherte mit seinen „Wortwitzwerken“ mehr als fünfzig Jahre die humoristisch-satirische Literatur und war geradezu eine „Instanz für Ironie und deren tiefere Bedeutung“. Wie nebenbei prägte er als „Sprachzuchtmeister“ das Bewußtsein für eine lebendige Ausdrucksweise. Sein Kollege Lothar Kusche sah die Ursachen für die außergewöhnliche Resonanz der Stengelschen Kurzprosa in deren „ironischer, dabei meist freundlicher und niemals zynischer Art der Weltbetrachtung ...“

Hansgeorg Stengel starb am 30. Juli 2003 – dem Abend seines 81. Geburtstages – nach langer Krankheit.

Dieter Fechner



Zeichnung von Renatus Schulz

Bärbel Wachholz, eine Botschafterin der heiteren Muse

Die allzu früh verstorbene Schlagersängerin Bärbel Wachholz war nicht nur eine charmante Frau und populäre Unterhaltungskünstlerin, sondern verkörperte auch in diesem Genre ihr Land – die DDR – auf eindrucksvolle Weise. Apothekerin hatte sie werden wollen, begann aber ihre dann steile Karriere statt dessen in einem Fotolabor. Doch es war die Musik, die sie schon bald zu großer Form auflaufen ließ. Bereits im Schulchor hatte Bärbel sich zu profilieren begonnen und sogar einen Preis im Einzelgesang erhalten. Erstmals trat sie dann bei der 700-Jahr-Feier ihrer Heimatstadt Eberswalde in einer kleinen Rolle öffentlich auf und wurde vom Fleck weg als Solistin eines bekannten Tanzorchesters engagiert. Zugleich

betrieb sie gründliche Studien der Musik. Auf erste Titel, die sich mit ihrem Namen



verbunden, folgten rasch Wachholz-Platten, welche reißenden Absatz fanden. Sie

verliehen der inzwischen republikweit bekannten und mit ihrem Zunftkollegen Armin Kämpf verheirateten Künstlerin zusätzlich Renommé. Bald reiste Bärbel Wachholz nach Frankreich, in die Niederlande und nach Syrien, wo sie ein Scheich allen Ernstes gegen 300 Kamele eintauschen wollte. Beim Internationalen Schlagerfestival in der polnischen Küstenstadt Sopot errang sie unter 21 Teilnehmerinnen den 3. Platz. Zahlreiche Gastspiele in den damals sozialistischen Ländern Ost- und Südosteuropas sicherten ihr auch dort eine begeisterte Anhängerschaft. Die DDR verlieh ihrer Botschafterin der heiteren Muse, die bei allem Glanz und Rampenlicht anmutig und natürlich geblieben war, den Kunstpreis. **RF**

Als Louis Armstrong in der DDR gastierte

Manchmal möchte man schon früher gelebt haben, zum Beispiel, wenn man das Buch von Stephan Schulz „What a Wonderful World“ in Händen hält. Irgendwie hat es der Ostdeutsche schon immer gewußt, aber dann doch wieder vergessen, daß der große und wunderbare Louis Armstrong in der DDR gastierte. Gerne wären Jazzfans der heutigen Zeit dabei gewesen, auch wenn man nach Karten anstehen mußte und vielleicht seinen kleinen Lehrlingslohn über den Tisch der Vorverkaufskasse hätte schieben müssen. Heute sind Konzertbillets um vieles teurer und die Künstler dennoch nicht immer gut aufgelegt. Bei Louis Armstrong konnte der Zuschauer indes sicher sein, daß er etwas Unvergessliches, etwas Einmaliges erleben würde. – Der Bericht ist wie ein guter Tatsachenroman angelegt. Damit dem jazzbegeisterten Leser nichts vorenthalten bleibt, recherchierte Stephan Schulz mehr als zwei Jahre in Archiven, befragte etliche Zeitzeugen und interviewte Musiker. Seltene Fotos und Dokumente lassen das Buch für den Armstrong-Liebhaber im besonderen und für den Jazz-Fan im allgemeinen ein unverzichtbares Stück Literatur werden. So wird jedes Konzert vom ersten Anstehen nach Eintrittskarten bis zum letzten Ton erläutert. Auch die Aktionen davor und danach sind gründlich dargestellt, und sogar Mythen wie Legenden geht der Autor nach.

Es stimmt, daß der Musiker gemeinsam mit seinem Troß und dem Begleiter Karl-Heinz Drechsel in Genthin eine Pause einlegte, um sich die Beine zu vertreten. Am Ende gab es sogar ein Bier, Bockwurst und Autogramme für die restlos begeistertesten Verehrer. Aber ob Armstrong auch in Pärchen war, weiß

keiner mehr so genau. Else Lücke schwört alle Eide dieser Welt, sie habe den Meister der Trompete in ihrem Ort mit eigenen Augen gesehen, als er dort Wasser für sein Auto brauchte: „Er is uff uns zu mit 'nem verbeulten Pott unterm Arm. Water für sein Auto wollt'a haben.“ Und ein Butterbrot von ihr habe es noch dazugegeben. Stephan Schulz meint allerdings, dieser Zwischenfall könne sich so nicht zugetragen haben, da der berühmte Musiker niemals allein unterwegs gewesen sei, sondern immer mit seiner Frau Lucille und mindestens einem Betreuer von der Künstleragentur der DDR im Schlepptau. Leider gibt es keine Zeitzeugen aus Pärchen, die von Armstrong einen Kaugummi oder eine Signatur bekamen. Die Geschichte ist offenbar schön erfunden, und Else Lücke mag ruhig weiter an ihrer Legende stricken.

In diesem Buch erfährt man auch alles zu den großartigen und immer ausverkauften Armstrong-Konzerten in Leipzig, Magdeburg, Berlin und Erfurt. In Schwerin mußte ein Auftritt leider abgesagt werden. Der dortige Bezirksdirektor der Konzert- und Gastspielführung soll dringend um einen Konzerttag in der Stadt gebeten haben. Da aber Schwerin nie eine Jazz-Hochburg war und die Werbung überdies nicht gerade brillant gewesen sein soll, endete das Ganze mit einer Blamage. Doch auch ein Konzert von Klaus Lenz – dem bekanntesten Jazzmusiker der DDR – und vielen seiner prominenten Mitstreiter war dort im September 2010 nur mäßig besucht.

Begebenheiten des Schweinshaxenessers Louis Armstrong mit Werner Josh Sellhorn, Karl-Heinz Drechsel, dem Blumenmädchen Gabriele Malue und einigen mehr sind humorvoll dargestellt. Abgerundet

wird der amüsante Text durch ein Interview mit dem seinerzeitigen Kulturminister Hans Bentzien und der Vorstellung aller beteiligten Musiker. „What a Wonderful World“ ist ein tolles und erhellendes Buch über den größten Jazzler aller Zeiten, als dieser durch die DDR tourte.

Wer eines der Konzerte selbst erlebte oder Armstrong ganz zufällig getroffen hat, sollte einen Leserbrief an den RF schicken, denn auch das ist gelebte Zeitgeschichte.

Thomas Behlert, Gotha

Stephan Schulz, What a Wonderful World. Als Louis Armstrong durch den Osten tourte. Verlag Neues Leben, Berlin 2010, 256 S., 14,95 €

Besonders herzlich grüßen wir unseren seit vielen Jahren bewährten Mitstreiter **Wolfgang Naundorf**, der am 2. Dezember 75 Jahre alt wird. Als stellvertretender Vorsitzender der RF-Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau-Plauen hat er großen Anteil am erfolgreichen Wachstum der „RotFuchs“-Familie in dieser Region.

Herzliche Glückwünsche gehen an **Klaus Baunack**, Mitglied des Vorstandes der RF-Regionalgruppe Berlin, der am 2. Dezember seinen 75. Geburtstag begeht, und an **Bernd Gutte** aus Görlitz, der am 26. Dezember 65 Jahre alt wird. Beide Genossen haben sich als Autoren aktiv und ideenreich um unsere Zeitschrift verdient gemacht.

Archie und die Pharisäer

Als es Archie in ein langegezogenes Straßendorf der Oberlausitz verschlug, erlebte er, was Faustrecht bedeutet. Der Stärkere nahm dem Schwächeren das Wenige weg, was dieser gerade ergattert hatte, und wenn es nur eine Wasserrübe war. Einmal kam er mit einem kleinen Sack voll gestoppelter Kartoffeln vom Felde, als er an Mimik und Körpersprache einiger junger Burschen, die ihm entgegenkamen, sofort bemerkte, daß sie ihm die Knollen abnehmen wollten. Er stellte den Beutel auf die Erde und warf mit den mühsam zusammengeklauten Kartoffeln nach ihnen, als sie bedrohlich näherrückten. Dann verteidigte er sich mit der Hacke. Bloß nicht klein beigegeben, wenn man schon mit leeren Händen nach Hause kommt, schoß es ihm durch den Kopf. Dieser Gedanke befeuerte seine Wut. Es gelang ihm, die halbwüchsigen Rowdys in die Flucht zu schlagen. Archie hielt erst inne, als eine Frau aus dem Fenster des gegenüberliegenden Hauses zu zetern begann: „Diese Polacken, diese Habenichtse sollen doch abhauen, stopeln uns noch die letzten Abern weg.“ Sie sagte tatsächlich Abern.

Neben Archie stieg plötzlich ein alter Mann von seinem klapprigen Fahrrad. Mit der Landsermütze sah er wie ein Volkssturmmann aus. „Hör nicht auf die alte Nazi-Tante, die hat ja einen Sprung in der Schüssel“, sagte er. „Früher warf sie mit Steinen nach Fremdarbeitern und erhielt dafür noch Beifall. In diesem Dorf sind alle Pharisäer.“ Der Alte sammelte ein paar Kartoffeln von der Straße auf, gab sie Archie zusammen mit zwei Äpfeln, die er aus einer zerschlissenen Aktentasche hervorkramte. „Laß dich doch mal bei uns im Niederdorf sehen, in der ‚Tanne‘ wollen wir ein neues Kino aufmachen“, ermunterte er Archie. Dieser bedankte sich und versprach sein Kommen.

„Pharisäer sind selbstgerechte und engstirnige Menschen, die sich über den Splitter im Auge der anderen erregen, wobei sie den Balken im eigenen Auge nicht sehen wollen“, erklärte ihm daheim die Mutter. Sie liebte blumige Vergleiche, erfand manchmal auch selbst welche. Archie hatte sie danach gefragt, was eigentlich Pharisäer seien. Er sollte mit diesem Wort dann im Konfirmandenunterricht noch des öfteren zu tun haben. Zu dieser Unterweisung kam er wie ein Blinder zur Farbe. Sie waren als Flüchtlinge gegen den Willen der Eigentümerin im Haus einer bigotten Witwe einquartiert worden, die sie als Gottlose betrachtete und mit Verachtung strafte. Die Mutter weinte deswegen hin und wieder. Also ging Archie zum Pfarrer in den Unterricht und wurde wider Erwarten dessen Lieblingszögling, weil er die Palmsonntage, die Propheten und die Jünger Jesu lückenlos aufsagen konnte. Der Pfarrer war ein salbadernder älterer, eitler

Typ, der mit sanfter Stimme sprach, aber mit gepflegter harter Hand zu ohrfeigen wußte. Er schlug die Schüler, weil sie faul und vergeßlich seien, obwohl sein eige-



Ein Wolf im Schafspelz will in fremde Hürden einbrechen. Der als Präsidentschaftskandidat verkleidete deutsche McCarthy namens Joachim Gauck bei der PDL-Fraktion

nes Gedächtnis äußerst lückenhaft war. Seine Haushälterin mußte ihm immer die Tasche hinterhertragen, was sie gern tat, weil sie ihn offenbar liebte. Der Pfarrer mochte uns nicht, bleute uns aber das Evangelium ein. Mit allen Mitteln wurden wir zur Gottesfurcht erzogen. Archie hielt den Prediger für einen Pharisäer und sagte ihm ins Gesicht, daß man durch Ohrfeigen nur Angst erzeuge, mit Gott habe das überhaupt nichts zu tun. Dafür erhielt er eine Extraportion. Der Unterricht hatte Archie indes nicht geschadet, weil die dort erworbenen Kenntnisse später sein Verständnis für mittelalterliche Kunst förderten.

An die Jugendjahre auf dem Dorf erinnerten Archie dann die Berichte der Medien über prügelnende Priester und einen Pfarrer, der wegen seiner ebenso scheinheiligen wie bedeutungsüberladenen Sprüche, vor allem aber aufgrund seiner finsternen Gesinnung beinahe zum Bundespräsidenten gewählt worden wäre. Beim Namen dieses Mannes drängt sich Archie ständig das Wort Pharisäertum auf. Was für ein engstirniger und selbstgerechter Gottesmann muß jemand sein, der zu den Linken geht und sagt: „Ich will euch zwar die Beine wegziehen, ihr könnt mich aber vorher noch wählen, um zu beweisen, daß ihr endlich in der Gesellschaft dieser Bundesrepublik angekommen seid.“ Absurd und pharisäerhaft findet Archie auch die der Linkspartei von bürgerlicher

und sozialdemokratischer Seite ständig gestellte Gretchenfrage: Wie haltet ihr es mit der DDR?, deren negative Beantwortung inzwischen als Voraussetzung für jegliches Miteinanderreden oder Miteinanderregieren, zum Beispiel in Berlin und Brandenburg, gilt.

Archie hat da so seltsame Assoziationen. Er denkt ganz automatisch an die Hexenjäger des Mittelalters, die nach Überlieferungen zunächst mit lammfrommer und scheinheiliger Stimme auf die von ihnen Denunzierten, Observierten und angeblich vom Teufel Besessenen eingeredet haben, bevor sie ihnen die Daumenschrauben anlegten und ihre Opfer dann dem Scheiterhaufen übergaben.

Das Wort Pharisäertum fällt Archie auch bei all den heuchlerischen Debatten ein, die um Armut in der Welt, Kinder-Soldaten, grassierende Seuchen auf anderen Kontinenten, die Klimakatastrophe, die Krisen des Kapitals und das Abwälzen ihrer Folgen auf die einfachen, schlecht bezahlten, in Teilzeit arbeitenden Menschen oder Hartz-IV-Empfänger geführt werden. Man verkauft ein von den reichen Ländern dominiertes System, in dem es nur noch um Profit geht, als das Nonplus-ultra, während Afrika und Asien – von China und Japan einmal abgesehen – auf Almosen angewiesen bleiben.

Mit anderen Worten: Wo man hinsieht – Pharisäertum. Was für mein Nachkriegsdorf zutraf, von dem der alte Mann mit der Landsermütze – übrigens ein Antifaschist – sagte, alle seien Pharisäer, scheint im Kapitalismus ein globales Problem zu sein. Vielleicht tut man dem historischen Begriff damit sogar Unrecht, werden doch im Alten wie im Neuen Testament die Pharisäer früherer Zeiten wohl zu einseitig dargestellt.

Manfred Hocke

„Leistungsgesellschaft“

Manche Unternehmer
nicht träge brüsten sie sich
Träger der Leistungsgesellschaft
zu sein
statt Leistung Prinzip
auf Beschäftigtenkosten glanzreich
zu werden
statt Leistung Abfall
was sie an Menschenverachtung
produzieren
statt Leistung Anstieg
müllwertiger Profitgier
statt Leistung Fähigkeit
Sozialverbrechen legal zu begehen:
egal ist nach rechtsjustierter Justiz
Psychoterror durch Kündigung
Verarmungslohn

Jürgen Riedel, Minden

Leserbriefe an RotFuchs



Es ist 16 Jahre her, daß ich auf Einladung von Genossen nach Deutschland kam, um eine mehrteilige Artikelserie über die Situation fünf Jahre „nach dem Fall der Berliner Mauer“ zu schreiben. Meine Freunde haben damals so viele phantastische Interviews und Begegnungen in Potsdam, Frankfurt (Oder), Dresden und anderen Orten sowie in Berlin selbst für mich arrangiert, daß ich eine in den USA aufsehenerregende Serie schreiben konnte. Seit meinem Ausscheiden als Chefredakteur der „People's World“ – der Zeitung der KP der USA – betätige ich mich als Autor und gehöre weiterhin dem Redaktionskollegium an. Aus finanziellen Gründen mußten wir das Erscheinen unserer Print-Ausgabe einstellen und bringen statt dessen täglich die Internet-Website www.peoplesworld.org heraus. Besucht sie doch bitte einmal! Überdies werde ich die Frage eines Austauschs von Artikeln mit dem „RotFuchs“ bei uns aufwerfen.

Tim Wheeler, Baltimore

Ein Freund von „Weisheiten“ auf Kalenderblättern bin ich gerade nicht. Beim diesjährigen Blatt zum „Tag der Deutschen Einheit“ mache ich jedoch eine Ausnahme. Ich möchte den „RotFuchs“-Lesern nicht vorenthalten, wie der Text lautete: „Im Krieg ist die Wahrheit das erste Opfer.“ (Aischylos)

Hajo Jahn, Fangschleuse

Der Artikel im Oktober-RF „Außenpolitik oder Ausverkauf?“ hat mich sehr interessiert. Auch ich gehörte zu den Mitarbeitern des MfAA der DDR, die – in meinem Falle nach 20jähriger Tätigkeit als Sekretärin – knallhart „abgewickelt“ wurden. Ich war einige Jahre in Botschaften tätig, so in Kuba, wo meine Tochter geboren wurde, zuletzt in der Abteilung „Internationale Ökonomische Organisationen der UNO“. Wir waren ein tolles Kollektiv und hatten einen ausgezeichneten Leiter. 1990 zog dann Herr Meckel ins MfAA ein. Ich erinnere mich noch an die erste große Mitarbeiterversammlung im Foyer, als er mit seinem BRD-Berater von Braunmühl die Versammlung eröffnete. Ich stand damals neben meinem Parteisekretär und habe ihm leise zugeflüstert: „Wir sind doch so viele, warum verjagen wir die beiden nicht einfach?“ In meiner Abteilung arbeitete auch der Hundertschafts-Kommandeur der Kampfgruppe des MfAA. Als ich erfuhr, daß deren Angehörige ihre Waffen einfach abgeliefert hatten, konnte ich nicht verstehen, wie man die Macht so sang- und klanglos aus den Händen gab.

Meckel hat seinen Bruder sofort als Personalchef ins Ministerium geholt. Er empfing mich mit „Jesuslatschen“ und in salopper Kleidung zu einem Gespräch im ehemaligen Büro des stellvertretenden Außenministers Peter Florin, der 1987/88 Präsident der UNO-Vollversammlung gewesen war. Der Verlust meines Landes schmerzt mich noch heute. Ich träume davon, daß irgendwann „etwas Neues“ wie Phönix aus der Asche steigt. Der „RotFuchs“ trägt das Seine dazu bei. Dafür danke!

Bärbel Umlauf, Berlin

Ungern mache ich Komplimente, weil ich immer fürchte, die Grenze zur Schmeichelei zu überschreiten. Aber ich muß schon sagen, daß die Oktoberausgabe des RF für unsereinen sehr wohlthuend gewesen ist. Die derzeitige Infamie der Medien stellt wohl die Ouvertüre zum Kalten Krieg Nr. 2 dar. Was da an Lügen, Halbwahrheiten, Hetze und Verschlagenheit von Berufskriegern oder schleimigen Anpassern über den Äther gehaucht oder durch die Kabel gejagt wird, ist für den Endverbraucher am Bildschirm oder bei Printmedien kaum zu ertragen. Da braucht es

eine gesunde Psyche, aber auch viel Wissen, um die Wahrheit. Dabei hat sich der „RotFuchs“ sehr verdient gemacht und Lorbeer erworben. Der Leserbrief von Bernd Nantke hat mich besonders berührt. Wie oft habe ich als Zirkelleiter im FDJ-Studienjahr meiner Tochter erlebt, daß die jungen Leute frustriert und enttäuscht von den unzureichenden und zum Teil törichtigen Antworten mancher Stabü-Lehrer ankamen, mit einem Bauch voller Zorn; denn sie waren keine Gegner, hatten aber eine Menge Fragen. Nantke beschreibt eines unserer schrecklichen Defizite: Daß er eine Trennung der DDR-Geschichte der 50er/60er Jahre von den folgenden Jahrzehnten vornimmt, macht sehr nachdenklich ...

Ein Wort noch zum Beitrag über die Ente mit der „Judenkartei“. Ein Glück, daß in diesem Falle der Zentralrat der Juden in Deutschland geantwortet hat. Mir wurde eine solche Ehre nicht zuteil, als ich mich gegen die Lüge vom „verordneten Antifaschismus in der DDR“ wandte und die Frage stellte, wie die Überlebenden des Holocaust eigentlich die Berufung Globkes ins Bundeskanzleramt durch Adenauer verkräftet hätten.

Rudi Krause, Berlin

Mit dem Oktober-„RotFuchs“ haben dessen Leser erneut einen in diesen Tagen besonders notwendigen „Mutmacher“ erhalten. Der Leitartikel vor allem war es, der mir half, den „Jubiläumstag“ unserer Vereinnahmung zu überstehen, ohne Trübsal zu blasen: Die haßtriefende Anti-DDR-Kampagne unserer Feinde erweist sich in der Tat nicht als Triumphschrei vermeintlicher Sieger, sondern eher als ein Reflex, mit dem man in der Tierwelt sogenannte Angstbeißer bezeichnet. – Die Furcht vor dem anderen, hier also vor uns, löst ungezügelt Aggressionen aus. Uns aber bestärkt sie in der Zuversicht, daß unser Vorstoß nicht vergebens war, sondern in die Zukunft hineinwirken wird.

Dafür sprechen auch die zahlreichen Fakten über das, was DDR wirklich war, die in anderen Beiträgen dieses Heftes in Erinnerung gerufen werden. Kurzum: Ein Glück, daß es den „RotFuchs“ gibt!

Wolfgang Clausner, Schwerin

Nach dem Lesen der ehernen Leitartikel Klaus Steinigers, die dem „RotFuchs“ vorgespannt sind wie die Pflugschar, welche die erste Furche zieht, drängte es mich schon des öfteren zur Kommentierung. Der jüngste, der die „quicklebendige Tote“ namens DDR feiert, hält mich nun nicht länger zurück. Man muß des Trostes schon sehr bedürftig sein, um die Haßgesänge der gleichgeschalteten Medien als „wunderbare Melodie“ zu empfinden. Mich machen sie nur wütend und ob ihrer dreisten Lügenhaftigkeit manchmal auch sprachlos. Die DDR als „Gespenst aus der Gruft“ steigen zu sehen, macht mich gruseln. Trotz aller Beschwörungen des Autors: Die DDR ist tot! Ich selbst gedenke ihrer in Wehmut. Sie lebt bestenfalls in der Erinnerung vieler Menschen, durchaus auch in angenehmer, wie ein guter Freund, mit dem man vier Jahrzehnte lang gelebt und gekämpft hat. Unsere Erbschaft sind wichtige Erfahrungen, im Guten wie im Schlechten, die wir festhalten, aufschreiben und weitergeben sollten. (Der RF tut dies weitgehend.) Sie könnten uns vielleicht noch nützlich werden, wenn die Idee des Sozialismus, zumal die ja nicht mit der DDR gestorben ist, noch einmal die Massen ergreift. Es lebe der Sozialismus! Und um den ging es doch wohl in der DDR, nicht aber um die DDR an sich.

Heinz Ehrenfeld, Kmalives, Kreta

Für den Leitartikel in der Oktoberausgabe finde ich kaum Worte, denn er ist in Einheit mit dem Inhalt von solcher Sprachbrillanz, daß es seelisch wie geistig ein Hochgenuß war, ihn zu lesen. Probleme habe ich hingegen mit dem Extra-Beitrag von Dr. Horst Adam in derselben Ausgabe. Der Autor, der unsere Volksbildung zu Recht würdigt, macht es sich m. E. etwas zu leicht, wenn er ideologische Probleme auf Kosten des FDJ-Studienjahres zu

lösen sucht. Wie oft habe ich es erlebt, daß Schüler im Zirkel die Weltfremdheit des Staatsbürgerkunde- oder Geschichtsunterrichts bemängelten und sich nur um der Zensur willen zwiespältig an das anpaßten, was vom Lehrer gewünscht wurde. Das FDJ-Studienjahr konzipierten u. a. hervorragende Wissenschaftler wie Prof. Erich Hahn. Die Umsetzung bei der Schuljugend war allerdings Sache von FDJ und Volksbildung einschließlich der Patenbetriebe. Natürlich hätte man vieles besser machen können. Doch die FDJ konnte nur so gut sein, wie Schule, Elternhaus und Betrieb die Voraussetzungen dafür schufen.

E. Rasmus, Berlin

Die ostdeutsche Geschichte der letzten 20 Jahre hat bewiesen, daß Begriffe wie Vereinigung, Beitritt oder Anschluß nicht dazu taugen, das Wesen der am 3. Oktober 1990 eingetretenen gesellschaftlichen Veränderungen auf einstigem DDR-Gebiet zu erfassen. Es handelt sich vielmehr um den Rückfall in den Kapitalismus mit all seinen Gebrechen. Unter dem Deckmantel einer Scheindemokratie und angeblicher Freiheit fand eine grenzenlose Inbesitznahme der DDR durch das westdeutsche Kapital, dessen politische Handlanger und mediale Sprachrohre statt. Klaus Steiniger bringt es auf den Punkt, wenn er im Leitartikel des RF 153 schreibt: „Vor 20 Jahren wurde die Deutsche Demokratische Republik – das gute Deutschland – von der Konterrevolution zu Fall gebracht und der imperialistischen BRD – dem schlechten Deutschland – einverleibt.“

Günther Röska, Leipzig

Zu meinen Aktivitäten in den 80er Jahren gehörte die Schaffung eines Gesprächskreises von Theologen und marxistisch-leninistischen Philosophen, der durch Generalsuperintendent Dr. Günter Krusche und mich geleitet wurde. Dort entwickelte sich auch ein von gegenseitigem Vertrauen geprägtes Verhältnis zum Konsistorialpräsidenten Dr. Manfred Stolpe. In seinem Arbeitszimmer verständigten wir uns darüber, daß es in der DDR etwa eine Million wirkliche Marxisten und eine Million wirkliche Christen gäbe. (Ich war damals so naiv, dies zu glauben, mit Stolpe habe ich später nicht darüber gesprochen, ob es auch bei ihm Naivität war.) Wir gingen beide davon aus, daß dieses Potential für einen besseren Sozialismus wirksam gemacht werden müsse. Noch im Juni 1990 hat Stolpe im Hauptreferat einer wissenschaftlichen Konferenz zum Dialog von Marxisten und Christen diese im persönlichen Gespräch vertretene Auffassung wiederholt. Später kam es dann zu einer Entfremdung zwischen uns.

Am Rande bemerkt: Ich war Ohrenzeuge im Arbeitszimmer Stolpes, als er sich dafür einsetzte, daß der noch kurz zuvor von der Bonner Prominenz hofierte und jetzt gejagte Erich Honecker einen Ruhepunkt in Beelitz finden sollte, als ehemalige Genossen diesen todkranken Mann im Stich ließen.

Dr. sc. Fritz Welsch, Berlin

Als Bürger der Oberlausitz – aufgewachsen in Bischofswerda (Schiebock), wohnhaft in Bautzen – hat mich Manfred Hockes Artikel „Archie auf dem ‚Sächsischen Reiter‘“ im Oktober-RF durch seine stilistisch lebendige Darstellung sehr interessiert.

Wie Archie besuchte auch ich die Oberschule in Bischofswerda. Wie er erinnere ich mich an den „hohlwangigen alten Mann“ – den ersten nach 1945 eingesetzten Direktor der Oberschule, Dr. Paul Kegel.

Ergänzend zur Aussage, daß sich der „Sächsische Reiter“ in DDR-Zeiten zu einer florierenden HO-Gaststätte entwickelte, muß gesagt werden, daß sich dieses Kleinod sozialistischer Gastronomie seit Jahren in absolutem Verfall befindet. Beim Vorbeifahren erinnere ich mich immer wieder der dort von Kollektiven durchgeführten Kulturveranstaltungen, die bei Kollegen und Gästen großen Anklang fanden. **Manfred Reinsch, Bautzen**

„Man wird niemals eine Erneuerung der kommunistischen Weltbewegung ohne eine sehr schmerzhaft und schonungslose Selbstkritik zur Rolle der Kommunisten 1989/90 und zuvor erreichen können“, schrieb Marianne Hoffmann im RF 152. Das ist hundertprozentig auch meine Ansicht. Alles, was wir künftigen Generationen noch hinterlassen können, ist die Schilderung, wie es wirklich war. Einerseits gehört dazu die Widerlegung der unzähligen Lügen, mit denen der Klassenfeind und dessen Papageien alles Positive dieser 40 Jahre DDR zuzuschütten bemüht sind. Dabei spielt der RF eine Rolle, die man nicht hoch genug einschätzen kann.

Andererseits gehören zur Analyse aber auch Antworten auf die Fragen „Was haben wir falsch gemacht?“ und „Wie konnte es zu dieser historischen Katastrophe kommen?“ Es waren nicht nur Geringfügigkeiten, sondern gravierende Fehler, die begangen wurden. Niemand gesteht gern eigenes Versagen ein, aber für jene, welche im Herzen bis heute Sozialisten und DDR-Bürger geblieben sind, dürfte eine andere Hürde weitaus schwerer zu überwinden sein: Wenn man begangene Fehler heute offen ausspricht, bläst man dann nicht in das Horn jener, welche sich Tag für Tag darin überschlagen, den Sozialismus – vor allem die DDR – zu verunglimpfen? Das wäre doch aber das letzte, was man möchte.

Für mich kommt es in erster Linie auf das Motiv an. Kritisiere ich, um den Sozialismus und die DDR schlechtmachen, oder kritisiere ich, um ihm für die Zukunft einen Weg bahnen zu helfen? Wenn zwei das gleiche tun, ist das bekanntlich nicht dasselbe.

Ewa Babarnus, Berlin

Als treuer „RotFuchs“-Leser freue ich mich auf jede neue Ausgabe. In den meisten Zuschriften finde ich meine Meinung bestätigt, in anderen nicht. Dies muß nicht nur so sein, sondern ist auch gut so. Ich muß einverstanden bin ich mit dem Inhalt der wichtigen Serie „Abc des Marxismus“. Es wird ein gesellschaftspolitisches Wissen vorausgesetzt, das niemand, der gerade erst das Abc erlernen will, haben kann. Hier sollte lieber auf wissenschaftliche Brillanz zugunsten allgemeinverständlicher Erklärungen verzichtet werden. Alles andere stiftet Verwirrung. Es wird das Gegenteil von dem erreicht, was angestrebt wird.

Helmut Timm, Groß Nemerow

Bei der Lektüre unserer Zeitung verfolge ich mit großem Interesse die Beiträge zu Grundaussagen unserer Klassiker (z. B. Abc des Marxismus/Arbeit). Zugleich stelle ich fest, daß der Schwerpunkt der Veröffentlichung auf die Darstellung der historischen Wahrheit gerichtet ist. Das halte ich für dringend erforderlich. Ebenso notwendig ist es aber auch, den Blick in die Zukunft zu richten, zumal ich niemanden kenne, der sich mit der notwendigen Autorität aus marxistischer Sicht diesem Thema widmet. Jene, welche das könnten, werden immer älter – die Einschläge kommen näher.

Wer aber klärt die nachwachsende Generation aus kommunistischer Sicht auf? Wie ist der Kapitalismus zu überwinden? Welche Rolle spielen die chinesischen Genossen? Wie sieht der Sozialismus von Hugo Chávez aus? Wer ist die treibende revolutionäre Kraft unserer Zeit? Kurzum: Wie sehen Theorie und Praxis des antiimperialistischen Kampfes aus, wenn sich der Charakter der Arbeiterklasse sichtbar ändert? Was ist, wenn es keine Theorie mehr gibt, oder sie niemand mehr kennt? Die Diskussion über solche Fragen wäre ein Gewinn.

Peter Pöschmann, Döbeln

Entscheidend ist die Arbeitsproduktivität, das lehrte schon Lenin. Ich verstehe nach wie vor nicht, warum Kuba zumindest seine Landwirtschaft innerhalb von 20 Jahren nicht besser in Schwung bringen konnte. Ich habe mich einige Male vor Ort umgesehen. Früher war es der Hunger, der die Leute zur Arbeit zwang. Heute gibt es seit Jahrzehnten in Kuba eine Grundversorgung, für die sich niemand mehr anstrengt. Und jede soziale Errungenschaft wird bald vergessen, weil die allermeisten Menschen sie

nach wenigen Jahren als naturgegeben oder vom Himmel gefallen betrachten und darum nicht mehr verteidigen. War das nicht in der DDR ähnlich?

Die KP Kubas hat ja jetzt eine Kampagne eingeleitet, um wesentlich mehr Menschen auf dem Lande in Genossenschaften und Staatsgütern anzusetzeln, um mit dem bisher brachliegenden Arbeitskräftepotential die dringend benötigte Produktion von Nahrungsgütern und Rohstoffen anzukurbeln. In Kuba kann dreimal im Jahr die Ernte eingefahren werden. Mit natürlicher Fruchtfolge ist es möglich, die Ertragskraft der Äcker hochzuhalten, so daß sich Agrarchemikalien wie Dünger und Schädlingsbekämpfungsmittel minimieren lassen. Wir alle kennen die heroischen Taten der kubanischen Ärzte und Alphabetisierer – jetzt ist es an den Genossen der KP, den offenkundigen Schwächen energischer zu Leibe zu rücken. Wir wünschen ihnen allen Erfolg. Der Kampf geht weiter!

Jens-Torsten Bohlke, Leuven/Belgien

Unter der Losung „Für eine Welt des Friedens, der Solidarität und der sozialen Veränderungen, besiegen wir den Imperialismus!“ finden vom 13. bis 21. Dezember in Johannesburg, Südafrika die 17. Weltfestspiele der Jugend und Studenten statt. Veranstalter ist wiederum der WBDJ. Das Festival ist Nelson Mandela und Fidel Castro gewidmet. Zu seinen Forderungen gehören u. a. Verstaatlichung der Bergwerke in Südafrika, Befreiung der Westsahara von der marokkanischen Okkupation; schnelle Lösung der Dafur-Krise im Sudan; Ende der US-Blockade gegen Kuba.

Wenn Anfang 2011 im RF der Festivalbericht eines deutschen Teilnehmers erscheinen würde, empfände ich das als sehr erfreulich. **Josef Rehak, Berlin**

Ich hatte das große Lebensglück, auf dem Weg vom Maurer zum Lehrer an Marxschen Stätten lernen zu können: Als Germanistik-Student der Universität Jena, an der Marx in absentia promovierte, als Gasthörer an der Karl-Marx-Universität Leipzig und als Dozent an der Parteihochschule, die gleichfalls den Namen von Marx trug. Meine Diplomarbeit schrieb ich zur politischen Lyrik von Georg Weerth, der mit Marx freundschaftlich verbunden war. Engels bezeichnete ihn als den ersten sozialistischen Dichter.

Bis zum Ende meiner Lehrtätigkeit an DDR-Hochschulen unterrichtete ich ausländische Studenten, vor allem aus Ländern der Dritten Welt mit damals sozialistischer Orientierung. Aus nationalen Befreiungsbewegungen entwickelten sich Bruderparteien, deren Abgesandten wir die Marxsche Dialektik vermitteln, seinen Humanismus und Internationalismus. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß nicht alle Blühträume gereift sind und oft nur verlorene Illusionen zurückblieben.

Dr. Heinz Sonntag, Magdeburg

Heute möchte ich eine Menge Fragen stellen, auf die man als RF-Leser diese oder jene Antwort weiß, wobei ausführlichere und neue Gedanken dazu schon von Nutzen wären.

Warum gelten einige Hartz-IV-Bezieher als Betrüger – die Zumwinkeln und andere Steueremigranten nur als Sünder? Warum erfahre ich im 21. Jahrhundert der Klerus und das Adelspack wieder eine solche Akzeptanz? Warum wimmelt es – besonders bei Schwarz-gelb-rosa – im Bundestag nur so von Konzernanwältinnen? Wie lange will man Wahlen noch als demokratisch bezeichnen, wenn sich die Nichtwählerpartei ständig vergrößert? Erfährt der Kolonialismus eine Wiederbelebung in moderner Form?

Ich hätte noch so vieles auf Lager. Vielleicht dienen meine Fragen manchem RF-Leser als Anregung und veranlassen ihn zu eigenen Meinungsäußerungen.

Steffen Heimlich, Suhl

Die Leserbriefe von Dr. Lambrecht, Dr. Lotze und Walter Ruge bestätigen, daß Eric Hobsbawms Publikationen großes Interesse hervorrufen. Meine Koordinaten sind: Trotz der Niederlage von 1989/91

dauert die weltweite Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus an. Die Auseinandersetzung mit jenen bürgerlichen Auffassungen, die als Marxismus dargestellt werden, ist eine der Bedingungen für die Entwicklung einer revolutionären Arbeiterbewegung. Die Einbeziehung einiger reformistischer Ansichten Hobsbawms wird beim Ringen um die Bewältigung globaler Probleme möglich sein.

Dr. Ehrenfried Pöbneck, Dresden

In Walter Ruges Artikel „Rückkehr an die Curzon Line“ im September-RF gibt es zwei Sätze, die offensichtlich einen falschen Eindruck vermitteln. „...Die Rote Armee blieb damals am Bug bei Brest, an der alten Grenze des Zarenreiches – der von den Briten ermittelten Curzon Line – nach 200 km Vormarsch stehen. Wahrscheinlich war das zwischen Ribbentrop und Molotov so abgesprochen.“

Dazu ist folgendes zu sagen: 1. Seit dem Wiener Kongreß 1815 gehörte das Kerngebiet Polens um Warschau zum Zarenreich. Nach dem Überfall Deutschlands auf Polen am 1. September 1939 rückte die Rote Armee ab 17. September tatsächlich von der (seit dem 18. März 1921 bestehenden) sowjetisch-polnischen Grenze bis zum Bug, d. h. bis zur Curzon Line vor. Diese entsprach in etwa der Grenze zwischen der polnisch-sprachigen und der ukrainisch- bzw. weißrussisch-sprachigen Bevölkerung.

Das Vorrücken der Roten Armee nur (!) bis zur Bug-Linie war jedoch ursprünglich nach den deutsch-sowjetischen Abmachungen im „Geheimen Zusatzprotokoll“ nicht vorgesehen. In dessen Punkt 2 ist als Grenze „die Linie der Flüsse Narew, Weichsel und San“ angegeben, also ca. 150 km westlich von der Bug-Linie mitten durch polnisches Gebiet.

Daß die Rote Armee nur bis zum Bug vorrückte, bedeutete, daß sich die Sowjetunion bei der „Teilung Polens“ nicht zur Komplizin Hitlerdeutschlands machen ließ. Da die sowjetischen Truppen ihren Vormarsch bei beendeten, wurde dann im deutsch-sowjetischen Vertrag vom 28. September 1939 die einstmal von Curzon vorgeschlagene Grenzlinie übernommen.

Richard Wagner, Berlin

Euer Oktoberheft ist köstlich! Klaus Lederer präsentiert uns diese Republik der Pfeffersäcke und Plünderer so: „Die ... heutige Demokratie ist Voraussetzung und Schlüssel zur Lösung der Eigentumsfrage.“ Darauf wäre man ja gar nicht gekommen! Angesichts des wichtigstuerischen Geschnatters über ein „Ende der Arbeitsgesellschaft“, zu dem Leute neigen, die noch nie am Fließband eines Fleischkombinats gestanden oder unter Tage gearbeitet haben, ist Götz Dieckmanns Beitrag zu diesem Thema mit dem passenden Engels-Zitat von der „Arbeit als erster Grundbedingung allen menschlichen Lebens“ geradezu labend.

Walter Ruge, Potsdam

Ohne die Standpunkte des RF und der „jungen Welt“ sowie die Distel-Aufführung am Puttbusser Theater gegen die Machtgierigen und Kalten Krieger hätte ich wohl die Hetze und den Einheits-Taumel der Medien gar nicht ausgehalten. Es reicht! Übrigens habe ich „RotFuchs“-Exemplare Gästen unseres „Koggenhus“ aus Schleswig-Holstein und dem Ruhrgebiet sowie einem Österreicher, der sich sehr interessiert zeigte, mitgegeben. Der fragte mich nach meiner Meinung zur sogenannten Einheit. Mit Sorge hatte er 1989 die grölenden Deutschen durch sein Land fahren sehen.

Er war auch in der DDR gewesen und sprach mit Hochachtung von der Arbeit, die damals von uns geleistet wurde.

Renate Rega, Lauterbach (Rügen)

Der Leserbrief von Wilfried Steinfath im RF 152 zum 20. Juli und der Tat Stauffenbergs trifft in einem wichtigen Zusammenhang nicht den Kern: Stauffenberg war keineswegs für die Fortsetzung des Krieges. Er lehnte das Hitlerregime ab – freiwillig erst seit 1942. Dennoch war dieses Attentat

eine mutige antifaschistische Tat. Das ist auch meine Meinung. Konservative Hiltrgegner können wir hinsichtlich Herkunft, Sozialisation, Werdegang, Motivation usw. nicht an Thälmann oder Breitscheid messen. Der Widerstand kam auch von Antikommunisten. Vielleicht ist es notwendig, zur Person Stauffenbergs etwas zu sagen. Immerhin hatte er – wie jetzt bekannt wurde – Kenntnis von den Vorstellungen des Nationalkomitees Freies Deutschland sowie des kommunistisch-sozialdemokratischen Widerstandes im Innern des Landes (Saefkow/Leber). Bei den Männern des 20. Juli treffen Schuld, Mittun und Gegnerschaft zusammen, wobei die Übergänge fließend sind. Man darf den kommunistischen Widerstand nicht zum Maßstab für jene machen, welche keine Kommunisten waren. Es zählt hier der gemeinsame Nenner: Sturz des Hitlerregimes und Beendigung des Krieges.

Dr. Peter Fisch, Dresden

Wer glaubt, daß das Polittheater der letzten Monate demnächst beendet sein wird, den enttäuscht Finanzminister Wolfgang Schäuble: „Wir bemühen uns zu verhindern, daß die Folgen der SED-Diktatur verharmlöst und vergessen werden. Es werden weitere Mittel für die Aufbereitung der SED-Diktatur bereitgestellt...“, zitierte ihn am 30. September der hiesige „Nordkurier“.

Um wessen Mittel handelt es sich eigentlich?

Dr. Manfred Bewersdorf, Neubrandenburg

Auf Initiative des sogenannten rot-roten Senats aus SPD und Linkspartei hat das Berliner Abgeordnetenhaus für einen erheblichen Teil der im Osten der Stadt Lebenden nicht nur eine Verschlechterung ihrer Wohnverhältnisse, sondern auch eine indirekte Mieterhöhung ins Auge gefaßt. In einer Novellierung der Berliner Bauordnung legte es fest: „Abfallschächte dürfen nicht errichtet werden. Bestehende Abfallschächte sind spätestens bis zum 31. Dezember 2013 außer Betrieb zu nehmen. Die zu ihrem Befüllen vorgesehenen Öffnungen sind bis zu diesem Zeitpunkt dauerhaft zu verschließen.“ Ich frage: Warum sollen die Müllschlucker aus DDR-Zeiten für immer geschlossen werden, obwohl sie sich seit Jahrzehnten bestens bewährt haben?

Gerda Greifzu, Berlin

Wenn ich lese, daß der abgetretene Hamburger OB Ole von Beust eine „ihm zustehende Abfindung“ erhält, bleibt mir der Bissen im Munde stecken. Wer drei Monate nach seinem selbstgewählten Rückzug noch volle Bezüge von „angemessenen“ 13 577 Euro und anschließend zwei Jahre „Übergangsgeld“ von 6788 Euro erhält, wird auch weiterhin der CDU treu bleiben, denn dann beschränkt sich sein lebenslanges Salär auf nur noch 6313 Euro. An diese Einschränkung muß man sich erst einmal gewöhnen! Mein Hartz-IV-Satz beträgt 84,41 Euro monatlich. Olé, wir sind ein Volk!

Wilfried Durand, Unterwellenborn

Zum Text „Meckels Dauerkrieg mit der Grafenfamilie“ im RF 153: Natürlich können es einige Leute sehr erbaulich finden, daß der sogenannte Dauerkrieg nun endlich als wertvolle Information im Klassenkampf der vereinigten Linkskräfte auch im „RotFuchs“ aufgeschlagen ist. Allerdings hätte es die journalistische Sorgfaltspflicht zumindest geboten, auch folgende Tatsache zu vermitteln: Eine Sprecherin von Meckels Büro teilte schon vor über einem Jahr mit, daß ihr Chef seinen Hauptwohnsitz in Mahlendorf inzwischen zugunsten eines anderen in seinem Wahlkreis aufgegeben habe. Zuvor hatte der „Zaunlatenstreit“ mit einem Vergleich geendet, wie dieses Konfliktpotential mit Meckels Wegzug ohnehin gegenstandslos geworden ist. Insoweit „lodert“ („RotFuchs“) also nichts mehr!

Dieter Hornung, Berlin

Eine kurze Bemerkung zum Leserbrief von Dr. Kurt Laser im Oktober-RF: Eigentlich ist es mir egal, welche Note Angela Merkel während ihres Studiums

im Marxismus-Leninismus erreicht hat. Genützt hat es ohnehin nichts. Wie der beiliegenden Kopie eines Notenspiegels des Germanistischen Instituts der Philosophischen Fakultät der Humboldt-Universität vom 16.9.1964 zu entnehmen ist, entsprach das Prädikat „genügend“ zu diesem Zeitpunkt einer Vier. Das Prädikat „mangelhaft“ gab es damals noch nicht oder nicht mehr. **Horst Hahn, Rowa**

Es ist gut, daß ein neuer Band über die erfolgreiche Außenpolitik der DDR vorliegt. Auch die Besprechung des Buches durch Franz-Karl Hitze im RF Nr. 152 ist in Ordnung. Doch in der Bildunterschrift zur Konferenz von Helsinki 1975 wird Erich Honecker als Staatsratsvorsitzender bezeichnet. Er leitete aber die DDR-Delegation und unterzeichnete den Vertrag als Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED. Staatsratsvorsitzender wurde er erst ein Jahr später.

Dr. Kurt Laser, Berlin

In einer DDR-Zeitung las ich einmal folgendes: Ein Lehrer berichtete vor seiner Klasse darüber, daß er einst mit eingesetzt worden sei, Bauern zum Eintritt in die LPG zu bewegen. Einer der von ihm Angesprochenen wollte partout nichts davon wissen und ließ überhaupt nicht mit sich reden. Er forderte den Lehrer sogar dazu auf, unverzüglich seinen Hof zu verlassen, da er sonst den Hund losmachen werde.

Tags darauf meldete sich ein Schüler bei diesem Lehrer und berichtete ihm, er habe die Geschichte seinem Vater erzählt. Von ihm solle er ausrichten, daß er dieser Bauer gewesen sein könnte. Wenn der Lehrer allerdings noch einmal auf den Hof käme, würde er den Hund nur dann von der Kette lassen, wenn er versuchen sollte, ihn zum Austritt aus der LPG zu bewegen.

Hans Schneider, Erfurt

Eine Bemerkung zu dem Beitrag „Krieg ist Frieden. Wie bourgeoise Meinungsmacher Begriffe in ihr Gegenteil verkehren“ im RF 151. Hinsichtlich des Untertitels stellt sich mir die Frage, was eigentlich schlimmer ist: die bürgerliche Meinungsdiktatur oder deren Claqueure aus Politik und Wirtschaft. Der stets geschneigte, für Gel werbende und frech grinsende Feudalkrieger an der Spitze des „Verteidigungsministeriums“ glaubt, man müsse der Nation „den Krieg in Afghanistan nur anständig erklären“. Allerdings ist „anständiger“ deutscher Expansionsdrang weltweit bereits bestens bekannt.

Des weiteren meint der freiherrliche Edelmann, es möge doch zur Selbstverständlichkeit werden, was heute noch viel eher die Ausnahme sei: Gemeint ist deutscher Kriegsexport. Man kehre die Sache doch einmal um: die Ausnahme zuerst – alle Kriegsverherrlicher in ihr feudales Refugium. Dann hole man eine alte Losung hervor: Friede den Hütten, Krieg den Palästen!

Peter Hünerbein, Hellenthal

Seit einigen Jahren lese ich regelmäßig und sehr gern die Zeitschrift „RotFuchs“. Ich stelle immer wieder fest, daß die Beiträge meist den Nagel auf den Kopf treffen – egal, ob es sich um DDR-Themen oder Kommentare zur unmittelbaren Gegenwart in der kapitalistischen Gesellschaft handelt. Sehr gut gefallen mir der Mix aus nationaler und internationaler Politik und vor allem die Tatsache, daß der Gedanke des proletarischen Internationalismus ständig wachgehalten wird.

Von dieser Idee sind auch die jährlich Ende August in Mala Upa stattfindenden tschechisch-deutsch-polnischen Freundschaftstreffen geprägt. 2010 befanden sich unter den Teilnehmern die Enkeltochter Ernst Thälmanns und Kubas Geschäftsträgerin in Prag.

Dieter Ammer, Chemnitz

Ich bin vor etwa zwei Jahren der Partei Die Linke beigetreten, weil ich Antworten auf viele Fragen suche. Ich war ein normaler DDR-Bürger, gehörte keiner Partei an und stand dennoch jeden Tag mitten im Leben, ohne Angst, zwar mit Sorgen um die Gesundheit und familiären Problemen, aber immer in der Gewißheit: Ich bin niemals allein.

Es gibt für mich ein soziales Umfeld, das mir hilft und in dem ich auch anderen helfen kann. Es gab einen Zusammenhang, den man erst richtig zu schätzen weiß, wenn er nicht mehr da ist. Jetzt suche ich in der Partei nach Führern, die ehrlich und mit Tatkraft, ja Kampfkraft dem Arbeiter eine Zukunft zeigen können. Gibt es „den Arbeiter“, „die Arbeiterklasse“ eigentlich noch? Interessiert sich heute überhaupt noch jemand für eine solche Zuordnung? Arbeitskampf? Klassenkampf? Fremdworte oder eher unerwünschte Dinge? Es gilt: „Jeder ist sich selbst der Nächste!“ Ist das in der Partei Die Linke anders?

Auf der Suche nach Antworten auf meine vielen Fragen finde ich mich immer gerne bei den „RotFuchs“-Treffen in Leipzig ein, die an jedem ersten Dienstag im Monat stattfinden. Klare Worte sind stets hilfreich. **Gerhard Masuch, Leipzig**

Beim Lesen eines interessanten Artikels aus der sowjetischen Presse vergangener Tage bin ich auf Aussagen zu Lenins Führungsstil gestoßen. Nachdem eine Abordnung von Arbeitern und Bauern aus dem Gouvernement Stawropol einen Waggon mit Lebensmitteln für die Hungernden nach Moskau gebracht hatte, dessen Adressat Lenin selbst war, traf er folgende Festlegung: Der Waggon sei schnellstens und ohne jede bürokratische Verschleppung zu übernehmen. Die Hilfsgüter sollten den Bedürftigen nicht nur zugewiesen werden, sondern auch unter Angabe der Spender. Es seien Maßnahmen zu treffen, um für die Delegation aus Stawropol zu sorgen, sie gut unterzubringen, zu verpflegen und ihr den Dank des Moskauer Deputierten-Sowjets auszusprechen. Schließlich müsse man die Gäste auch mit Literatur versorgen und ihnen Einrichtungen Moskaus, welche sie interessieren, zeigen. Lenin wies an, ihn unverzüglich und eingehend zu informieren.

Was ist an diesen Weisungen bemerkenswert? Sie waren äußerst knapp und präzise. Alle wesentlichen Gesichtspunkte wurden bedacht. Der politische Sinn des Geschenks, die menschliche Solidarität, ging nicht unter. Die persönlichen Interessen und Neigungen der Beteiligten wurden in Rechnung gestellt und – schließlich – auch die notwendige Kontrolle garantiert.

Wo gibt es heute noch einen solchen Führungsstil?
Günter Vehoff, Hagenow

Sarrazin ist ein geistiger Brandstifter. Seiner Islamophobie, in der er Menschen muslimischer Herkunft geringeres „qualifikatorisches und intellektuelles Potential“ als Folge „genetischer Belastungen“ unterstellt, ist nicht nur Blödsinn, sondern auch historisch unhaltbar. Die islamische Welt war über Jahrhunderte dem christlichen Abendland in vielerlei Hinsicht weit überlegen. Wir haben heute häufig auf Grund unserer Ignoranz und unserer eigenen Bildungsmängel in der westlichen Welt vergessen, daß die islamische Wissenschaft z. B. in Bereichen der Medizin, Mathematik und Astronomie im Mittelalter bahnbrechend war. Sarrazin hat sicher nichts dagegen, daß die Schecks, die er für sein Machwerk erhält, mit arabischen Zahlen ausgefüllt werden. Es ist kein Zufall, daß der größte Teil der Menschheit – und sicher auch er – heute mit ihnen rechnet.

Übrigens sollte sich Sarrazin einmal mit seinem eigenen Familiennamen beschäftigen. Dieser leitet sich etymologisch nämlich vom Wort Sarazenen ab. Im Mittelalter bezeichnete man Menschen muslimischer Herkunft so. Auch aus dem Sabäischen leitet sich der Name ab. Die Sabäer waren ein semitisches Volk, das auf der arabischen Halbinsel im heutigen Jemen lebte. Unser Islamexperte Thilo Sarrazin dürfte also ein Nachfahre arabischer, muslimischer Einwanderer sein. Willkommen in Deutschland, Thilo!
Ulrich Guhl, Berlin



Wachstum im Schutz einer Mauer

Grafik von Klaus Parche

Am **10. Dezember um 16.30 Uhr** führt die RF-Regionalgruppe **Berlin** eine

öffentliche Mitgliederversammlung

in „Victors Residenzhotel“, Am Friedrichshain Nr. 17 (früherer Standort des Saalbaus Fr.), durch. Es spricht der Vorsitzende des RF-Fördervereins **Rolf Berthold**.

Verkehrsverbindung: Bus 200 vom Alexanderplatz aus

Am **11. Dezember um 10 Uhr** ist **RA Ralph Dobrawa**, Gotha, bei der RF-Regionalgruppe **Dresden** in der „Drogenmühle“ Heidenau, Dresdner Straße 26, zu Gast. Er spricht über das Thema

Jugend heute – Fechten's die Enkel besser aus?

Am **15. Dezember um 15 Uhr** findet die Jahresabschlussveranstaltung der RF-Regionalgruppe **Bautzen/Oberlausitz** für Mitglieder und Leser im Klub des Unabhängigen Seniorenverbandes, Bautzen, Löhrstraße 33, statt. Es spricht **Prof. Dr. Dr. Roland Strietzel** über das Thema

Vom Himmel hoch, da kommt es her – moderne Leit- und Überwachungssysteme aus dem Weltall

Am **16. Dezember um 14 Uhr** spricht der stellvertretende Vorsitzende des Fördervereins **Wolfgang Dockhorn** auf einer Veranstaltung der RF-Regionalgruppe **Magdeburg** im Kulturraum der Autowerkstatt Opitz, Kühleweinstraße 1, über das Thema

20 Jahre nach dem Anschluß der DDR an die BRD – Bilanz und Ausblick

Der im Februar 1998 gegründete „**RotFuchs**“ ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.

Chefredakteur:

Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Rheinsteinststraße 10, 10318 Berlin
Tel. 030/561 3404
Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Sekretärin: Karin Großmann

Layout: Rüdiger Metzler

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Internet-Präsentation und akustische Ausgabe (für Sehbehinderte):
Sylvia Feldbinder

Redaktionsschluß ist jeweils der erste Tag eines Monats.

Autorenkreis:

Dr. Matin Baraki
Rolf Berthold
Dr. Manfred Böttcher
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Dr. Rudolf Dix
Ralph Dobrawa
Dieter Fechner
Dr. Peter Fisch
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Prof. Dr. Georg Grasnack
Ulrich Guhl
Dr. Ernst Heinz
Dr. Dieter Hillebrenner
Manfred Hocke

Prof. Dr. Hans Heinz Holz
Hans Horn
Dr. Klaus Huhn
Dr. Hans-Dieter Krüger
Rudi Kurz
Wolfgang Mäder
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Wolfgang Metzger
Prof. Dr. Harry Milke
Frank Mühlefeldt
Prof. Dr. Werner Roß
Walter Ruge
Karl Schlimme
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Joachim Spitzner
Fritz Teppich
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)

Künstlerische Mitarbeit:

Dieter Eckhardt, Heinz Herresbach,
Klaus Parche, Heinrich Ruynat,
Renate Schulz

Versand und Vertrieb:

Karin Dockhorn
Anna-Louisa-Karsch-Str. 3, 10178 Berlin
Tel. 030/2 41 26 73
WDockhorn@t-online.de
oder Sonja Brendel
Tel. 030/5 12 93 18
Bruni Büdler, Hans Ludwig, Harry Schreyer, Peter Barth u. v. a. m.

Finanzen: Jürgen Thiele
Wartenberger Str. 44, 13053 Berlin
Tel. 030/981 56 74

Unser Konto:

„RotFuchs“-Förderverein
Kto.-Nr.: 2 143 031 400
Berliner Sparkasse
BLZ: 100 500 00

Für Einzahler im Ausland
IBAN: DE 27 1005 0000 0220 1607 59
BIC: BELADEBEXX